Free21
Credible news mounted on paper

Magazin

Nr. 5, 6. Jg., Dezember 2019

Im Netz: www.free21.org

Die gekaufte Revolution

Vor 30 Jahren öffnete die DDR-Regierung für alle Bürger die Landesgrenzen gen Westen. Ursache dafür war der Druck der Straße. Keine elf Monate später war der Staat DDR Geschichte. Die „neuen Bundesländer" gehörten nun zur BRD. Doch was viele Ostdeutsche zunächst als hoffnungsvollen Schritt hin zu mehr Wohlstand, Freiheit und Abrüstung verstanden, wuchs sich schnell zu einem veritablen Vereinigungsschock aus.

ab Seite 4

Assange: „**Mord** durch Gerichtsverfahren"

John Shipton, der Vater des inhaftierten Wikileaksgründers Julian Assange, erklärt im Interview, wie es seinem Sohn im Gefängnis geht und wie gnadenlos Julian von seinen Gegnern verfolgt wird. ▶ SEITE 31

OPCW-Leak Syrien: Die Fakten-**Leugner**

Eine hochrangige Insider-Quelle widerspricht der OPCW-Untersuchung des angeblichen chemischen Angriffs der syrischen Regierungstruppen auf Zivilisten in Douma am 7. April 2018. ▶ SEITE 34

Hongkong: Der neue Systemkonflikt

Von der Kron-Kolonie zur „freiesten Wirtschaft der Welt": Hongkong ist seit jeher gezeichnet von Wirtschaftskriminalität und Verachtung von Menschenrechten – und einer neuer Systemkonflikt zeichnet sich ab. ▶ SEITE 40

Unterstütze **Free21:** drucken – lesen – teilen – spenden: **www.free21.org**

Free21
Credible news mounted on paper
Magazin
Nr. 5, 6. Jg., Dezember 2019

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a,
E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Redaktion: Dirk Pohlmann

ViSdPR: Dirk Pohlmann,
c/o Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a,
Telefon: +49 176 57 91 28 83
E-Mail: redaktion@free21.org

Lizenz: Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Bildrechte der Coverbilder auf Seite 1 dieses Magazins:

Bild Nr. 1: Geldkoffer (Shutterstock), Kohl: KAS/ACDP 10-031 : 848 CC-BY-SA 3.0 DE, Merkel: Armin Linnartz, CC BY-SA 3.0 de
Bild Nr. 2: Assange (Schuft®)
Bild Nr. 3: OPCW auf flickr.com, CC BY 2.0
Bild Nr. 4: Hongkong-Proteste (Quellennachweis für redaktionelle Verwendung: Jimmy Siu / Shutterstock.com)

TITEL

4 Die gekaufte Revolution
Aus den Ruinen der DDR hätte etwas ganz Neues auferstehen können – stattdessen siegte das alte BRD-System auf ganzer Linie. Exklusivabdruck aus „Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute“. *Von Daniela Dahn*

GESELLSCHAFT

9 Der Wiedervereinigungsmythos
Vor 30 Jahren öffnete die DDR-Regierung für alle Bürger die Landesgrenzen gen Westen. Ursache dafür war der Druck der Straße. Keine elf Monate später war der Staat DDR Geschichte. *Von Stefan Korinth*

27 Assange vor Gericht
Craig Murray schildert seine Eindrücke vom Gesundheitszustand von Julian Assange während eines Gerichtstermins im englischen Westminster Magistrates Court im Oktober 2019.

31 „Mord durch Gerichtsverfahren“
John Shipton, der Vater des inhaftierten Wikileaksgründers Julian Assange, erklärt im Interview, wie es seinem Sohn im Gefängnis geht und wie gnadenlos Julian von seinen Gegnern verfolgt wird. *Von Dirk Pohlmann*

48 Nur aufgeklärter Kollektivismus kann uns noch retten
Wir erleben ein massives Aussterben und auch der größte Individualismus wird das nicht aufhalten können, *schreibt Caitlin Johnstone.*

HISTORISCHES

15 Triumphalismus und Totalversagen
Auch nach der Wende waren die USA nicht an Völkerverständigung interessiert – sie wollten den Endsieg über den Rivalen Russland. *Ein Rückblick von Dirk Pohlmann*

GEOPOLITIK

21 Die Welt am Scheideweg
Vor der UNO-Vollversammlung, die im September stattfand, hat der russische Außenminister Sergej Lawrow in einem Artikel die russische Sicht auf die internationale Politik geschildert: „Die Welt am Scheideweg und das System der internationalen Beziehungen der Zukunft“. *Von Sergej Lawrow*

34 Die Fakten-Leugner
Eine hochrangige Quelle widerspricht der OPCW-Untersuchung des angeblichen chemischen Angriffs in Syrien am 7. April 2018. *Von Karin Leukefeld*

38 Korrupte Außenpolitik als Norm
Die Androhung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Donald Trump ist nur ein weiteres Symptom des parteipolitischen Elends in den USA. Dahinter verbirgt sich ein noch größeres Übel. *Von Joe Lauria*

40 Hongkong – der neue Systemkonflikt
Jugendliche fordern Menschenrechte, westliche Meinungsmacher sind begeistert, Unternehmer schweigen. Die Haltungen gegenüber den Protesten von Hongkong sind teils unangemessen und lassen die von Kolonialisten dort lange praktizierte Wirtschaftskriminalität außer Acht. *Von Werner Rügemer*

MEDIEN

8 Alternative Medien vorgestellt
#7: Die Webseite von Peter Frey „Peds Ansichten“ diente bereits mehrfach als Quelle von Artikeln für free21, da seine umfangreichen Beiträge zu den verschiedenen Themen ausführlich recherchiert und belegt sind. *Von Andrea Drescher*

30 Jahre Mauerfall – 30 Jahre Totalversagen

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist Zeit Bilanz zu ziehen. Der 9. November 1989 war eine historische Chance, ein Jahrhundertereignis. Mit dem Mauerfall war der verbleibende Beton des Kalten Krieges flüssig geworden. Alles war möglich. Das war vor allem einem Mann zu verdanken, dem Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow. Er kam mit ausgestreckter Hand. Er ahnte wohl nicht, dass einige West-Strategen ihm nur die Hand schüttelten, um ihm seinen Arm auf den Rücken drehen zu können.

Die meisten Wessis dachten wie ich: Jetzt würde alles gut werden.

Wir alle übersahen, dass im Hintergrund bereits andere Kräfte am Werk waren. Macht-Eliten, die nach dem Sieg im Kalten Krieg Beute machen wollten, und den flüssigen Zement in neuer Form erstarren lassen wollten. In einer unipolaren Welt, in der nur die USA bestimmen würden. Das tausendjährige Reich des Neoliberalismus sollte erstehen.

Sie begannen mit der Umsetzung ihrer Pläne, während wir noch Party feierten.

Die Vereinigung der amerikanischen Wissenschaftler gehörte zu den Gutgläubigen, wie die meisten Menschen. Sie stellten die Weltuntergangsuhr 1991 auf 17 Minuten vor Mitternacht, den besten Wert, den es je gegeben hatte. Dreißig Jahre später steht die Uhr auf zwei Minuten vor Mitternacht, dem schlechtesten Wert seit 1953, seit der Einführung der Wasserstoffbombe.

Der Unterschied sind 30 Jahre Politik. 30 Jahre Triumphalismus. 30 Jahre Totalversagen – aus der Perspektive der Beherrschten. Aus der Sicht der NeoCons lief alles wie geplant. Statt die Atomwaffen abzuschaffen, was 1989 möglich war, wie sogar Politiker jener Zeit zugeben, stehen wir erneut vor der Gefahr eines Krieges in Europa.

Ein zweites, wesentliches Indiz für den Zustand des Freien Westens ist der Fall Julian Assange. Er ist gleichzeitig Justizskandal und Lehrstück. In einer Anhörung im Deutschen Bundestag am 28. November 2019 wurde klar, dass die Supermacht USA und ihr Vasall Großbritannien dem Gefangenen Julian Assange nach dem Leben trachten, denn psychologische Folter hat tödliche körperliche Folgen, wie der UN Folter-Sonderberichterstatter Nils Melzer erläuterte. Julian Assange hat bereits 15 Kilo abgenommen und erinnerte sich bei einer Anhörung kaum mehr an seinen Namen.

Dreißig Jahre nachdem sich der freie Westen beim Mauerfall als Sehnsuchtsort und Endstation der freiheitlichen Demokratie inszenierte, ist der Lack abgeblättert. Was sichtbar wird, hat erstaunliche Ähnlichkeit mit der UdSSR der Breschnew-Zeit. Nur, dass die Dissidenten nicht mehr in die USA fliehen wie Alexander Solschenitsyn, sie fliehen jetzt nach Moskau wie Edward Snowden, um den Schergen und Kerkern eines erbarmungslosen Regimes zu entfliehen.

Wenn die ganzen Sonntagsreden über Hans und Sophie Scholl oder die jährlichen Rituale zum 20. Juli irgendeinen Bezug zum politischen Willen hätten, müsste Deutschland Julian Assange, Chelsea Manning und Edward Snowden Asyl anbieten. Der amerikanische Stauffenberg heißt Snowden. Die Ungerechtigkeit, die bekämpft werden muss, ist immer die Ungerechtigkeit in der Gegenwart. Die Versuche, das Dritte Reich nachträglich zu verhindern sind untauglich und oft einfach der Versuch, sich die Energie des Verbrechens politisch nutzbar zu machen. Es geht jedoch darum, zu verhindern, dass der fruchtbare Schoß, aus dem dies einst kroch, neue Erscheinungsformen des gleichen Geistes hervorbringt.

Dirk Pohlmann
Chefredakteur

Fördermitglied für Free21 werden:

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. **Der Fördermitgliedsbeitrag beträgt 5,– Euro pro Monat.** Sie erhalten eine jährliche Spendenbescheinigung.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften **in Höhe von monatlich 5,– Euro** einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Ja, ich möchte jetzt Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein und schicken das Formular per Briefpost an:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B. St.Nr. 27/680/76987

Kontoinhaber
Vorname, Name:

Str., Nr.:

PLZ, Ort, Land:

E-Mail-Adresse:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE84ZZZ00001969982
Mandatsreferenz-Nr.

Bild: Geldkoffer und Personen (Shutterstock), Köpfe: Kohl: KAS/ACDP 10-031 : 848 CC-BY-SA 3.0 DE, Merkel: Armin Linnartz, CC BY-SA 3.0 de

Die **gekaufte** Revolution

von Daniela Dahn

Aus den Ruinen der DDR hätte etwas ganz Neues auferstehen können – stattdessen siegte das alte BRD-System auf ganzer Linie. Exklusivabdruck aus „Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute“.

Das Buchcover des sehr lesenswerten Buches von Daniela Dahn „Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute. Die Einheit – eine Abrechnung“.

Die Geschichte des Endes der DDR, wie wir es aus Jubiläumsveranstaltungen und TV-Mehrteilern kennen, ist das Ergebnis lupenreiner Sieger-Geschichtsschreibung. Mythen und Legenden haben sich über die Jahrzehnte verfestigt. Etwa jene, die DDR-Bevölkerung habe sich „schon immer“ leidenschaftlich nach einem bedingungslosen Anschluss an die Bundesrepublik gesehnt. In Wahrheit wäre in den Wochen und Monaten der Wende sehr viel möglich gewesen — auch ein „Dritter Weg“, ein demokratischer Sozialismus mit rundumerneuerter Demokratie innerhalb der alten Grenzen der DDR. Die Geschichte der Wiedervereinigung ist die eigentlich traurige Geschichte sich immer weiter verengender Handlungsoptionen, verratener Träume und erstickter Aufbruchsimpulse. Was mit der Sehnsucht nach einem besseren Sozialismus begonnen hatte, mündete in devoten „Helmut“-Rufen und dem Ausverkauf der eroberten Teilrepublik an den kapitalistischen Westen.

Die Umstände der Einheit sind Schnee von gestern. Mit Folgen bis heute. Um die damaligen Abläufe haben sich vereinfachende Legenden gebildet, die das Verständnis nach wie vor belasten. Es herrscht ein konservatives Narrativ vor, wonach es für den gegangenen Weg keine Alternativen gab. Dieses einst von Margaret Thatcher geprägte Tina-Prinzip [**t**here **i**s **n**o **a**lternative. Anm. d. Red.] gehört zu den Glaubensbekenntnissen, die den Anforderungen an eine moderne, lebenswerte Welt am wenigsten gerecht werden. Schon weil wir weiterhin ständig an Scheidewegen stehen, sollte aus Gründen des nachholenden Dazulernens daran erinnert werden, welche Weichen damals falsch gestellt wurden.

Verfestigt hat sich ein wohl beabsichtigtes Bild, wonach gleich nach dem sogenannten Mauerfall die Massen zu schneller Einheit drängten, verbunden mit dem Wunsch nach bedingungsloser Übernahme der westlichen Ordnung. Derart seien die bedachtsam zögernden Bonner Po-

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

litiker nur so zur Tempoeinheit getrieben worden. Doch schon zwei Tage nach Maueröffnung gab Kanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz die Marschrichtung vor: „Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Deutschen die Einheit ihrer Nation wollen.“ Obwohl Ende November 1989 die meisten DDR-Bürger die Erfahrung hinter sich hatten, wie es ist, mit Begrüßungsgeld durch westliche Konsumtempel zu schreiten, entschieden sich 86 Prozent für „den Weg eines besseren, reformierten Sozialismus“, nur fünf Prozent wollten einen „kapitalistischen Weg“, neun Prozent einen „anderen Weg“ [1].

Rückblickend ist es eher erstaunlich, dass die Menschen der Minderheit von Oppositionellen, Theologen und Bürgerrechtlern mit ihren Angeboten einer grundlegenden Erneuerung für eine kurze Zeit die Regie überließen. Als der damalige Vorsitzende der Ost-CDU Lothar de Maizière zehn Tage nach Öffnung der Mauer der Bild am Sonntag ein Interview gab, konnte er sich sicher sein, mit seiner Meinung nicht allein zu stehen:

„Ich halte Sozialismus für eine der schönsten Visionen des menschlichen Denkens. (…) Wenn Sie glauben, dass die Forderung nach Demokratie zugleich die Forderung nach Abschaffung des Sozialismus beinhaltet, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir unterschiedlicher Auffassung sind.“

Die Einheit sei nicht „Thema der Stunde“, sondern beträfe „Überlegungen, die vielleicht unsere Kinder und Enkel anstellen können“. Was weder de Maizière noch sonst jemand im Osten wusste: Drei Tage nach diesen Überlegungen legte das Direktoriumsmitglied der Bundesbank, Claus Köhler, auf einer internen Sitzung des Zentralbankrates ein Konzept für eine Währungsunion vor. Noch gab es Bedenken. Aber der keine Kosten scheuende Plan zum Aufkauf der Revolution war geboren.

Auf Seiten der als Revolutionäre Bezeichneten war die Zuversicht, endlich mitgestalten zu können, noch ungebrochen. Dass es wichtig war, den taumelnden Verhältnissen durch neue Gesetze Stabilität zu geben, war klar. Ich saß zu dieser Zeit in zwei Arbeitsgruppen, eine vom Schriftstellerverband, die ein neues Pressegesetz mit innerredaktioneller Mitbestimmung entwarf. Und eine von der ersten unabhängigen Untersuchungskommission der DDR, die sich nach den gewaltsamen Vorkommnissen im Oktober um ein bürgernahes Polizeigesetz kümmerte, wie es auch heute noch ein Fortschritt wäre.

Berlin 1989: Hunderttausende Bürger beteiligten sich an einer Demonstration, zu der Berliner Kunst- und Kulturschaffende ins Zentrum der Hauptstadt eingeladen hatten. Der Zug wurde von einer Fülle von Transparenten, Schildern und Spruchbändern beherrscht.. Quelle: https://rm.wikipedia.org/wiki/20avel_tschientaner, Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1104-437 / Settnik, Bernd, Lizenz: CC BY-SA 3.0

Im Osten hoffte man noch, so könne Demokratie funktionieren. Wir gingen unverzüglich dazu über, den Augiasstall selbst auszumisten. Und ahnten nicht, dass finanzstarke Kräfte am Werk waren, die den Stall so schnell wie möglich mit allem Unrat kaufen wollten. Weil der Mist den Preis senkt und überdies bestens geeignet ist, ihn uns ein Leben lang vor die Nase zu halten. In seiner „Rede an die Deutschen in der DDR“ warnte der langjährige Ständige Vertreter der Bundesrepublik in der DDR, Günter Gaus:

„Während sonst Leute, die Geld haben, die Orte von Revolutionen fliehen, kann man hier, etwa im Palasthotel, wo ich wohne, die westlichen Gesichter studieren — die Aufkäufer sind da!“

Der Runde Tisch hatte Neuwahlen zur Volkskammer beschlossen und zugleich verlangt, dass sich die Westpolitiker aus dem Wahlkampf heraushalten mögen. Ich konnte im „Demokratischen Aufbruch“ beobachten, wie sich die Westler, wohlmeinend oder nicht, keinen Tag an diese Forderung hielten. Unsere improvisierten Büros wurden mit Spenden und Computern versorgt, die Westmedien boten rund um die Uhr Raum für Interviews und Berichte, Berater wichen uns nicht mehr von der Seite, und bei größeren Zusammenkünften gastierten und redeten huldvoll Spitzenpolitiker aus Bonn.

Die Dosis an besorgniserregenden Fakten zum finanziellen, moralischen und ökologischen Zustand der DDR, die die Medien verbreiteten, erhöhte sich von Stunde zu Stunde. Bankrottgerüchte waren aus politischen Gründen oft heftig überzogen, wie die Deutsche Bank später feststellte. Dazu gehörte auch der sagenumwobene Schürer-Bericht, der die DDR-Auslandsschulden aufgelistet, aber die Guthaben, die weit über die Hälfte davon abdeckten, aus taktischen Gründen weggelassen hatte. So war es für alle schwer, sich ein fundiertes Bild zu machen. Die Rolle von Fake News und Medien als Stimmungsmacher in diesen Wochen ist noch nicht untersucht.

Bei einem Besuch am 20. November in Berlin knüpfte Kanzleramtsminister Seiters Bedingungen an eine mögliche Finanzhilfe der Bundesrepublik, die darauf hinauslief: erst Abschaffung des Sozialis-

mus, dann Geld. Drei Tage später schrieb Klaus Hartung in der taz:

„Solch eine Politik zerstört jenen zeitlichen Spielraum, den die Massen von Leipzig und die vielen oppositionellen Gruppen in allen Lagern unbedingt brauchen, um überhaupt das praktizieren zu können, was Selbstbestimmung heißt."

Unheilbares Deutschland

Viele Wissenschaftler, Theologen, Juristen und Künstler aus dem Westen hatten seit Ende 1989 gewarnt. „Für Euer Land, für unser Land", hieß am 2. Dezember eine Erklärung von drei Dutzend Autoritäten, deren Stimme inzwischen spürbar fehlt. Inge Aicher-Scholl, Heinrich Albertz, Annemarie Böll, Karl Bonhoeffer, Helmut Gollwitzer, Margarethe Mitscherlich, Ossip K. Flechtheim, Luise Rinser, Dorothee Sölle und andere schrieben:

„Nicht nur Euer Land, Ost und West stecken in einer tiefen Krise. In dieser Situation werden bewusst nationalistische Gefühle angeheizt. Bundeskanzler Kohl hat mit seinem ‚Zehn-Punkte-Plan' die ‚Wiedervereinigung' zu westdeutschen Bedingungen zum Programm erhoben. (…) Damit würde nicht nur Euer Versuch, einen Weg sozialistischer Demokratie aus der Krise Eurer Gesellschaft zu finden, verschüttet. Auch das reformerische Bemühen der sozialen Bewegungen in unserm Lande würde einen schweren Rückschlag erleiden."

Ein Mitunterzeichner, der österreichische Futurologe Robert Jungk, flehte geradezu:

„Lassen Sie sich um Gottes willen nicht von den Konzepten kapitalistischer Staaten verführen. Wenn bei uns weiter in der bisherigen Art regiert und produziert wird, stehen unvermeidlich schwere, nicht wiedergutzumachende Krisen ins Haus."

Inzwischen sind diese Krisen unsere ständigen Begleiter. Vom Keller bis unters Dach. Was anfangs den Euphemismus „Revolution" verdiente, war der ansatzweise Wandel zu einer Demokratie, die den Bürgern mehr Möglichkeiten des Mitdenkens und Mitentwerfens bot als jede andere bisher praktizierte Regierungsform.

„Das könnte ein Modell für die Welt werden", schwärmte Jungk. 30 Jahre nach

Berlin: Eine gute Durchsicht hat man zu beiden Seiten der Mauer am Brandenburger Tor, nachdem auch an dieser Stelle „Mauerspechte" am Werk waren. Quelle: https://en.m.wikipedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-1990-0105-029,_Berlin,_Loch_in_Mauer_am_Reichstag.jpg, Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0105-029 / Reiche, Hartmut, Lizenz: CC-BY-SA 3.0

dem Niedergang des Realsozialismus steht die Welt ohne jedes durchsetzungsfähige Modell da. Aber welches Land hört schon auf seine Intellektuellen. Von ihnen veröffentlichte im Dezember 89 die Frankfurter Rundschau die „Erklärung der Hundert: Wider Vereinigung". Es werde unverhohlen ein Export der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik nach Osten angepeilt. Diese Großmannspolitik werde „die Wiedervereinigung in einem Scherbenhaufen enden lassen und den Aufbau des Europäischen Hauses gefährden". Ein Scherbenhaufen als Humus für die AfD.

Auch die Vorhersage, dass Europa durch deutsche Großmannspolitik bedroht werde, war weitsichtig und zeigt zugleich: Man konnte das alles absehen. Die eingetretenen Entwicklungen hatten nichts mit einer vom Himmel gefallenen Globalisierung zu tun. Der neoliberale Raubmensch-Kapitalismus war nur insofern ein Naturereignis, als nicht zu bestreiten ist, dass auch Aasgeier natürliche Wesen sind.

Kohls Ausschüttung des eiligen Geistes hatte auch die Leipziger Montagsdemonstranten in rivalisierende Gruppen polarisiert.

Gegen Tausende Träger schwarz-rot-goldener Fahnen — wo immer die herkamen — rückte ein großer Trupp Studenten an mit Losungen wie: „Reinigen statt einigen", „Kommt die DM zu früh, kommt die Vernunft zu spät". Die meist etwas Älteren mit den Fahnen skandierten daraufhin: „Rote aus der Demo raus!" Die Jungen wehrten sich mit: „Nazis raus!" Es kam zu Tumulten. Plötzlich regnete es vom Himmel 100-DM-Scheine. Mit dem umseitigen Aufdruck: Schon eingekauft? Für einen Moment verschlug es beiden Seiten die Sprache. Wird die Demo als Erstes gekauft? Wer bei ARD und ZDF in der ersten Reihe saß, bekam künftig fast nur noch die nationale Flagge zu sehen und Demonstranten, die eine schnelle Einheit forderten, als das nachweislich noch nicht Mehrheitsmeinung war.

Am heftigsten wurde die DDR in dieser Zeit dadurch destabilisiert, dass täglich etwa 2.000 Menschen durch die offene Mauer das Land verließen. Der sowjetische Botschafter Kwizinskij sprach am 5. Dezember im Bundeskanzleramt vor. Die sowjetische Führung sei besorgt, dass die westlichen Massenmedien die Menschen in der DDR zur illegalen Ausreise aufstacheln.

Die Bundesregierung kam in dieser den Lebensnerv treffenden Frage dem Modrow-Kabinett keinen Millimeter entgegen. Euphorische Empfänge in den Aufnahmestellen, Begrüßungsgeld und bevorzugte Hilfe bei der Suche nach Wohnung und Arbeit waren garantiert und wurden öffentlichkeitswirksam propagiert. „Wir sind uns darüber im Klaren", notierte Kohl-Berater Horst Teltschik in sein Tagebuch, dass erst „nach der Wahl Übersiedler so behandelt werden müssen wie Bundesbürger, die ihren Wohnort wechseln" [2]. Kohl frohlockte im In- und Ausland, dass die DDR „die Lage nicht im Griff" habe. Und auf dem Ku'damm demonstrierten 20.000 Westberliner unter dem Motto: Unheilbares Deutschland.

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

Wahlbeeinflussung und endgültiger Bruch mit dem Sozialismus

Bei seinem ersten großen Wahlkampfauftritt in Erfurt verkündete der führende Historiker unter tosendem Beifall ein achtes Weltwunder. Nach den Hängenden Gärten zu Babylon nun die Blühenden Landschaften in Kohlrabien. Auf der Montagsdemo in Leipzig wurde indessen ein Bürgerrechtler, der vor drohender Arbeitslosigkeit warnte, von Aufhören-Rufen unterbrochen. Eine Sprecherin, die Wuchermieten prophezeite, falls westdeutsche Eigentümer zurückkehren, wurde ausgebuht. Verteilt wurden massenhaft Flugblätter der bundesdeutschen Parteien. Diese haben für den vom Runden Tisch unerwünschten Wahlkampf in der DDR 7,5 Millionen DM ausgegeben, wie erst später bekannt wurde. Der Löwenanteil ging von der CDU an die neue Ostschwester und von der CSU an die rechtskonservative DSU.

Volkspolizisten vor der Öffnung des Brandenburger Tores am 22. Dezember 1989. Quelle: https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=1239525, Foto: Wikimedia / GSSGT F. Lee Corkran, Lizenz: Public Domain

Hatte sich der „Demokratische Aufbruch“ (DA) in seiner Anfangsphase noch gegen die Unterstellung verwahrt, „die DDR in kapitalistische Verhältnisse zurückreformieren zu wollen“, so hat er im Laufe des Herbstes einen Rechtsruck vollzogen und es dem machtbewussten Kohl leicht gemacht, den zwielichtigen Vorsitzenden des DA, Wolfgang Schnur, für die „Allianz für Deutschland“ zu vereinnahmen. Bei dem im kleinsten Kreis von Kohl-Vertrauten in Westberlin gegründeten Wahlbündnis dieser drei ging es wohlgemerkt um Volkskammerwahlen der DDR – kann man sich mehr Wahlbeeinflussung vorstellen? Doch, kann man. Und daran zu erinnern ist nicht der Schnee von gestern, sondern betrifft das bis heute im Osten anhaltende Dilemma.

Die Stärke jener Allianz war schwer zu beurteilen, Umfragen sagten immer noch einen Erdrutschsieg der SPD voraus. Am 6. Februar traf sich Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl (SPD) mit dem Staatsbankpräsidenten der DDR Kaminsky und der DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft und stimmte öffentlich deren Haltung zu, nach der eine schnelle Währungsunion eine völlig abwegige Idee sei. Luft hatte zudem klargemacht, dass ein so einschneidender Eingriff nur über einen Volksentscheid beschlossen werden dürfe. Schon um den Wählern die Tragweite eines solchen auf den ersten Blick verlockenden Angebotes bewusst zu machen.

Ohne Rücksicht auf die DDR-Regierung und den eigenen, damit desavouierten Bundesbankpräsidenten bot Kanzler Kohl am selben Tag eine baldige Währungsunion mit einem Umtauschverhältnis von 1:1 an. Der wie alle völlig überraschte SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel sprach sich aus guten Gründen dagegen aus. Die sowieso erregten DDR-Bürger waren nun elektrisiert.

Drei Tage später setzte Kohls engster Berater Horst Teltschik im Bundespresseamt noch einen drauf. Er sagte den nahen wirtschaftlichen Kollaps der DDR voraus, es zeichne sich ab, dass sie in wenigen Tagen völlig zahlungsunfähig sei und erhebliche Stabilitätshilfen benötige. Am selben Tag distanzierte sich der sachkundige Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken und Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Wolfgang Röller, auf einer eiligst einberufenen Pressekonferenz von dieser Behauptung und sprach von „durchsichtigen Bankrottgerüchten“. Doch dieses Dementi fand in den Medien kaum Beachtung, die bevorstehende Zahlungsunfähigkeit war Aufmacher jeder Zeitung.

Teltschik erklärt seinem Tagebuch: „Wir hatten angesichts der wirtschaftlichen Situation in der DDR sowie der ständig steigenden Übersiedlerzahlen seit Tagen über einen solchen Schritt diskutiert“ (mit wem wohl, wenn nicht mal mit dem Bundesbankpräsidenten? D. D.). „Unsere Überlegung war: Wenn wir nicht wollen, dass sie zur D-Mark kommen, muss die D-Mark zu den Menschen gehen“ [3].

Diese Formulierung vom 6. Februar ist bemerkenswert. Heißt es doch bis heute, die Straße habe nach dem Geld geschrien, sodass die Politiker nicht anders konnten, als es rauszurücken. Es ist aber erwiesen, dass die Losung „Kommt die D-Mark nicht nach hier — gehen wir zu ihr!“ erstmalig am 12. Februar auf der Montagsdemo in Leipzig auftauchte. Also mindestens sechs Tage, nachdem die Idee im Kreis der Kohlvertrauten ersonnen, auf unergründlichen Wegen in Leipzig die Massen ergriff und zur materiellen Gewalt wurde. Nun war klar, wozwischen die DDR-Bürger in einigen Tagen die Wahl haben würden: die D-Mark 1:1 oder Kollaps. Zumal der Begriff „Zahlungsunfähigkeit“ ein völliges Novum war und große Irritation auslöste.

In Gesprächen auf der Straße oder in der Sparkasse fragten sich die Menschen, ob denn die Auszahlung der Löhne und

Spareinlagen noch gesichert sei. In den darauffolgenden Tagen kam es zu einer fast flächendeckenden Abkehr von allerdings längst brüchig gewordenen Überzeugungen. Der einzige programmatische Unterschied der Ost-CDU zur großen Schwesterpartei blieb vorerst die kompromisslose Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Ansonsten vollzog Lothar de Maizière, nur drei Wochen nachdem er dies noch den Kindern und Enkeln überlassen wollte, den endgültigen Bruch mit dem Sozialismus.

Die SPD mit ihrer völlig berechtigten zögerlichen Haltung zu übereilter Einheit stürzte in der Volkskammerwahl vom 18. März ab — von noch unlängst prognostizierten 54 Prozent auf 21,9 Prozent. Sie hat sich davon jahrelang nicht erholt. Der Riesenvorsprung der CDU erklärte sich aus deren Erlösungsversprechen. Die Leute glaubten, das Kapital zu wählen und wählten die Kapitulation.

Die Quellen zu diesem Artikel finden Sie im Buch von Daniela Dahn.

Autor: Daniela Dahn

Daniela Dahn ist Schriftstellerin und Publizistin. Sie war Gründungsmitglied des „Demokratischen Aufbruchs“ und hatte mehrere Gastdozenturen in den USA und Großbritannien. Bislang sind zehn Essay-Bücher erschienen, zuletzt „Wehe dem Sieger!“ und „Wir sind der Staat!“. Weitere Informationen unter

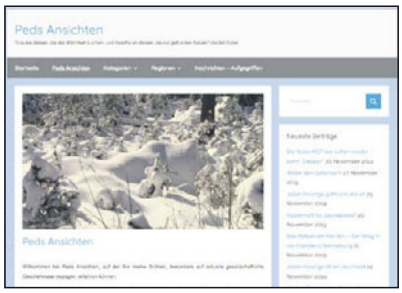
www.danieladahn.de/

Dieser Text wurde zuerst am 09.11.2019 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/die-gekaufte-revolution-2› veröffentlicht. Lizenz: © Daniela Dahn

‹http://www.free21.org/?p=32808›

Alternative Medien vorgestellt – #6:

peds-ansichten.de



Seitenname: Peds Ansichten

Seiten-Typ: Artikel-Sammlung

Betreiber: Peter Frey

Themenschwerpunkte:
Frieden – und alles, was diesen verhindert

Das Blog von Peter Frey diente bereits mehrfach als Quelle von Artikeln für free21, da seine umfangreichen Beiträge zu den verschiedenen Themen ausführlich recherchiert und belegt sind. Der Autor ist seit Jahren in seiner Heimatstadt Dresden in der Friedensbewegung aktiv, um Menschen zu einem aktivem, selbst bestimmten, dem kleinen wie dem großen Frieden gewidmeten Handeln zu bewegen.

Seinem Blogschwerpunkt Frieden nähert er sich mit verschiedenen Fragestellungen: Welche Faktoren gefährden ihn? Wie wirken Menschen und die durch sie gestalteten Systeme friedenserhaltend oder aber auch kriegstreibend? Welche Rolle spielt dabei jeder Einzelne von uns? Wie wirken die verschiedenen natürlichen und von Menschen gemachten Faktoren innerhalb der Gesellschaften? Wie greifen Ideologien, Politik, Wirtschaftstätigkeiten, Geldsysteme ineinander über? Wie beeinflussen menschliche Eigenschaften wie Machtgier, Egoismus, Bequemlichkeit, Angst und Hass gesellschaftliche Systeme?

Ist die Welt, wie sie uns in den Medien dargestellt wird, tatsächlich so oder unterliegen wir einer gigantischen Täuschung, an der wir auch noch selbst beteiligt sind? Wo beginnt Krieg eigentlich und haben wir die Fähigkeiten, Kriege wirkungsvoll einzugrenzen, zu beenden beziehungsweise gar nicht erst ausbrechen zu lassen? Sind wir wirklich dem Getriebe der großen Politik so hilflos ausgeliefert, und wo liegen unsere Grenzen tatsächlich?

Dementsprechend groß ist die Vielfalt der Themen, die er nach Schlagworten, Kategorien (von „Politik und Gesellschaft“ über „Geldsystem“ bis hin zu „Satire“) und Regionen (strukturiert nach „Kontinenten“ und „Ländern“) sehr übersichtlich aufgebaut hat. Wer sich über Peds Ansichten zum Thema Syrien informieren möchte, findet mit einem Klick unter Asien – Naher Osten – Syrien über 100 Artikel, die bis ins Jahr 2015 reichen und den Konflikt aus sehr verschiedenen Perspektiven beleuchten.

Medialer Propaganda und dem, was sie mit der Zielgruppe macht, setzt er auch aktiv etwas entgegen. Nicht nur, dass er immer wieder Beiträge von ARD und ZDF kritisch hinterfragt, er wendet sich direkt an die Gremien der ARD und führt diese regelrecht vor, indem er „Honigtöpfe aufstellt“.

Dass Peds Ansichten sich aktuell intensiv mit der Situation von Julian Assange auseinandersetzt, verwundert wenig. Wer, wenn nicht die Szene der Blogger und freien Journalisten, ist verpflichtet, ihre Stimme zu erheben? Schließlich sind ja genau diese die nächsten, die es trifft, wenn Assange endgültig Opfer der Gegner der Presse- und Meinungsfreiheit geworden sein sollte.

Was an der technischen Umsetzung des Blogs positiv auffällt: er funktioniert auch dann, wenn man Javaskript und andere Features im Browser deaktiviert hat. Er funktioniert weniger „schön“ – aber man kann lesen und navigieren. Was will man als Leser mehr?

Andrea Drescher

3. Oktober1990: Wiedervereinigungsfeier vor dem Berliner Reichstagsgebäude. Hunderttausende sind dabei, als die schwarz-rot-goldene Bundesfahne gehisst wird. (Foto: Bundesarchiv Bild 183-1990-1003-400 / Grimm, Peer, Quelle: https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5425931, Lizenz: CC-BY-SA 3.0)

Der Wiedervereinigungs-**Mythos**

von Stefan Korinth

Vor 30 Jahren öffnete die DDR-Regierung für alle Bürger die Landesgrenzen gen Westen. Ursache dafür war der Druck der Straße. Keine elf Monate später war der Staat DDR Geschichte.

> „Niemand wird Dir helfen. Niemand wird kommen und Dir eine Arbeit anbieten. Du musst begreifen, dass Du nichts erreichen wirst, wenn Du Dich nicht selbst darum kümmerst."

Noch heute habe ich die Worte meiner Mutter im Ohr. Besorgte Dauerpredigten, die einem 16-Jährigen zum einen Ohr rein und zum anderen Ohr rausgehen. Scheinbar. Denn die Worte sind ja doch hängengeblieben. Es war etwa 1999 in meiner brandenburgischen Heimat. Als angehender Abiturient dachte ich vielleicht wirklich, die Welt fliegt mir nach der Schule zu, die Arbeitswelt warte nur auf tolle Leute wie mich. Ich weiß es nicht, an meine Gedanken von damals kann ich mich nicht mehr erinnern. Aber an die Worte meiner Mutter.

In den vergangenen Monaten habe ich mich intensiv wie nie mit der DDR, der Zeit der Wende und den folgenden Transformationsjahren in Ostdeutschland beschäftigt. Und immer wieder kamen mir die Sätze meiner Mutter in den Sinn. Warum? So besonders sind die nicht. Wahrscheinlich sagen Eltern solche Sätze in Deutschland tagtäglich zigtausendfach. Erst langsam erschloss sich mir, dass in diesen — und vielen anderen — Aussagen meiner Eltern schwer errungene, entscheidende Einsichten der Wendezeit geronnen sind. Zehn Jahre zuvor hätte mir meine Mutter solche Empfehlungen wahrscheinlich nicht gegeben. Sie wären ihr vielleicht nicht mal in den Sinn gekommen.

Der tägliche Blick auf einen hoffnungslosen Arbeitsmarkt

Sie ist Lehrerin. Sie wusste, wovon sie spricht. Seit Jahren erlebte sie täglich, wie gering die Möglichkeiten ihrer Gesamtschüler am hoffnungslosen Brandenburger Arbeitsmarkt weit außerhalb des Berliner „Speckgürtels" waren. Die

Autor: Stefan Korinth

Jahrgang 1983, ist freiberuflicher Journalist. Er lebt und arbeitet als Autor und Redakteur in Hannover. Dort studierte er Politikwissenschaften und Soziologie. Für seine Abschlussarbeit forschte er in der Ukraine. Seine journalistischen Arbeitsschwerpunkte sind politische und historische Themen sowie der Ukraine-Konflikt.

beiden großen Betriebe meiner Heimatregion waren geschlossen worden. Und meine Mutter erlebte, welche katastrophalen Folgen es für Betroffene hatte, so wie früher auf staatliche Strukturen zu vertrauen. In den 1980er Jahren war das noch völlig anders. In der DDR wurde ja niemand arbeitslos — nicht mal, wenn man es wollte.

Meine Mutter hatte Ende der 1990er Jahre ihre persönlichen Lehren aus den Geschehnissen der Nachwendejahre gezogen. Erfahrungen, die auch mein Vater machen musste, der sich mit Leidensbereitschaft nach 1990 aus der Arbeitslosigkeit kämpfen musste. Sie hatten Lehren ziehen müssen, die ihrer eigenen Sozialisation in der DDR total entgegenstanden. Lehren von Eigeninitiative, Konkurrenzdenken, Ellenbogenmentalität und Selbstverantwortung. Einstellungen, die meine Mutter inzwischen als unverzichtbar identifiziert hatte, um im Haifischbecken Arbeitsmarkt eine Chance zu haben.

Sie selbst hatte zwar das Glück, im selben Beruf weiterarbeiten zu können wie vor der Wende — ein Glück, das nur wenige Ostdeutsche hatten — aber sie erlebte täglich, dass sich im vereinigten Deutschland niemand um die Menschen kümmert, im guten wie im schlechten Sinne. Sie erlebt das übrigens bis heute.

Ich musste später schmerzlich feststellen, dass meine Mutter Recht mit ihrer Mahnung hatte — zumindest teilweise. Denn in der modernen Bundesrepublik kann zwar tatsächlich niemand bei der Suche nach Arbeit, Wohnung oder Kinderbetreuungsplätzen auf Unterstützung durch öffentliche Strukturen vertrauen. Aber auch hier im Westen, in Hannover, wo ich seit 16 Jahren lebe, hilft man sich. Nur eben in zwischenmenschlichen und beruflichen Netzwerken, und in die muss man erstmal hineinfinden. Zudem ist hier die wirtschaftliche Lage weitaus rosiger und es gibt — anders als in Brandenburg — viel bessere Chancen, eine Arbeit außerhalb des Niedriglohnsektors zu finden. Im Osten schützt ein Diplom nicht vor solch einem Schicksal.

Der Osten ist Niedriglohnland

In Ostdeutschland liegt die Arbeitslosenquote seit der Einheit durchgängig deutlich über der Quote des Westens. Jahrelang war sie annähernd doppelt so hoch. Diejenigen, die zumindest Arbeit haben, verdienen zu großen Teilen drastisch wenig Geld. Jeder dritte Arbeitnehmer in den neuen Ländern ist im Niedriglohnsektor tätig. Von den besser Bezahlten fürchten viele, genau da hinein zurutschen.

Arbeitslose vor einem Berliner Arbeitsamt. Quelle: shttps://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv_B_145_Bild-P109963,_Berlin,_Arbeitsamt_Sonnenallee,_Arbeitslose.jpg, Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-P109963 , Lizenz: CC-BY-SA 3.0.

Entsprechend unterdurchschnittlich ist die Kaufkraft der Menschen im Osten verglichen mit den Westdeutschen. Noch auf Jahrzehnte hinaus werde die „Finanzschwäche“ der ostdeutschen Länder anhalten, berichtete kürzlich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Die ökonomischen Unterschiede zwischen Ost und West werden sich laut Studie „in den kommenden 30 Jahren sogar wieder verstärken“.

Die verlängerte Werkbank des Westens

Von „Aufholen“ kann schon lange keine Rede mehr sein. Die Wirtschaftsleistung im Osten ist weitaus niedriger als im Westen — folglich auch die Steuereinnahmen der neuen Bundesländer. Ostdeutschland ist heute eine „Filialökonomie“ des Westens, schreibt der Wirtschaftswissenschaftler Jörg Roesler [1]. Das bedeutet, die Betriebe im Osten sind fast ausschließlich Zweigwerke westdeutscher oder ausländischer Konzerne. Eine direkte Folge der Privatisierungs- und Liquidierungspolitik der Treuhand.

Ihre Steuern zahlen diese Unternehmen im Westen, wo die Konzernzentralen sitzen. Dort befinden sich meist auch die Abteilungen für Forschung und Entwicklung, das Marketing und das Controlling — mithin das gesamte höhere und der Großteil des mittleren Managements sowie alle weiteren höher qualifizierten Arbeitsplätze. Investitionsentscheidungen werden ebenfalls im Westen getroffen. Die Betriebsteile im Osten sind lediglich verlängerte Werkbänke, also die Teile mit der niedrigsten Wertschöpfung und der geringsten Entscheidungsbefugnis.

Zur Verdeutlichung: Roesler spricht hier nicht von der ungleichen Ost-West-Verteilung innerhalb eines einzelnen Unternehmens, sondern von einem flächendeckenden Strukturnachteil des gesamten Ostens. Der „brain drain“ — also die Abwanderung vieler sehr gut qualifizierter Einwohner — aus Ostdeutschland bleibt unter solchen Voraussetzungen noch lange erhalten.

Stasi, Mauer, Warenmangel

„Und was hat das jetzt mit dem Mauerfall zu tun?“, fragt sich nun wohl mancher Le-

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

ser. „Der Autor schreibt ja gar nichts über die DDR, über die Stasi, über das Ende der Mangelwirtschaft, die Montagsdemos und über die deutsch-deutsche Freude der Menschen dieser Tage!“ Ja, zum 30. Jahrestag der DDR-Grenzöffnung konzentrieren sich viele Medien genau darauf. Mal wieder. Alle Jahre wieder. Auch in diesem Rubikon-Schwerpunkt kommt der Wendeherbst zur Sprache. Allerdings nicht in der regierungsamtlichen Version, sondern in Interviews und Erfahrungsberichten von und mit Augenzeugen, die damals demonstrierten und die DDR reformieren wollten.

Doch anders als in den etablierten Medien, wo die westdeutsch dominierte Mainstreamerzählung mit den Berliner Partybildern von der Mauer 1989 viel zu oft endet, geht es auch um die Zeit danach, es geht ums Heute und ums Morgen. Warum geht es dem Osten wirtschaftlich schlecht? Warum ist er nach 30 Jahren noch immer weit entfernt von der Angleichung der Lebensverhältnisse, die die Bundesregierung 1990 in wenigen Jahren angeblich erreichen wollte? Warum ist die AfD so erfolgreich im Osten? Wann fällt die Mauer in den Köpfen? Wohin soll das alles noch führen?

Meine Entscheidung, mich an dieser Stelle auf die Zeit nach 1989 zu konzentrieren, ist eine Grundsatzentscheidung. In den alten Bundesländern wird häufig reflexhaft versucht, die abweichende Entwicklungen des Ostens nicht mit der Zeit nach der Maueröffnung, sondern mit der Zeit davor zu erklären. Natürlich sind solche Überlegungen nicht grundsätzlich von der Hand zu weisen, beide Zeiträume sind und bleiben zur Erklärung notwendig. Doch warum spielt die Zeit ab 1990 so auffällig selten eine Rolle bei westdeutschen Erklärungsversuchen?

Schuldfrage: DDR oder Neoliberalismus

Tatsächlich ist dies ein zentraler Konfliktpunkt in der politischen Analyse heutiger gesamtdeutscher Zustände. Was den Osten negativ vom Westen unterscheidet, muss auf den autoritären Sozialismus und dessen Indoktrination direkt oder indirekt zurückzuführen sein. Jedenfalls nicht auf die 30 Jahre Neoliberalismus danach, so die vorherrschende Sicht der westdeutsch dominierten Welterklärer in Politik und Medien.

Hier ein paar unter zahllosen Beispielen: Spiegel Online verglich in einem Artikel kürzlich die gesundheitlichen Entwicklungen der Deutschen in Ost und West seit 1989. Im Osten sterben bis heute mehr Menschen an den Folgen von Alkoholismus als im Westen. Statt als mögliche Erklärung für den Griff zur Flasche den Frust vieler Ostdeutscher über Massenarbeitslosigkeit, prekäre Lebensumstände und sozialen Abstieg heranzuziehen [2], identifiziert der Spiegel das Alkoholproblem als „Altlast“ der DDR:

„Tatsächlich wurde in kaum einem Land so viel Bier und Schnaps konsumiert wie in der DDR, obwohl übermäßiger Alkoholkonsum als dem ‚Sozialismus wesensfremd’ galt. Alkohol war Genuss-, Stärkungs- und Tauschmittel sowie ein beliebtes Geschenk — und im Gegensatz zu anderen Drogen gut verfügbar.“

Soweit also Spiegel Online. Zusammengefasst: Den Ossis geht es eigentlich gut. Sie haben gar keinen Anlass, um Alkoholiker zu werden. Aber weil sie es aus der DDR nicht anders kannten, saufen sie bis heute weiter. So gesehen sind wahrscheinlich auch die westdeutschen Leberkranken nur übergesiedelte Ostdeutsche.

Von LPG-Ignoranten und Töpfchen-Nazis

Argumentationen, die auf Teufel komm‘ raus die DDR für alles Schlechte in die Verantwortung nehmen, aber so gut wie nie die kapitalistische Verwahrlosung ab 1990, tauchen beim Thema Ostdeutschland immer wieder auf. Der damalige brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU), ein Bundeswehrgeneral a.D., hatte 2005 im Zusammenhang mit dem Mehrfachmord einer brandenburgischen Mutter an ihren Neugeborenen die soziale Verwahrlosung und Gleichgültigkeit des Umfelds der Frau auf die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft zurückgeführt. Ein durchaus kreativer Gedankengang.

Der hannoversche Kriminologe und spätere niedersächsische Justizminister Christian Pfeiffer erklärte 1999, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Osten rührten vom gemeinsamen Aufs-Töpfchen-Gehen in DDR-Kinderkrippen. Als

Am 15.01.1990 stürmten Demonstranten die Stasi-Zentrale in der Beliner Normannenstrasse und zerstörten Akten. Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-1990-0115-030,_Berlin,_Stasi-Zentrale_gestürmt.jpg, Foto: AFP Bundesarchiv, Bild 183-1990-0115-030, Lizenz: CC-BY-SA 3.0.

gelernter Soziologe und ostdeutscher Anti-Rassist, der selbst in einer DDR-Krippe war, kann ich nur mit einer sarkastischen Empfehlung reagieren: Wenn Rassismus im Jahr 2019 dort immer noch ein viel größeres Problem als im Westen ist, dann sollte doch endlich jemand diese bis heute versteckt weiterbetriebenen DDR-Krippen dichtmachen.

Heilsames Westfernsehen verhindert Fremdenfeindlichkeit

Schon sind wir bei einem zentralen Thema der heutigen Diskussionen über den Osten. Seit den Pegida-Demos in Dresden und den AfD-Erfolgen in den neuen Ländern wird im Westen über die Gründe für diese Phänomene gerätselt. Der Historiker Heinrich-August Winkler beispielsweise entwickelte folgende Erklärung: Verantwortlich für den Pegida-Zustrom ab 2015 sei — kein Witz — das Fehlen des pluralistischen Westfernsehens in der Region um Dresden vor 1989 (Tal der Ahnungslosen). „Das wirkt bis heute nach“, meint Winkler. Ein Glück, dass ZDF, Sat.1 und

RTL mit ihren Programminhalten heute für mehr Sachinformationen und weniger Emotionalität, Abwertung und Ausgrenzung arbeiten.

Eine etwas neuzeitlichere, wenn auch parteipolitisch erwartbare, Erklärung bot in diesem Jahr Christian Hirte (CDU), der Ostbeauftragte der Bundesregierung, an: Die Linke ist schuld. Die Daueropposition und Systemkritik ihrer Vorgängerpartei PDS habe den Boden für die heutigen AfD-Wahlerfolge im Osten bereitet. „Man könnte sagen, dass die PDS-Linke gesellschaftlich gesät hat, was heute die AfD erntet."

Ja, Herr Hirte, nur die seit 29 Jahren herrschende neoliberale Politik hat nichts gesät. So zimmert man sich in Berlin eine Welt zurecht, wie sie der „GroKo" gefällt. Die Beispiele zeigen: Bundesdeutsche Macht- und Deutungseliten verbreiten jede noch so kreative Vermutung. Nur nicht die wirklich nahe liegende Ursache: die herrschende Politik. Fast 30 Jahre von eben diesen Eliten verordneter Neoliberalismus — manche sprechen von „Abbau Ost" — haben die einst vorhandene Bereitschaft zur Solidarität der Menschen im Osten geschwächt.

Fremdenfeindlichkeit und krimineller Neoliberalismus

Sicher, ostdeutsche Rassisten hat es schon vor 1989 gegeben. So wie es Rassisten auch zu anderen Zeiten und in anderen Ländern gab. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind keine Erfindungen der DDR. Das sollte hier einmal festgehalten werden, da zahlreiche Medien heute einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken versuchen.

Entscheidend ist, wie sich rechtsradikale Strukturen im Osten nach Ende der DDR ausweiten und verfestigen konnten. Die Hauptverantwortung hierfür liegt in der ausgrenzenden Politik der seit damals agierenden Bundesregierungen. Die Treuhand war nur der ausführende Arm. Auftrag und Vorgaben erhielt sie aus Bonn. Durch die monströse Schocktherapie ab 1990 brachen im Osten nahezu sämtliche Strukturen, Bindungen und Gewissheiten weg. Ja, es kamen „freie Wahlen", sauberere Luft, Reisefreiheit, die große bunte Warenwelt und sanierte Innenstädte. Es kamen aber auch Arbeitslosigkeit, Abstieg, Abwertung, Prekarität, Sozialabbau, Deindustrialisierung, Privatisierung, Rückbau der Infrastruktur, Massenabwanderung, Demütigung. Nur wenige Ostdeutsche gewannen dabei ausschließlich. Und auch die Gewinne mussten hart erarbeitet werden.

Das Symbol für die untergegangene DDR, der Trabbi. Quelle: https://www.flickr.com/photos/brigittemackscheidt/9107428468/, Foto: AFP PHOTO / Brigitte Mackscheidt, Lizenz: CC BY-SA 2.0.

Transformationsprozess ohne Verantwortliche?

Auch der Ostbeauftragte Christian Hirte weiß, um die bis heute anhaltenden Folgen der politisch gewollten Schocktherapie, benennt die Verantwortlichen aber nicht:

„Im Westen ist bis heute nicht bekannt, wie dramatisch der Transformationsprozess im Osten nach dem Mauerfall war. Das Leben für die Menschen hat sich radikal geändert. Ihre beruflichen Karrieren und Ausbildungsabschlüsse wurden abgewertet, weil sie nicht mehr in das neue Wirtschaftssystem passten. Die große Anfangseuphorie schwenkte irgendwann in eine große Verlustangst im Osten um. Diese Negativerfahrungen sind der Grund für die tiefe Skepsis in den neuen Bundesländern gegenüber den neuen Veränderungswellen."

Doch war es eben seine Partei, die CDU, die diesen Prozess vorantrieb. Mit Unterstützung der FDP, später auch der SPD und der Grünen. Es handelte sich um aktive zerstörerische Entscheidungen der Politik. 30 Jahre lang trainierten diese Parteien den Ostdeutschen aktiv die Solidarität ab. Stattdessen wurden Ideen wie Flexibilität, Eigenverantwortung, Konkurrenzdenken, Ich-AGs und Individualisierung propagiert. Und plötzlich wundert man sich in Politik und Medien, dass ein Teil (!) der Ostdeutschen nicht mit Flüchtlingen solidarisch ist?

Wären die herrschenden Politiker ehrlich, müssten sie zugeben, dass ihre antisozialen Werte zu einem guten Teil erfolgreich vermittelt wurden. Die neoliberalen Politikkonzepte der marktkonformen Demokratie haben ihr Ziel erreicht. Doch tun die herrschenden Parteien so, als hätten sie damit nichts zu tun. Als wären sie mit ihrer Politik von Treuhand über Agenda 2010 bis hin zur Bankenrettung und gewalttätiger Außenpolitik nicht verantwortlich für Egoismus, soziale Kälte und Verrohung in diesem Land.

Fassadendemokratie für den Osten

Doch statt Selbstkritik hört man von politischen Verantwortlichen eher, dass doch die ostdeutschen Altstädte so schön renoviert wurden, wie es kürzlich erst die Anstalt im ZDF satirisch darstellte. Statt in

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

Fassaden hätte die herrschende Politik jedoch besser in die Zukunft der Menschen investieren sollen. Die These sei erlaubt: Lieber zeitlich begrenzt Milliarden in die Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft statt unbegrenzt Milliarden in die Transfersysteme und in die Taschen superreicher Investoren. Die Fassaden wären auch auf diese Weise farbig geworden. Doch was kam war die massenhafte Abwicklung der ostdeutschen Wirtschaft, bei der die Betroffenen kein Wort mitzureden hatten. Bunte Häuser statt pluraler Mitbestimmung — ich vermeide nun jedes Wortspiel mit „Fassadendemokratie".

Resultat ist eine tief eingebrannte Verlustangst bei vielen Ostdeutschen. Verlustangst und ökonomischer Dauerdruck sind keine guten Voraussetzungen, damit Menschen Solidarität für andere Menschen aufbauen. Die meisten Ostdeutschen haben trotzdem verstanden, dass nicht die armen Kriegs-, Klima- und Wirtschaftsflüchtlinge ihre Feinde sind. Ich selbst habe in meinem heimatlichen Umfeld nur ein einziges Mal erlebt, dass sich jemand abfällig über Flüchtlinge äußerte. „Der Wessi" hingegen ist im Osten bis heute das weitaus präsentere Feindbild.

Unnötige Ost-West-Spaltung

Auch diese Spaltung ist gefährlich und unnötig. Gefährlich, denn sie dient wie viele andere Spaltungstechniken — Alt gegen Jung, Mann gegen Frau, Inländer gegen Ausländer — dazu, die entscheidende gesellschaftliche Spaltung zu überdecken: die zwischen arm und reich. Die Spaltung ist unnötig, da beide, der Ossi und der Durchschnitts-Wessi, eigentlich auf derselben Seite stehen. Beide haben mit der Deutschen Einheit die guten Seiten ihrer Herkunftsländer verloren. Den jeweiligen Sozialstaat und die zumindest zeitweise auf Frieden und Verständigung orientierte Außenpolitik. Im Osten war alles sofort futsch, im Westen ging es schrittweise.

Beide hatten zu zahlen: Die Ostdeutschen zahlten mit ihren Arbeitsplätzen, mit ihrem Volkseigentum — zumindest hätte es das werden können — und mit der plötzlichen Entwertung ihrer Lebensleistungen. Die Westdeutschen profitierten zwar von dem wirtschaftlichen Einheitsaufschwung Anfang der 1990er Jahre, zahlten aber mit Steuergeldern in Billionenhöhe. Doch Obacht, dieses Geld landete nur zu kleinen Teilen in den Taschen der Ostdeutschen. Es floss größtenteils weiter in die Taschen sowieso schon reicher „Investoren" und Unternehmenseigentümer. Dafür sorgte die Treuhand im Auftrag der Bundesregierung. Und die Schulden dafür zahlen wir alle zusammen bis heute. Auf die Friedensdividende warten wir ebenso gemeinsam weiter — Westdeutsche und Ostdeutsche. US-Panzer rollen heute durch die neuen Bundesländer in Richtung russischer Grenze.

Gleiche Erfahrungen führen zu ostdeutscher Solidarität

Eine besondere Solidarität, die es in der alten Bundesrepublik nicht gibt, hat sich im Osten nichtsdestotrotz entwickelt. Es ist eine Mischung aus mentalem Zusammenhalt und trotzigem Stolz, die sich manchmal im Umgang mit Westdeutschen zeigt. Das hat wenig mit Nationalismus oder DDR-Nostalgie zu tun, sondern ist eher die Gewissheit, dass es im ganzen Osten fast allen Menschen ähnlich ergangen ist — vor der Wende und danach. Das schafft eine mentale Einheit innerhalb der neuen Länder.

Dazu nochmal ein persönliches Erlebnis: Meine inzwischen verstorbene Oma, eine resolute Frau, die in der DDR als Tankwartin arbeitete, saß vor zehn Jahren bei einer Feier einem etwa gleichaltrigen westdeutschen Ehepaar aus Baden-Württemberg gegenüber. Mitfühlend und überzeugt, vor sich eine Frau zu haben, die in der kommunistischen Diktatur schwer gelitten haben muss, fragte der Mann meine Oma: „Ging es Ihnen sehr schlecht in der DDR?"

Meine Oma war eine richtige „Kommunistenfresserin", die sich bei DDR-Behörden mit ihrem losen Mundwerk so manches Problem eingehandelt hatte und auch in den 1990ern noch heftig auf die PDS schimpfte. Gegenüber ihrem westdeutschen Gesprächspartner hätte sie nun, der Zustimmung sicher, all ihren Frust über die DDR auskotzen können. Doch plötzlich sagte sie Dinge, die ich noch nie von ihr gehört hatte. „Uns ging es nicht schlecht. Wir hatten alles. Eine große Wohnung, ein Auto, alle hatten Arbeit. Wir sind in den Urlaub gefahren."

Natürlich, das stimmte alles. Aber das waren nie Dinge, die sie bisher positiv hervorgehoben hatte, im Gegenteil. Wäre in diesem Moment Erich Honecker, auferstanden von den Toten, in den Raum gekommen und hätte sich eine Pina Colada bestellt, ich wäre nicht überraschter gewesen als über die völlig unerwartete Antwort meiner Oma. Mit Trotz und Stolz verteidigte sie ihr Leben in der DDR. Sie verteidigte damit nicht nur ihre persönliche Lebensleistung, sondern irgendwie den ganzen Osten gleich mit. Auch wenn mein westdeutscher Bekannter es mit der Frage gut meinte, er hatte überhaupt nicht damit gerechnet, dass sich Ostdeutsche mit der DDR bis heute identifizieren.

Der DDR-Bürger entstand erst 1990

Der ostdeutsche Bürgerrechtler Jens Reich sagte 1990, er sei erst nach der Maueröffnung innerlich zum DDR-Bürger geworden. Diese Identität entstand durch das Gefühl, anders zu sein als die Westdeutschen. Diese Identität, die negativ als Abgrenzung benutzt, aber auch positiv als ostdeutsche Solidarität gebraucht werden kann, spüren Ossis im Westen noch etwas stärker. Das spüre auch ich, obwohl ich die DDR nur als Kind erlebt habe. Verbindend sind eben auch die ähnlichen Erfahrungen nach 1990.

Centrum Warenhaus in Görlitz 1984 (Foto: Siggisieg, wikimedia, CC BY-SA 4.0)

RIA Novosti archive, image #428452 / Boris Babanov / CC-BY-SA 3.0

Als ich 2003 nach Hannover kam, zog ich in eine WG. Meine fünf Mitbewohner waren allesamt junge Ostdeutsche wie ich. Ich wusste das vorher nicht, ich hatte bis dahin nur mit dem Vermieter zu tun, doch war es auch kein Zufall. Sie waren dort alle aus demselben Grund: als Arbeitsmigranten, die zu Hause keinen Ausbildungsplatz fanden. Es war auch kein regionaler Zufall, denn die Leute kamen aus allen fünf neuen Ländern. In der WG über uns sah es fast genauso aus. Westdeutsche waren in der Minderheit. Zwischen uns war die Herkunft damals kein großes Thema. Aber es fiel auf, bei fast jedem Neuzugang umso mehr: Ich komme aus Wismar, Ich komme aus Freital, aus Magdeburg, Sondershausen, Rathenow …

Die ostdeutsche Identifikation wird in diesen Tagen, wo Wendeherbst und Wiedervereinigung ständig Thema sind, wieder gefördert. Allerdings anders, als Westdeutsche das erwarten würden. Ich empfinde da wohl etwas Ähnliches wie meine Oma damals: Es tut weh, wenn andere sagen, die DDR war „ein Land der Dunkelheit“, ein „maroder Trümmerhaufen“, ein „Unrechtsstaat“. Auch wenn ich persönlich von der Deutschen Einheit sicherlich profitiert habe, stelle ich selbst fest, dass es mir nicht egal ist, wenn andere so über meine Heimat reden. Das ist keine Sache der Zahlen, sondern des Gerechtigkeitsempfindens. Solch abfälliges Gerede über den Osten tut weh, es ist ungerecht, es ist unwahr und es erzeugt Widerspruch. Besonders wenn man weiß, welche sozio-ökonomische Mangelpolitik und welch außen- und innenpolitisches Unrecht die Bundesrepublik praktiziert.

Mit dem Wissen wächst das Verständnis

In so manchen Gesprächen mit Westdeutschen, die mich für einen der ihren hielten, musste ich mir sehr unschöne Dinge anhören — über faule, undankbare oder undemokratische Ossis. Ich habe manchmal devote Ostdeutsche erlebt, die diesen Reden eifrig zustimmten. Ich selbst spürte erst Verwunderung über diese stereotypen Reden, die ich aus meiner Heimat ja nicht kannte. Später empfand ich Widerwillen, heute widerspreche ich in solchen Situationen offen und konstruktiv. Zur Wahrheit gehört aber auch: Solche Westdeutschen waren die Minderheit. Viel häufiger habe ich interessierte, solidarische Wessis kennen gelernt, die verstehen und eben nicht Vorurteile pflegen wollten.

Sobald sie mehr wussten, nicht nur über die DDR, sondern vor allem über die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, die Ostdeutschland nach der Wende trafen, stieg ihr Verständnis noch. Denn die meisten „Wessis“ spüren, dass sie an Stelle der „Ossis“ ähnlich empfunden hätten und dass die wirtschaftspolitischen Experimente, die an den neuen Ländern durchgeführt wurden, auch vor den alten Bundesländern nicht Halt machen werden.

Die Ost-West-Spaltung wird so lange vorhanden bleiben und von interessierten Kreisen immer wieder neu befeuert werden, wie wir den Nebel der politisch-neoliberalen „Wendemärchen“ nicht durchleuchten.

Quellen und Anmerkungen:

[1] Jörg Roesler: Aufholen, ohne Einzuholen! Ostdeutschlands rastloser Wettlauf 1965 — 2015. Ein ökonomischer Abriss. Berlin, 2016. Die Thematik Filialökonomie („branch-plant economy“) behandelt Roesler auf den Seiten 146 ff.

[2] Der aus Rostock stammende Soziologie-Professor Steffen Mau von der Humboldt-Universität Berlin beschreibt in seinem Buch „Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft“ (Seite 157) eine Szene der Nachwendezeit, in seinem heimatlichen Stadtviertel, die den Zusammenhang von Arbeitsplatzverlust, sozialem Abstieg und Alkoholismus verdeutlicht: „Das Zerfasern der einstmals arbeitszentrierten Gesellschaft war unübersehbar. Das Feldexperiment lief auf vollen Touren und erfasste Bekannte, Nachbarn, ehemalige Mitschüler, von denen manche heftig strauchelten. Plötzlich traf man im Wohngebiet auch auf jüngere Menschen, die unter der Woche schon vormittags auf Parkbänken oder vor dem Supermarkt saßen, manchmal mit zerschlissener Kleidung, umweht vom Alkoholdunst und mit unruhigem Blick. Einmal bettelte mich ein Mann an, den ich über eine gemeinsame Freundin kannte und der, als er sich an mich erinnerte, fragte, ob ich ihm eine Flasche Korn aus dem Supermarkt mitbringen könnte. Es entstand eine lokale Population Marginalisierter, die nach und nach, wie von einem Strudel in die Tiefe gerissen wurde, den Halt verlor. (...) Gebrochene Biografien mit Krankheit, Insolvenz und Alkoholproblemen waren und sind in Lütten Klein zahlreich zu finden.“

Dieser Text wurde zuerst am 09.11.2019 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/der-wiedervereinigungs-mythos› veröffentlicht. Lizenz: Stefan Korinth, Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=32821›

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

Der damalige US-Präsident Ronald Reagan und sein Vize-Präsident Bush senior trafen Michael Gorbatschow am 7. Dezember 1988 in New York (Foto: Public Domain, wikimedia)

Triumphalismus und Totalversagen

Auch nach der Wende waren die USA nicht an Völkerverständigung interessiert – sie wollten den Endsieg über den Rivalen Russland.

Ein Rückblick von Dirk Pohlmann

30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges ist die Welt in einem schlimmen Zustand. Dass die einzigartige historische Chance nicht genutzt wurde, um die Atomwaffen abzuschaffen und eine internationale Friedensordnung zu errichten, war kein Naturereignis, sondern das Ergebnis katastrophaler Politik. Sie muss beendet werden, wenn es eine Zukunft geben soll.

Der 9. November 1989 war eine Zeitenwende. Die Ereignisse in den Wochen vor dieser Nacht, in der die Mauer besetzt und dann bedeutungslos wurde, entwickelten sich mit einer Rasanz, die jede Planung zur Makulatur machte. Im Tagesrhythmus mussten Politiker ihre Strategien anpassen, eine unglaubliche Nachricht jagte die nächste. Es war, als ob die Schwerelosigkeit zum Normalzustand der Deut-

Autor: Dirk Pohlmann

Jahrgang 1959, studierte Publizistik, Philosophie und Jura, erwarb eine Berufspilotenlizenz, war Geschäftsführer der CargoLifter World GmbH und absolvierte eine Ausbildung als Projektmanager. Er produzierte als Drehbuchautor und Filmregisseur mehr als 20 Dokumentationen für arte, ZDF, und ARD, die darüberhinaus in mehr als 20 Ländern im TV ausgestrahlt wurden, etwa in den USA, Kanada, Russland und Australien. Er schreibt für zahlreiche Blogs und veröffentlicht im Videokanal „Das 3. Jahrtausend“ mit über 50.000 Abonnenten. Gemeinsam mit Jens Wernicke hat er gerade das Buch „Klimakatastrophe“ herausgegeben. Demnächst erscheint von ihm „Im Auftrag der Eliten: Der Fall Herrhausen und andere politische Morde“.

schen geworden wäre. Nichts schien mehr unmöglich.

Die Tatsachenlage war an der Oberfläche eindeutig. Der SED-Staat konnte die Bevölkerung der DDR nicht mehr unter Kontrolle halten. Michail Gorbatschow hatte mit Glasnost und Perestroika einen Sturm entfacht, der den Ostblock zum Einsturz brachte; nacheinander wurde das in Polen, Ungarn und dann auch in der DDR sichtbar. Der Kommunismus war damit endgültig auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet, wo er, so ließ die Elite der kapitalistischen Welt im Chorgesang verlauten, schon immer hingehört hatte. Den Satz mit dem Müllhaufen konnte man damals überall lesen und hören. Er gehörte zum Selbstverständnis der Sieger, die den Kalten Krieg als Kampf des Kommunismus gegen die Demokratie, der totalitären gegen die freiheitliche Herrschaft, des Evil Empire gegen den Leuchtturm der Freiheit interpretiert hatten.

Jetzt hatten die Guten also endlich gegen die Bösen gewonnen, zum Happy End der Hollywood-Realität fehlte nur noch der musikbegleitete Ritt Ronald Reagans in den Sonnenuntergang, Abblende, und dann die Schlusstitel. Der US-Politologe Francis Fukuyama rief sogar das Happy End jeglicher Geschichte aus, liberale Demokratie und Markwirtschaft hätten jetzt endgültig gesiegt. Ein erstaunliches Argument für eine akademische Szene, die den Historizismus – also die Behauptung, Geschichte verlaufe nach erkennbaren Regeln und habe ein Ziel – jahrzehntelang als intellektuelle Wurzel allen gesellschaftlichen Übels bezeichnet hatte und eine Schurken-Ahnenreihe erkannt haben wollte, die von Platon über Hegel bis Marx reichte: Verführer, die lockend vom Paradies sprachen und damit die Gräuel der Gulags und KZs erst möglich gemacht hätten.

Aus westlicher Sicht war die Sache klar. Reagan hatte bei seinem Amtsantritt den Leitsatz ausgegeben: „We win, they loose“. Wir gewinnen, sie verlieren. Er mochte solche einfachen, „amerikanischen“ Slogans. Er hatte den Sieg mit einer Truppe entschlossener Kalter Krieger möglich gemacht. Seine Mannschaft hatte die Samthandschuhe ausgezogen, sie hatte mit allen Mitteln gekämpft, sie hatte psychologische und politische Kriegsführung (PsyOps und PolWar genannt), auch gegen Alliierte als wesentliche Elemente in das politische Arsenal eingefügt – und gesiegt.

Der Fall der Berliner Mauer, 1989. Das Foto zeigt einen Teil einer öffentlichen Fotodokumentation am Brandenburger Tor, Berlin. Die Fotodokumentation, präsentiert vom Senat von Berlin, ist dauerhaft der Öffentlichkeit zugänglich und fällt daher unter §59 UrhG. Originalfoto: Unbekannt. Reproduktion der Fotodokumentation: Lear 21, en.wikipedia.org, CC BY-SA 3.0.

Das Ende der DDR

Dieser Triumph war andererseits nur möglich geworden, weil der real existierende Sozialismus in Gestalt seiner herrschenden Repräsentanten die Größe aufbrachte, ohne Blutvergießen zu zerbröseln und zu verschwinden. Dieser Verdienst bleibt, er sollte anerkannt werden. Es ist möglich geworden, weil die Herrschenden der DDR und weite Teile der Führungselite im Untergang nicht alles mit sich reißen wollten wie einst Adolf Hitler, sondern Vernunft und Realismus bewiesen.

Der Begriff „Unrechtsstaat“ ist für das Gesamtkunstwerk DDR nicht passend und wer im Abu-Greibh-, Oury-Yalloh-, Angriffskriegs- und NSA-Affären-Glashaus sitzt, sollte weniger hochmütig mit Wurfgeschossen umgehen.

Ich war am 10. November zum ersten Mal in der DDR und beobachtete in Ostberlin eine Szene, die mir im Gedächtnis blieb. Ein Volvo, also augenscheinlich der Dienstwagen einer Führungsperson, wollte aus einem Tor herausfahren. Ein Demonstrant versperrte, sich aufreizend in Zeitlupe bewegend, die Ausfahrt und schaute herausfordernd in den Fond des Autos. Der Fahrer des Volvos wollte offenkundig rabiat werden, aber der Mann im Fond redete kurz mit ihm und machte dann eine ausholende Zeitlupen-Handbewegung, wie bei Hofe, ein Zeichen, dass der Mann passieren solle. Der machte dann den Weg frei. Die Situation hätte eskalieren können, aber es war auf beiden Seiten genug Sinn für Ironie vorhanden, um das zu verhindern. Ich hatte die Staatsgewalt in Westdeutschland schon ganz anders erlebt und war beeindruckt von der DDR-Zivilisation. Es war dort sicher nicht immer so – ich kenne auch andere Wahrheiten etwa über Stasi-Gefängnisse, aber es war im späteren Neufünfland etwas eindeutig anders als im Westen, und es war gut so. Irgendwie gab es mehr Augenhöhe.

Ein zivilisiertes Verhalten, das man bei Donald Trump und dem durch Regime Changes, Angriffskriege und „Responsibility to Protect“ gekennzeichneten militärisch-industriellen Komplex sowie bei der keinerlei Ungehorsam tolerierenden US-Polizei nicht erwarten sollte, wenn der Kapitalismus einmal untergehen wird — wovon ich ausgehe. Eine Erfahrung, die dann für einen Großteil der Bevölkerung traumatisierend sein wird, während die DDR-Bürger entspannt neudeutsch sagen können: „Been there, done that“. Auf Deutsch: „Ob wir Zukunftsangst haben? Nö. Ham wa nich. Dat kenn wa schon.“

So viel Anfang war selten

1989 waren also die scheinbar auf ewig in Beton erstarrten Verhältnisse des Kalten Krieges in rasantem Tempo flüssig geworden. Die Hymne der Zeit war „Wind of Change“ von den Scorpions. Der Geist des Umbruchs war aus der Flasche und wehte, wo und wie er wollte. Er konnte und wollte nicht mehr zurück. Es lag etwas Unbekanntes in der Luft, die Ahnung einer neuen Zeit. Alles war möglich.

Die Krise des sozialistischen Systems war tatsächlich eine einzigartige Chance. Der Mann, der das alles in Bewegung gesetzt hatte, war Michail Gorbatschow. Er hatte angekündigt, nicht mehr als Feind zur Verfügung zu stehen. Und er handelte dementsprechend. Er wollte den Sozialis-

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

mus nicht abschaffen, sondern im Gegenteil wieder lebensfähig machen. So hat es mir Egon Bahr in einem Interview 2014 berichtet. Es waren Ideen, so berichtete Bahr, die Gorbatschow gemeinsam mit seiner Frau Raissa, einer Soziologin und Philosophin, entwickelt hatte. War der Kommunismus einst die Verheißung einer neuen Gesellschaft gewesen, die mit ihrem Versprechen der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen eine unvergleichliche Attraktivität entwickelt hatte, die neben politisierten Arbeitern auch die allermeisten nicht korrumpierten Menschen, viele Intellektuelle und sehr viele Künstler begeisterte, hatte der Stalinismus mit seiner Brutalität, seinen Gulags und die spätere bleierne Sowjetunion diesen Anfangsbonus aufgebraucht und die sozialistischen Ideale erwürgt.

Michail Gorbatschow, 1986. © RIA Novosti Archiv, Yuri Abramochkin, CC-BY-SA 3.0.

Sehnsuchtsort UdSSR?

Gorbatschow wollte die Begeisterung der frühen Jahre erneut entfachen, durch eine unvergleichliche Geistesfreiheit und einen Umbau der Wirtschaft, keinesfalls marktradikaler Prägung. Er wollte eher einen sozialdemokratischen Ansatz verfolgen, in dem der Staat, wie in Japan, einen lenkenden Einfluss behielt. Man könnte sagen, er wollte chinesische Verhältnisse. Allerdings waren damals die chinesischen Verhältnisse eher sowjetisch.

Er wollte die Sowjetunion zum Sehnsuchtsort aller Menschen machen, die eine bessere, friedliche Welt für machbar hielten. Sozialismus ohne Atomwaffen und Rüstungswahnsinn, mit Spaß an den wahren Freuden des Lebens, so attraktiv wie die Musik und Aufbruchstimmung im Westen der 60er Jahre, aber weniger auf hippe Befindlichkeiten ausgerichtet. Gorbatschow wollte den Zentralismus abschaffen, die Verantwortung delegieren, nach unten, in die Regionen. Die Wirtschaft sollte in der neuen Sowjetunion dem Gemeinwohl dienen und nicht Lebenszweck sein. Olof Palme war auf einem ähnlichen Weg, er wollte die schwedischen Staatsbetriebe zu einem relevanten Teil in das Eigentum der Betriebsangehörigen überführen. Das war eine der Ideen, die ihm die Feindschaft der Eliten einbrachte und ihn letztlich den Kopf kosteten.

Gorbatschow meinte es ehrlich, er meinte es ernst. Die ostdeutschen Dissidenten und die ostdeutsche Bevölkerung hatten Gorbatschow intuitiv richtig verstanden. Viele wollten den Sozialismus, nur nicht den, den sie im Alltag aushalten mussten.

Egon Bahr stellte diese Ideen als kompletten Unsinn dar und fragte mich mit prüfender Miene, sozusagen kopfschüttelnd: „Können Sie sich diese unglaubliche Naivität vorstellen?“ Und ich antwortete: „Sehr gut sogar. Wenn es Gorbatschow gelungen wäre, damit anzufangen, hätte ich unbedingt versucht, in diese Sowjetunion auszuwandern und sie mit aufzubauen.“ Ich hatte nach dem Gespräch den Eindruck, dass meine trotzige Antwort Bahr gefallen hatte, dass seine Frage in Wirklichkeit dazu gedient hatte herauszufinden, wessen Geistes Kind ich war.

Die Welt am Scheideweg

Tatsächlich war die Haltung zu dem russischen Erneuerer die entscheidende Frage, an der sich die Kräfte schieden. Die meisten haben das im Rausch des ausbrechenden Friedens nicht verstanden. Ich gehöre auch zu diesen Vielen. Wir standen mit Tränen in den Augen vor der ungewohnten Mischung aus Trabi und Golf auf den Straßen, wir waren von unseren Gefühlen übermannt und wollten die Schönheit dieser kalten Herbsttage mit allen Sinnen erleben. Die Realität war plötzlich zur Poesie geworden, die sich in immer neuen Metamorphosen entfaltete. Zukunft war auf einmal ein Zauberwort. Konnte es wirklich sein, dass das verwunschene Deutschland durch die Geschichte zärtlich wachgeküsst worden war? Mir war auf eine sanfte Art sehr deutsch zumute. „Schläft ein Lied in allen Dingen, die da träumen fort und fort. Und sie fangen an zu singen, triffst Du nur das Zauberwort.“

Merkwürdigerweise hatten viele Europäer Angst vor den verliebten Deutschen. Sie fürchteten ein viertes Reich, die Wiederkehr eines mörderischen Nationalismus. Auf einmal war der 1. Weltkrieg wieder in den Köpfen. Oder: Der Schatten des 1. Weltkrieges war plötzlich wieder sichtbar. Margaret Thatcher und Francois Mitterand und mit ihnen viele in ihren Nationen konnten sich nicht mit dem Gedanken an 80 Millionen wiedervereinigte Deutsche anfreunden. Es gab viele böse Kommentare, zum Beispiel, warum man denn zwei Weltkriege gewonnen habe, wenn es jetzt wieder mit Deutschland losgehe; Bemerkungen über die Deutschen, die man entweder an der Kehle oder zu Füßen habe, und die große Freude über Deutschland, die ganz besonders groß sei, weil es Deutschland ja zweimal gäbe.

Es geht um alles – in Deutschland

Nur Gorbatschow und die USA unter George Bush standen nach den Angaben von Zeitzeugen der sich abzeichnenden Wiedervereinigung nicht im Weg. Merkwürdigerweise hatte der ehemalige CIA-Direktor George Bush als Präsident seinen ehemaligen CIA-Vizegeneral Vernon Walters etwas weniger als ein Jahr vor den Ereignissen im November 1989 zum neuen Botschafter in Westdeutschland auserkoren. Nach Angaben von Walters verlief das so:

> „Kurz vor Neujahr rief der gewählte Präsident mich persönlich zu sich und drängte mich, die Botschaft in Deutschland zu übernehmen. (…) Dann fügte er die geradezu prophetischen Worte hinzu: ‚Dort wird es ums Ganze gehen. Dick, willst du mir helfen oder wirst du mich im Stich lassen?‘ Das genügte für einen alten Soldaten. Ich antwortete, ich fühlte mich sehr geehrt, ihn in Deutschland vertreten zu dürfen.“

US-Präsident Reagan (rechts) und der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow (links) unterzeichnen den INF-Vertrag im Weißen Haus am 8. Dezember 1987. Quelle: White House Photographic Office - National Archives and Records Administration ARC Identifier 198588, courtesy Ronald Reagan Presidential Library, public domain.

Offenbar hatte Bush Senior erstaunliche Fähigkeiten als Wahrsager. Während deutsche Politiker heute noch darüber berichten, wie die Realität sich ständig schneller veränderte als die Planung, die sie gestalten sollte, während Helmut Kohl noch im Oktober 1989 von einer Föderation zweier deutscher Staaten ausging, ahnte der US-Präsident also bereits zur Jahreswende 1988/1989, dass es in Deutschland „ums Ganze" gehen würde.

Offenbar gab es auch Beziehungen zur Stasi, denn die Übernahme der „Rosenholz"-Dateien, also die Klarnamen aller Agenten der Stasi im Westen, wurde unmittelbar nach dem 9. November durchgeführt. Ein hoher skandinavischer Geheimdienst-Offizier erinnert sich, dass er darüber informiert wurde, dass ein US-Hubschrauber auf dem Dach eines Gebäudes im Stasi-Hauptquartier in der Normannenstraße gelandet sei. Diese Operation war ohne Vorbereitung, Absprache und Sicherung durch höchste Stasi-Offiziere unmöglich. Rosenholz war wohl nicht der einzige Informationstransfer der besonderen Art. Was diese Daten ermöglichten, war die erpresserische Kontaktaufnahme mit allen Stasi-Agenten, die die CIA nun vor die Wahl stellen konnte, in Zukunft entweder für die US-Dienste zu arbeiten oder im Gefängnis zu verrotten. Die DDR-Agenten, die gegen die westlichen Staaten gearbeitet hatten, waren also ab sofort unter neuer Leitung weiter aktiv. So ist das unter Freunden, wenn es sich um Freunde im Geheimdienstmilieu handelt. Aber das sind Petitessen.

Essentiell war: Für den inneren Kreis der Reagan-Administration — wozu zum Beispiel auch inoffizielle Mitarbeiter wie Richard Perle gehörten, dessen Bedeutung nicht überschätzt werden kann — war Gorbatschows Einlenken, sein Wille zum Frieden, die Kapitulation der UdSSR, der Triumph der US-Strategie, der Sieg, der mit Rüstung, PsyOps und PolWar erfochten worden war.

Psychologische und politische Kriegsführung

Fred Iklé, Unterstaatssekretär für Verteidigung und ein hierzulande weniger bekannter Stratege in Reagans Kaltem Krieg, beschrieb 1986, warum PsyOps und PolWar dafür so wichtig waren:

„Annähernde Parität zwischen den Supermächten verstärkt die Bedeutung von PSYOP (Psychologische Kriegsführung) und POLWAR (Politische Kriegsführung). Große Gegner, die annähernd gleich gerüstet sind und beide in der Lage sind, den Gegner zu vernichten, müssen andere Methoden als Kriege finden, um ihre Konflikte auszutragen. POLWAR und PSYOP bergen weniger die Gefahr, zu einer Eskalation beizutragen. Unsere Gegenwart ist zu einem Zeitalter des Terrorismus, des Aufstandes und des begrenzten Konfliktes geworden, weil jedes dieser Elemente eine wesentliche politische Methode der Auseinandersetzung in der Ära der Supermacht-Konfrontation darstellt. Es ist kein Scherz mehr, Clausewitz' Ausspruch: „Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" umzudrehen. In unserer modernen Welt ist die internationale Politik die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln."

PsyOps klingt nach Desinformation und Fake News. Aber William Taylor, Direktor am Center for Strategic und international Studies schrieb 1982: „Gewaltandrohungen werden eher am unteren Ende des Konfliktspektrums im Bereich von psychologischer Kriegsführung liegen." PsyOps sind besonders sinnvoll in Europa, wo offene Gewalt nicht möglich ist. Deswegen werde die USA zu PsyOps greifen, um einen ‚Dissidenten-Premier zu disziplinieren.'" Taylor schlug den Einsatz von PsyOps vor, „um die Unterstützung einer unerwünschten Regierung zu unterminieren" und erwähnt den Einsatz von U-Booten, um einen neutralen Staat – die damalige USA – in den 1. Weltkrieg hineinzuziehen. Und: Eine glaubwürdige Drohung könnte die Ermordung einer Führungsfigur eines demokratischen Landes sein.

Die USA befanden sich also bei Amtsantritt von Gorbatschow mental noch in einem Kriegszustand. Und die höchsten US-Vertreter im NATO Intelligence Steering Committee, also dem NATO-Geheimdienst-Steuerungskomitee, behaupteten noch 1989, dass ein Krieg mit der UdSSR unmittelbar bevorstehe und dies zur Grundlage der NATO-Politik erklärt werden müsse.

Der norwegische Chef des Militärgeheimdienstes Alf Roar Berg und einige andere Mitglieder des Komitees bezeichneten diese Einschätzung als absurd. Die norwegischen und schwedischen Aufklärungseinheiten hatten gemeldet, dass die Sowjets eine viel geringere Kampfbereitschaft aufwiesen als in den Jahren

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

zuvor. Das war selbstverständlich auch den US-Militärs bekannt. Der Grund für ihre Forderung, die falsche US-Einschätzung offiziell zu übernehmen, war ein anderer. Sie wollten weiter ihre PsyOps und Informationsmanagement-Operationen durchführen.

Mord als Mittel der psychologischen Kriegsführung?

Die National Security Decision Directive 130 von Ronald Reagan über die internationale Informationspolitik der USA hatte festgelegt, dass PsyOps nur im Krieg oder in Zeiten erlaubt sind, in denen ein Krieg unmittelbar bevorsteht. PsyOps sollten zum Beispiel gegen befreundete Nationen eingesetzt werden, „die Positionen einnehmen, die in direktem Widerspruch zu den nationalen Interessen der USA stehen." Das galt zum Beispiel für die Friedenspolitik Olof Palmes und seiner Forderung nach Auflösung der Militärblöcke, einer gemeinsamen Sicherheitspolitik mit den Warschauer-Pakt-Staaten und der Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone in Nordeuropa.

Palme wurde von seinem Amtsantritt 1982 an bis zu seiner Ermordung am 26. Februar 1986 mit PsyOps bearbeitet, nämlich mit dem Eindringen von US-, britischen und italienischen U-Booten in schwedische Hoheitsgewässer, die den Sowjets angelastet wurden und Palmes Politik tatsächlich wirkungslos werden ließen. Weite Teile der schwedischen Öffentlichkeit glaubten wegen der hunderten, angeblich sowjetischen Verletzungen der schwedischen Hoheitsgewässer den öffentlich geäußerten Behauptungen, Palme sei ein KGB-Einflussagent. Der Hass gegen Palme wuchs, rechte Kräfte in Polizei und Militär diskutierten, dass Palme „beseitigt" werden müsse.

Trotz dieser Operationen – das Bild ist komplex, denn Gorbatschow und Ronald Reagan wollten beide die Atomwaffen abschaffen. Reagan hatte die PsyOps-Operationen und Methoden der politischen Kriegsführung abgesegnet, auch gegen alliierte und befreundete Nationen wie Deutschland und Schweden, er war sicher kein Peacenik (Anm.d.Red.: syn. Friedensaktivist).

Aber in der Frage der Atomwaffen waren sich Reagan und Gorbatschow einig, sie hielten sie beide für eine Geißel der Menschheit. Wohl in keinem Bereich ist das Versagen der Politik so massiv und augenfällig wie bei der Frage der Atomrüstung. Dass die Weltuntergangsuhr der Vereinigung der amerikanischen Wissenschaftler heute auf zwei Minuten vor zwölf steht statt 17 Minuten vor zwölf, wo sie 1991 stand – das ist der schlechteste Wert, seit die Uhr geschaffen wurde – liegt ausschließlich am Versagen der Politik. Man muss sagen: vor allem an der US-Politik.

Aus der Sicht einiger US-Strategen, die leider die wichtigsten waren, ist das „Versagen" bei der Atomrüstung kein Versagen, sondern Teil des Sieges. Politiker wie Helmut Kohl wollten mit Gorbatschow ernsthaft zusammenarbeiten. Egon Bahr, Willy Brandt und Olof Palme hatten festgestellt, dass Gorbatschow die Vorschläge der Palme-Kommission zur „gemeinsamen Sicherheitspolitik", deren Vorsitzender Egon Bahr war, eins zu eins übernommen hatte. Die Grundidee der „gemeinsamen Sicherheitspolitik" war, dass im Atomzeitalter niemand einen Krieg gewinnen könne. „Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter." Es sei deshalb unverzichtbar, dass jede Seite die Sicherheitsinteressen der Gegenseite mit berücksichtige. Sicherheit könne es nur noch gemeinsam geben.

Gorbatschow spricht bis heute vom „Gemeinsamen Haus Europa". Es gab gerade im blutgetränkten Kontinent Europa viele Politiker, aber auch Militärs, die Gorbatschow deshalb als Geschenk des Himmels betrachteten. Auf einmal wehte ein frischer, lauer Wind aus dem Osten. Man war glücklich, den Kalten Krieg ohne nuklearen Holocaust überlebt zu haben. Eine vollkommen andere Welt war möglich.

Egon Bahr, Berater Brandts in Ost- und Deutschlandpolitik, SPD, Journalist, beim außerordentlichen Parteitag der SPD, 1978. Quelle: Bundesarchiv, B 145 Bild-F055062-0011A / CC-BY-SA 3.0.

„Wir brauchen Glasnost für den Kapitalismus"

Das Wort „Friedensdividende" wurde oft verwendet.

Auch Alfred Herrhausen, Chef der Deutschen Bank und einer der besten Manager, die es jemals in Deutschland gegeben hat, war fasziniert von den Gestaltungsmöglichkeiten, die sich auftaten. Er war bereits 1987 zusammen mit Horst Teltschik in Ungarn auf den Wind des Wandels gestoßen; er hatte Gorbatschow getroffen und kehrte begeistert heim.

> Wir brauchen Glasnost für den Kapitalismus. Auch und gerade für den Kapitalismus".

Das war ein erstaunlicher Satz für einen Banker. Herrhausen war ein schneller Denker und Entscheider, er wollte an der Neugestaltung einer europäischen Friedensordnung nach Kräften mitarbeiten. Er war fasziniert vom flüssigen Beton, der nach neuen Formen verlangte.

Herrhausen war ein Kapitalist, aber eher ein rheinischer. Das bedeutet: Er hatte den Vorteil der Deutschen Bank im Blick, aber auch das Allgemeinwohl. Und in der Politik Gorbatschows sah der Anhänger des Philosophen Karl Popper – diese Vorliebe teilte er mit Helmut Schmidt – die Möglichkeit, die Welt auf vernünftige Weise friedlich neu zu gestalten. Er sprach in seiner letzten, ungehaltenen Rede davon, dass die immensen Summen, die bisher für Rüstung ausgegeben wurden, jetzt sinnvoll eingesetzt werden könnten. Zur Minderung des Nord-Süd-Gefälles, zum Kampf gegen Drogen und Verbrechen, Aids, die Schuldenkrise der Dritten Welt und die drohende ökologische Katastrophe. Helmut Kohl, sein Duzfreund seit 20 Jahren, und Michail Gorbatschow hofften auf seine Mitwirkung bei der Perestroika.

Kolumnist Charles Krauthammer trifft President Ronald Reagan 1986 im Weißen Haus. (Foto: Mary Anne Fackelman, Ronald Reagan Presidential Library, public domain)

U.S. Navy ADM William J. Crowe Jr., former Chairman of the Joint Chiefs of Staff. 10. Oktober 1985, Foto: Russel Roederer,public domain)

Herrhausen wollte der UdSSR zu einer funktionierenden Wirtschaft verhelfen, sich als guter Nachbar erweisen, ein Europa unter Einschluss der UdSSR gestalten. Herrhausen riet zu einer langsamen Vorgehensweise, sprach davon, dass es ein oder zwei Generationen brauchen werde, bis die UdSSR so weit sein würde. Man solle mit konkreten Joint Ventures beginnen, Manager ausbilden, Unternehmer ausbilden. Herrhausen wollte keine Schocktherapie. Er sah Deutschland in einer Führungsrolle, aber nicht im Sinne eines Diktators, nicht im Sinne eines Vierten Reiches. Wie so viele andere, wie die meisten, glaubte er, dass das möglich sei. Er sah die Möglichkeiten, er wollte sie gestalten. „Macht muss man auch wollen" war ein weiteres Zitat von ihm.

Das Schicksal des russischen Bären

Er wollte den kranken russischen Bären aufpäppeln, zum Bewohner des Nationalparks Europa machen, zur Freude seiner Besucher und Bewohner. Das war die kontinental-europäische Sicht auf die Zukunft.

Wichtige Strategen in der USA sahen das ganz anders. Sie sahen es genau entgegengesetzt. Sie wollten den russischen Bären endgültig besiegen, ihn töten und ausweiden, ihm das Fell über die Ohren ziehen.

Der Kalte Krieg war vorbei, da war man sich einig, aber was geschehen sollte, darüber gab es zwei völlig verschiedene Zukunftspläne. Die US-Führung unter Präsident George Bush Senior, der zuvor CIA-Chef gewesen war, sah sich als Sieger des Kalten Krieges. Ein Sieger, der jetzt die Beute verteilen würde. Sie wollten die Rohstoffe und die Firmen der UdSSR in das US-Finanz- und Wirtschaftsimperium übernehmen.

Admiral William Crowe, der damalige Chef des Generalstabes der USA, arbeitete bereits 1989 an einer neuen US-Militärstrategie für die Zeit nach dem Sieg über die UdSSR, die auf Special Operations setzte und hohe Beweglichkeit, den Einsatz gegen Terroristen, auf regionale Kriege gegen unterlegene Gegner. Charles Krauthammer, ein Chef-Intellektueller der NeoCons schrieb über den „unipolaren Moment", in dem es nur die USA als relevante Macht gäbe, die nichts gegen ein wiedervereinigtes Deutschland habe. Zwischen den Zeilen kann man lesen, dass das politisch impotente Deutschland als wirtschaftliche Vormacht in Europa den USA gut in die Planung passte. Das würde die Führungsrolle der USA auch in Europa absichern. Dick Cheney und Paul Wolfowitz begannen mit der Formulierung der „Wolfowitz-Doktrin", die im Wesentlichen besagte, dass die USA nicht zulassen würden, dass sich erneut ein militärisch gleichwertiger Konkurrent, wie es die UdSSR einmal war, neben ihnen erheben würde.

Pax Americana – der ewige Krieg

Mit anderen Worten: Es ging nicht um eine Friedensordnung – die westlichen Werte wurden auf die ewige, globale Herrschaft der USA und ihrer Wirtschaftsordnung reduziert. Die neue Weltordnung war eine neue Betonstruktur, diesmal für die Ewigkeit: Die Vorherrschaft der USA, das neue amerikanische Jahrhundert.

Das alles war eine Fehlentwicklung galaktischen Ausmaßes. In der Rückschau wird das Ausmaß des Desasters deutlich. Der Triumphalismus, wie es Gorbatschow nennt, ist existenzbedrohend.

Wie war das 1989? Nichts war unmöglich. Können wir auf die „Rewind"-Taste drücken, zurückspulen und mit dem Wissen um die Perfidie der Mächtigen noch einmal starten? Ja? Nein? Vor allem: Gibt es überhaupt eine andere Wahl? Die DDR-Bürger haben ihre Regierung schon in die Wüste geschickt. Von den DDR-Bürgern lernen, heißt siegen lernen. Nichts ist unmöglich.

Dieser Text wurde zuerst am 15.11.2019 auf rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/triumphalismus-und-totalversagen› veröffentlicht. Lizenz: Dirk Pohlmann, Rubikon.news, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=32831›

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

Sergei Wiktorowitsch Lawrow während der Münchner Sicherheitskonferenz 2016 (Foto: Kleinschmidt / MSC Lizenz: CC BY 3.0 DE, https://www.security-conference.de/mediathek/munich-security-conference-2016/image/sergey-v-lavrov-3,)

Die Welt am **Scheideweg**

Vor der UNO-Vollversammlung, die im September stattfand, hat der russische Außenminister Sergej Lawrow in einem Artikel die russische Sicht auf die internationale Politik geschildert: „Die Welt am Scheideweg und das System der internationalen Beziehungen der Zukunft" vom 20. September 2019

von Sergej Lawrow

In diesen Tagen wird eine weitere, die 74. Sitzung der UN-Vollversammlung und damit traditionell die internationale politische Saison eröffnet.

Die Sitzung beginnt vor dem Hintergrund eines tief symbolischen historischen Moments. Im nächsten Jahr werden wir große und zusammenhängende Jubiläen feiern – 75. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg, Zweiten Weltkrieg und der Schaffung der Vereinten Nationen. Indem man die geistlich-sittliche Bedeutung dieser Daten begreift, sollte man sich auch an den epochalen politischen Sinn des Sieges im grausamsten Krieg in der ganzen Geschichte der Menschheit erinnern.

Die Zerschlagung von Faschismus 1945 war von grundlegender Bedeutung für den weiteren Verlauf der Weltgeschichte. Es wurden Bedingungen für die Bildung der Nachkriegsordnung geschaffen, deren Tragkonstruktion die UN-Charta war – bis heute die Hauptquelle der Völkerrechtsnormen. Das UN-zentrische System bleibt auch heute stabil, verfügt über ein großes Festigkeitspotential. Das ist eine Art „Sicherungsnetz", das eine friedliche Entwicklung der Menschheit unter Bedingungen – in vielerlei Hinsicht natürlicher – der Nichtübereinstimmung von Interessen und des Wettbewerbs zwischen den führenden Mächten garantiert. Immerhin nachgefragt ist die in den Kriegsjahren bekommene Erfahrung der entideologisierten Kooperation der Staaten mit verschiedenen sozialwirtschaftlichen und politischen Systemen.

Bedauerlich ist, dass diese offensichtlichen Wahrheiten bewusst verschwiegen, von einigen einflussreichen Kräften im Westen ignoriert werden. Zudem sind jene aktiver geworden, die sich den Sieg aneignen, aus dem Gedenken die Rolle der Sowjetunion bei der Zerschlagung von Faschismus auswischen, die Befrei-

Zu Beginn der Potsdam-Konferenz: Winston Churchill, Harry S. Truman und Josef Stalin. Foto: https://commons.wikimedia.org/wiki/Potsdam_Conference, gemeinfrei

ungs-Heldentat der Roten Armee in Vergessenheit verschieben, sich nicht an die vielen Millionen friedlichen sowjetischen Bürger erinnern, die in den Kriegsjahren starben, aus der Geschichte die Folgen der finsteren Politik der Befriedung des Aggressors auswischen wollten. Aus dieser Sicht ist eindeutig das Wesen des Konzeptes der „Gleichheit von Totalitarismus" zu erkennen. Sein Ziel ist nicht einfach den Beitrag der Sowjetunion in den Sieg zu unterminieren, sondern auch unserem Land retrospektiv seine von der Geschichte bestimmte Rolle des Architekten und Garanten der Nachkriegsordnung wegzunehmen, und danach es als „revisionistische Macht" zu bezeichnen, die den Wohlstand der so genannten „freien Welt" bedroht.

Solche Deutung der Vergangenheit bedeutet auch, dass laut einigen Partnern die größte Errungenschaft des Nachkriegssystems der internationalen Beziehungen die Aufstellung der transatlantischen Ankopplung und Verewigung der Militärpräsenz der USA in Europa sein soll. Natürlich ist es gar nicht das Szenario, auf das sich die Verbündeten richteten, als sie die Vereinten Nationen gründeten.

Der Zerfall der Sowjetunion, der Fall der Mauer, die zwei „Lager" bedingt teilte, die Auflösung der unversöhnlichen ideologischen Konfrontation, die die Konturen der Weltpolitik de facto in allen Bereichen und Regionen bestimmte – diese tektonischen Änderungen führten leider nicht zur Feier der vereinigenden Tagesordnung. Stattdessen waren Triumph-Relationen darüber zu hören, dass das „Ende der Geschichte" gekommen sei, und es ab jetzt nur das einzige Zentrum der internationalen Beschlüsse geben werde.

Heute liegt es auf der Hand, dass die Versuche, ein unipolares Modell zu sichern, scheiterten. Der Prozess der Verwandlung der Weltordnung wurde unumkehrbar. Neue große Akteure, die über eine nachhaltige Wirtschaftsbasis verfügen, wollen den regionalen und globalen Prozess aktiver beeinflussen, beanspruchen zu Recht eine mehr bedeutende Teilnahme am Treffen der Schlüsselentscheidungen. Die Nachfrage nach einem gerechteren und inklusiveren System nimmt zu. Die Rückfälle der arroganten neokolonialen Herangehensweisen, die den einen Ländern das Recht geben, den eigenen Willen den anderen zu diktieren, werden von einer absoluten Mehrheit der Mitglieder der Weltgemeinschaft abgelehnt.

Das alles löst ein spürbares Unbehagen bei jenen, die sich seit Jahrhunderten daran gewohnt haben, die Muster der Entwicklung der Welt zu bestimmen, wobei man über ausschließliche Vorteile verfügt, aus. Die Anfrage seitens der meisten Staaten auf ein mehr gerechtes System der internationalen Beziehungen, einen realen und nicht deklarativen Respekt der Prinzipien der UN-Charta stößt auf das Streben, die Ordnung aufrechtzuerhalten, in deren Rahmen eine enge Gruppe der Länder und internationalen Korporationen die Früchte der Globalisierung nutzen könnte. Die Reaktion des Westens auf die Situation lässt über seine wahre Weltanschauungsrichtlinien urteilen. Die Rhetorik zum Thema „Liberalismus", „Demokratie" und „Menschenrechte" wird durch die Förderung der Herangehensweisen begleitet, die auf Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Egoismus, Überzeugung von eigener Ausschließlichkeit ruhen.

Der „Liberalismus", als dessen Schützer sich der Westen positioniert, stellt die Persönlichkeit, ihre Rechte und Freiheiten ins Zentrum. Es stellt sich die Frage: Wie stimmt die Politik der Sanktionen, wirtschaftlichen Erstickung und unverhohlenen Militärbedrohungen gegenüber mehreren unabhängigen Staaten – Kuba, Iran, Venezuela, Nordkorea, Syrien – damit überein? Sanktionen treffen direkt einfache Menschen, ihren Wohlstand, verletzen ihre sozialwirtschaftlichen Rechte. Wie stimmen mit dem Imperativ des Menschenrechtsschutzes die Bombenangriffe gegen souveräne Staaten, ein bewusster Kurs auf die Zerschlagung ihrer Staatlichkeit, der zum Tode von Hunderttausenden führte, Millionen Iraker, Libyer, Syrer und Vertreter anderer Völker zu unzähligen Leiden verurteilte, überein? Das Abenteuer des „arabischen Frühlings" vernichtete eine einmalige ethnokonfessionelle Mosaik im Nahen Osten und im Norden Afrikas.

Was Europa betrifft, kommen die Kümmerer einer liberalen Idee ziemlich gut mit Massenverletzungen der Rechte der russischsprachigen Bevölkerung in mehreren Länder der EU und ihrer Nachbarn aus, wo Gesetze verabschiedet werden, die die in multilateralen Übereinkommen festgeschriebenen sprachlichen und Bildungsrechte der nationalen Minderheiten grob verletzen.

Was gibt es „Liberales" in den Visums- und anderen Sanktionen des Westens gegen die Bewohner der russischen Krim? Sie werden für die demokratische Willensäußerung für die Wiedervereinigung mit der historischen Heimat bestraft: Widerspricht das nicht dem Basisrecht der Völker auf die freie Selbstbestimmung, geschweige denn das in den internationalen

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

Übereinkommen festgeschriebene Recht der Staatsbürger auf freie Bewegung?

„Liberalismus“ – in seiner gesunden und unverzerrten Deutung – war traditionell ein wichtiger Bestandteil des globalen, darunter russischen politischen Gedanken. Doch die Vielfältigkeit der Entwicklungsmodelle lässt nicht darüber sprechen, dass der westliche „Korb“ der liberalen Werte alternativlos ist. Natürlich sollen diese Werte nicht mit Gewalt getragen werden – ohne Berücksichtigung der Geschichte der Staaten, ihres kulturellen und politischen Codes. Wozu das führt – das zeigt die Statistik des Unglücks und Zerstörungen als Ergebnis des „liberalen“ Bombenabwerfens.

Ein deutsches Aufklärungsflugzeug vom Typ Tornado im Nordirak (2017). Foto: https://www.dvidshub.net/image/3180969/coalition-aircraft-accelerate-fight-against-isis, gemeinfrei

Aus der fehlenden Bereitschaft des Westens, die heutigen Realien anzunehmen, als er nach Jahrhunderten der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Dominanz die Prärogative der alleinigen Bildung der globalen Tagesordnung verliert, ergab sich das Konzept der „auf Regeln basierenden Ordnung“. Diese „Regeln“ werden entwickelt und selektiv kombiniert je von aktuellen Bedürfnissen der Verfasser des angegebenen Begriffs, den der Westen beharrt implementiert. Das Konzept ist gar nicht spekulativ und wird aktiv umgesetzt. Sein Ziel ist, die universell abgestimmte völkerrechtlichen Instrumente und Mechanismen durch enge Formate auszutauschen, wo alternative, Nicht-Konsens-Methoden der Regelung der jeweiligen internationalen Probleme beim Umgehen der legitimen multilateralen Rahmen ausgearbeitet werden. Mit anderen Worten wird damit gerechnet, den Prozess der Ausarbeitung der Beschlüsse zu den Schlüsselfragen zu usurpieren.

Die Absichten der Initiatoren des Konzeptes der „auf Regeln basierenden Ordnung“ betreffen ausschließliche Vollmachten des UN-Sicherheitsrats. Eines der jüngsten Beispiele: Als die USA und ihre Verbündeten es nicht geschafft haben, den US-Sicherheitsrat zur Billigung der politisierten Beschlüsse zu bewegen, wo der Führung Syriens unbegründet die Anwendung der verbotenen Giftstoffe vorgeworfen wird, begannen sie mit der Durchsetzung der für sie notwendigen „Regeln“ via die OPCW. Via Manipulieren mit existierenden Verfahren als grobe Verletzung der Chemiewaffenkonvention haben sie erreicht, dass dem Technischen Sekretariat der OPCW die Funktionen zur Aufdeckung der Schuldigen bei der Anwendung von C-Waffen verliehen wurden, was eine direkte Invasion in die Prärogativen des UN-Sicherheitsrats ist. Die Versuche, die Sekretariate der internationalen Organisationen zur Durchsetzung der eigenen Interessen außerhalb der Rahmen der universellen zwischenstaatlichen Mechanismen zu „privatisieren“, sind auch in solchen Bereichen wie die biologische Nichtverbreitung, Friedensstiftung, Kampf gegen Doping im Sport u.a. zu erkennen.

In dieser Reihe sind auch die Initiativen zur Regelung der Journalistik, die auf voluntaristische Unterdrückung der Medienfreiheit gerichtet sind, die interventionistische Ideologie der „Verantwortung für den Schutz“, die jede äußere gewaltsame „humanitäre Einmischung“ ohne Genehmigung des UN-Sicherheitsrats unter dem Vorwand der Entstehung einer Sicherheitsbedrohung für die zivile Bevölkerung rechtfertigt.

Besonders erwähnt soll ein umstrittenes Konzept der „Bekämpfung des gewaltsamen Extremismus“, der für die Verbreitung von radikalen Ideologien und Erweiterung der sozialen Basis des Terrorismus die politischen Regimes verantwortlich macht, die vom Westen als undemokratisch, nichtliberal bzw. autoritär erklärt wurden. Die Ausrichtung dieses Konzeptes auf die Arbeit direkt mit der Zivilgesellschaft bei Umgehung der legitimen Regierungen lässt keine Zweifel bezüglich des wahren Ziels bestehen – die Anstrengungen im Antiterrorbereich aus der Schutzherrschaft der UNO zu bringen und ein Instrument zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten zu bekommen.

Das Implementieren solcher Neuheiten stellt ein gefährliches Phänomen des Revisionismus dar, das die in der UN-Charta verkörperten Völkerrechtsprinzipien ablehnt und den Weg zur Rückkehr in die Zeiten der Block-Konfrontation verlegt. Nicht umsonst überlegt der Westen offen über eine neue „Wasserscheide“ zwischen der „liberalen Ordnung, die auf Regeln ruht“ und den „autoritären Mächten“.

Revisionismus zeigt sich offen im Bereich strategische Stabilität. Das Torpedieren zunächst des Raketenabwehrvertrags und nun - bei einstimmiger Unterstützung der Nato-Mitglieder – des INF-Vertrags durch Washington schafft Risiken der Demontage der ganzen Vertragsarchitektur im Bereich Raketen- und Atomwaffenkontrolle. Unklar bleiben auch die Aussichten des START-Vertrags wegen einer fehlenden eindeutigen Antwort der US-Seite auf unseren Vorschlag, die Verlängerung des Vertrags nach seinem Ablauf im Februar 2021 zu vereinbaren. Jetzt se-

Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York City. (Foto: Neptuul, wikimedia, CC BY-SA 3.0)

hen wir alarmierende Merkmale des Beginns einer Medienkampagne zur Vorbereitung des Bodens für einen endgültigen Verzicht auf Kernwaffenteststoppvertrag (er wurde von den USA nicht ratifiziert) in den USA, was die Zukunft dieses für die internationalen Frieden und Sicherheit sehr wichtigen Dokumentes in Frage stellt. Washington begann mit der Umsetzung der Pläne zur Stationierung von Waffen im All, wobei die Vorschläge abgelehnt werden, ein universelles Moratorium für solche Tätigkeit zu vereinbaren.

Hier ist noch ein Beispiel für revisionistische Regeln: der Austritt der USA aus dem Gemeinsamen allumfassenden Aktionsplans zum iranischen Atomprogramm, des vom UN-Sicherheitsrat gebilligten kollektiven „Vertrag", der die Schlüsselrolle für die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen spielt. In diese Reihe gehört auch Washingtons demonstrative Weigerung, die einstimmigen Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats zur palästinensisch-israelischen Konfliktregelung zu erfüllen.

Im Wirtschaftsbereich wurden protektionistische Hindernisse zur „Regel", die auch Sanktionshebel, Missbrauch mit dem Status des Dollars als wichtigstes Zahlungsmittel, Festigung der Konkurrenzvorteile mit marktfremden Methoden, exterritoriale Anwendung der US-Gesetze, unter anderem gegenüber den nächsten Verbündeten.

Gleichzeitig bemühen sich unsere amerikanischen Kollegen darum, alle ihre ausländischen Partner zwecks Eindämmung Russlands und Chinas zu mobilisieren. Dabei machen sie kein Hehl aus ihrer Absicht, einen Streit zwischen Moskau und Peking zu provozieren, multilaterale Vereinigungen und regionale Integrationsstrukturen in Eurasien und im Asien-Pazifik-Raum, die sich außerhalb der amerikanischen Kontrolle entwickeln, zu zerstören. Sie setzen Länder unter Druck, die nicht nach ihren „Regeln" spielen und es wagen, die „falsche" Wahl für Zusammenwirken mit Amerikas „Gegnern" treffen.

Und was haben wir am Ende? In der Politik lassen sich die Zerstörung des völkerrechtlichen Fundaments, der Mangel an Stabilität, chaotische Aufteilung des globalen Raums, das immer größere gegenseitige Misstrauen internationaler Akteure beobachten. Im Sicherheitsbereich werden die Grenzen zwischen noch nicht gewaltsamen und gewaltsamen Methoden immer undeutlicher, wenn es um das Erreichen von außenpolitischen Zielen geht; die internationalen Beziehungen werden militarisiert; für Atomwaffen wird in US-amerikanischen doktrinären Dokumenten eine immer größere Rolle vorgesehen, wobei die „Schwelle" für ihren möglichen immer niedriger wird; es entstehen immer neue Konfliktherde; die globale Terrorgefahr ist und bleibt akut; der Cyberraum wird militarisiert. In der Weltwirtschaft beobachten wir immer größere Preisschwankungen auf Märkten; der Kampf um Märkte, Energieressourcen und deren Beförderungswege wird immer verbissener; wir sehen Handelskriege und Zerstörung des multilateralen Handelssystems. Hinzu kommen der Aufschwung von Migrationsprozessen und die Vertiefung der Konflikte zwischen Vertretern verschiedener Nationalitäten und Konfessionen. Brauchen wir aber eine solche „Weltordnung auf Basis von Regeln"?

Vor diesem Hintergrund sind die Versuche westlicher liberaler Ideologen, Russland als „revisionistische Kraft" darzustellen, einfach absurd. Wir waren eines der ersten Länder, die auf die Transformation des internationalen politischen und wirtschaftlichen Systems verwiesen, das aus objektiven historischen Gründen unmöglich statisch bleiben kann. Man sollte auch nicht vergessen, dass die Konzeption der Multipolarität der internationalen Beziehungen, die die wirtschaftliche und geopolitische Realität adäquat widerspiegelt, noch vor zwei Jahrzehnten vom herausragenden russischen Staatsmann Jewgeni Primakow formuliert wurde, dessen intellektuelles Erbe auch heutzutage akut bleibt, wenn sein 90. Geburtstag begangen wird.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeugen davon, dass einseitige Methoden zur Lösung von globalen Problemen zum Scheitern verdammt sind. Die vom Westen vorangetriebene „Ordnung" entspricht nicht den Bedürfnissen einer harmonischen Entwicklung der Menschheit. Sie ist nicht inklusiv und auf eine Revision der wichtigsten völkerrechtlichen Mechanismen ausgerichtet, lehnt kollegiales Zusammenwirken von Staaten ab und ist generell nicht in der Lage, solche Lösungen von globalen Problemen zu generieren, die lebensfähig und langfristig stabil wären und nicht auf einen propagandistischen Effekt im Rahmen einer Wahlkampagne in diesem oder jenem Land ausgerichtet.

Wofür plädiert Russland? Vor allem müsste man mit der Zeit mithalten und das Offensichtliche anerkennen: Die Etablierung der polyzentrischen Architektur der internationalen Beziehungen ist unumkehrbar, auch wenn man versucht, diesen Prozess künstlich zu bremsen (und so-

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

gar rückgängig zu machen). Die meisten Länder wollen nicht Geiseln von fremden geopolitischen Absichten sein, wollen eine auf ihre eigenen Interessen orientierte Innen- und Außenpolitik ausüben. Es gehört zu unseren gemeinsamen Interessen, so zu machen, dass sich die Multipolarität nicht nur auf die Kräftebalance stützt, wie das in den früheren Phasen der Weltgeschichte der Fall war (beispielsweise im 19. sowie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts), sondern fair, demokratisch und vereinigend ist, die Vorgehensweisen und Besorgnisse absolut aller Teilnehmer des internationalen Lebens berücksichtigt und eine stabile und sichere Zukunft voranbringt.

Im Westen behauptet man oft, in einer polyzentrischen Welt würden Chaos und Konfrontation wachsen, weil verschiedene Machtzentren nicht imstande wären, sich auf etwas zu einigen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen. Aber erstens sollte man das wenigstens versuchen – vielleicht klappt es doch? Dafür muss man nur Verhandlungen beginnen, zunächst aber sich darauf einigen, nach einer Interessenbalance zu suchen. Auf jegliche Versuche verzichten, eigene „Regeln" auszudenken und anderen als absolute Wahrheit aufzudrängen. Künftig die in der UN-Charta verankerten Prinzipien strikt einhalten, vor allem das Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten – unabhängig von ihrer Größe, Regierungsform und ihrem Entwicklungsmodell. Es ist ja paradox, wenn Staaten, die sich als musterhafte Demokratien geben, sich um Demokratie nur dann kümmern, wenn sie von diesen oder jenen Ländern verlangen, die Situation bei sich zu Hause im Sinne der westlichen Vorstellungen in Ordnung zu bringen. Aber sobald es sich um Demokratie in den zwischenstaatlichen Beziehungen handelt, vermeiden sie sofort faire Gespräche oder versuchen, die Völkerrechtsnormen im Sinne ihrer eigenen Vorstellungen zu deuten.

Natürlich geht das Leben immer weiter. Man sollte zwar das nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene System der internationalen Beziehungen, dessen Schlüsselelement die UNO ist und bleibt, sorgfältig aufrechterhalten, es aber gleichzeitig vorsichtig, aber konsequent der modernen geopolitischen Realität anpassen. Das gilt

US-Außenminister Kerry und der russische Außenminister Lawrow 2014 vor dem Treffen mit der Ukraine. (Foto: US State Department, public domain)

voll und ganz für den UN-Sicherheitsrat, wo der Westen ohne richtige Gründe überdimensional vertreten ist. Wir sind überzeugt, dass bei der Reformierung des UN-Sicherheitsrats vor allem die Interessen der Länder Asiens, Afrikas, Lateinamerikas berücksichtigt werden sollten, während sich jede Formel auf das Prinzip der maximalen Zustimmung der UN-Staaten stützen sollte. Ähnlich sollte man auch an der Vervollkommnung des internationalen Handelssystems arbeiten und besonders viel Wert auf die Harmonisierung der Integrationsprojekte in verschiedenen Regionen legen.

Man sollte das Potenzial der G20 maximal einsetzen, dieser aussichtsreichen und sehr umfassenden Struktur der globalen Verwaltung, in der die Interessen aller wichtigsten Akteure vertreten sind, während Entscheidungen im Falle der Zustimmung aller Mitglieder getroffen werden. Eine immer größere Rolle spielen auch andere Vereinigungen, die den Geist der wahren, demokratischen Vielseitigkeit widerspiegeln und deren Arbeit die Freiwilligkeit, das Konsensprinzip, die Gleichberechtigung, ein gesunder Pragmatismus und der Verzicht auf Konfrontationen und blockorientierte Vorgehensweisen zugrunde liegen. Dazu gehören die BRICS und die SOZ, an denen sich unser Land intensiv beteiligt und in denen es 2020 den Vorsitz übernehmen wird.

Es ist offensichtlich, dass man ohne richtige Kollegialität, ohne eine entpolitisierte Partnerschaft bei der zentralen koordinierenden Rolle der UNO nicht imstande ist, den Konfrontationsgrad in der Welt zu senken, das Vertrauen zu festigen und gemeinsame Herausforderungen und Gefahren zu bekämpfen. Es ist an der Zeit, sich auf eine einheitliche Deutung der Völkerrechtsprinzipien und -normen zu einigen, ohne zu versuchen, immer wieder diese oder jene Mängel der Gesetze auszunutzen. Es ist schwieriger, Vereinbarungen zu treffen als Ultimaten zu stellen, aber geduldig vereinbarte Kompromisse wären ein viel zuverlässigerer Mechanismus, wenn es um vorhersagbare internationale Beziehungen geht. Diese Vorgehensweise ist heutzutage dringend nötig, um sachliche Verhandlungen über ein zuverlässiges und gerechtes System der gleichen und unteilbaren Sicherheit im euroatlantischen und eurasischen Raum zu beginnen. Diese Aufgabe wurde schon öfter in auf höchster Ebene vereinbarten OSZE-Dokumenten deklariert. Jetzt sollte man Worte mit Taten bekräftigen. Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit zeigten sich schon öfter bereit, ihren Beitrag zu solcher Arbeit zu leisten.

Es ist wichtig, friedliche Regelung von zahlreichen Konflikten zu fördern, egal ob im Nahen Osten, in Afrika, Asien,

Ist eine multilaterale Weltordnung friedensfördernd oder chaotisch und konfrontativ? (Bild: Pixabay, CC0)

Lateinamerika oder im GUS-Raum. Die Hauptsache ist, dass bereits getroffene Vereinbarungen einzuhalten, ohne dass man versucht, Vorwände auszudenken, um bei Verhandlungen übernommene Verpflichtungen nicht zu erfüllen.

Heutzutage ist vor allem der Widerstand der Intoleranz aus religiösen und nationalen Gründen wichtig. Wir rufen alle Seiten zur gemeinsamen Vorbereitung einer Weltkonferenz für interreligiösen und interethnischen Dialog auf, die im Mai 2022 unter der Ägide der Interparlamentarischen Union und der UNO in unserem Land ausgetragen wird. Die OSZE, die ihre grundsätzliche Position formuliert hat, indem sie den Antisemitismus verurteilt, sollte genauso entschlossen gegen den Christenhass und Islamhass auftreten.

Unsere bedingungslose Priorität ist und bleibt die Förderung der natürlichen Prozesse der Gestaltung der Großen Eurasischen Partnerschaft – eines großen Integrationsraums vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean, an der sich die Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion, der SOZ, des ASEAN und alle anderen Staaten des Kontinents, auch die EU-Länder, beteiligen würden. Es ist kurzsichtig, die Vereinigungsprozesse zu behindern geschweige denn sich voneinander zu trennen. Es wäre ein Fehler, die offensichtlichen strategischen Vorteile unserer gemeinsamen eurasischen Region in der heutigen Welt abzulehnen, in der der Konkurrenzkampf immer intensiver wird.

Die konsequente Bewegung in diese gemeinsame schöpferische Richtung wird nicht nur eine dynamische Entwicklung der nationalen Wirtschaften der Mitgliedsländer fördern und Hindernisse auf dem Weg der Waren, Kapitale, Arbeitskräfte und Dienstleistungen beseitigen, sondern auch ein festes Fundament der Sicherheit und Stabilität auf dem riesigen Territorium zwischen Lissabon und Jakarta bilden.

Ob sich die multipolare Welt durch Kooperation und Harmonisierung der Interessen oder durch Konfrontation und Rivalität gestalten wird, hängt von uns selbst ab. Was Russland angeht, so werden wir eine positive, vereinigende Tagesordnung voranbringen, die sich an der Entfernung von alten und an der Vorbeugung von neuen Trennungslinien orientiert. Unser Land trat mit Initiativen auf solchen Gebieten wie Vorbeugung des Wettrüstens im Weltall, Entwicklung von wirkungsvollen Mechanismen der Terrorbekämpfung, unter anderem im chemischen und biologischen Bereich, Vereinbarung von praktischen Maßnahmen, damit der Cyberraum nicht für Beeinträchtigung der Sicherheit von Staaten oder für kriminelle Zwecke genutzt werden kann.

Unsere Aufrufe zu ernsthaften Gesprächen über alle Aspekte der strategischen Stabilität bleiben in Kraft. In letzter Zeit lassen sich Aufrufe zu einem Wechsel der Tagesordnung, zu einer Erneuerung von Begriffen hören. Man schlägt vor, über „strategische Zusammenarbeit" (sprich über „multilaterale Eindämmung") zu reden. Begriffe lassen sich besprechen, aber wichtig sind nicht die Begriffe, sondern ihr Inhalt. Heutzutage ist es am wichtigsten, den strategischen Dialog über konkrete Gefahren und Risiken zu beginnen und eine allseitig annehmbare Tagesordnung zu vereinbaren. Wie ein anderer Staatsmann unseres Landes, nämlich Andrej Gromyko, dessen 110. Geburtstag in diesem Jahr begangen wird, sagte:

> „Es ist besser, zehn Jahre lang Verhandlungen zu führen als nur einen Tag Krieg."

Dieser Text wurde am 20.09.2019 auf der Website des russischen Außenministeriums unter der URL ‹https://www.mid.ru/de/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/3792556› veröffentlicht. Lizenz: Russ. Außenministerium

‹http://www.free21.org/?p=32816›

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

Julian Assange (Grafik: Schuft)

Assange vor Gericht

von Craig Murray

Craig Murray schildert seine Eindrücke vom Gesundheitszustand von Julian Assange während eines Gerichtstermins im englischen Westminster Magistrates Court im Oktober 2019.

Ich war zutiefst erschüttert, als ich die gestrigen Ereignisse im Westminster Magistrates Court erlebte. Jede Entscheidung wurde im Hauruckverfahren von einer Richterin durchgeführt, die nicht einmal so tat, als würde sie zuhören, und alle Argumente und Einwände des Rechtsteams von Assange überging.

Bevor ich auf den eklatanten Mangel an einem fairen Prozess komme, ist das Erste, was ich bemerken muss, Julians Zustand. Ich war sehr schockiert über die Gewichtsabnahme meines Freundes, über die Geschwindigkeit, mit der sein Haar zurückgegangen ist, und über das Auftreten eines vorzeitigen und stark beschleunigten Alterns. Er hat eine ausgeprägte Schlaffheit, die ich noch nie zuvor gesehen habe. Seit seiner Verhaftung hat er über 15 kg Gewicht verloren.

Aber seine körperliche Erscheinung war nicht so schockierend wie sein geistiger Verfall. Als er gebeten wurde, seinen Namen und sein Geburtsdatum anzugeben, kämpfte er mehrere Sekunden lang sichtbar, um sich an Beides zu erinnern. Ich werde zu gegebener Zeit zum wichtigen Inhalt seiner Erklärung am Ende des Verfahrens kommen, aber seine Schwierigkeit, sie zu machen, war sehr offensichtlich; es war ein echter Kampf für ihn, die Worte zu formulieren und seine Gedanken zu fokussieren. Bis gestern war ich immer etwas skeptisch gegenüber denen gewesen, die behaupteten, dass Julians Behandlung eine Folter sei – sogar gegenüber Nils Melzer, [1] dem UN-Sonderberichterstatter für Folter – und gegenüber denen, die behaupteten, dass er möglicherweise einer schwächenden Drogenbehandlung ausgesetzt sei.

Aber nachdem ich bei Prozessen in Usbekistan gegen mehrere Opfer extremer Folter teilgenommen und mit Überlebenden aus Sierra Leone und anderen Ländern zusammengearbeitet habe, kann ich sagen, dass ich gestern meine Meinung vollständig geändert habe. Julian zeigte klare Symptome eines Folteropfers, die damit ans Licht der Öffentlichkeit kamen,

Autor: Craig Murray

Jahrgang 1958, ist ehemaliger britischer Diplomat und arbeitet heute als Menschenrechtsaktivist und Blogger. Bekanntheit erlangte er, als er während seiner Zeit als Botschafter in Usbekistan das dortige Karimov-Regime immer wieder wegen dessen Menschenrechtsverletzungen kritisierte. Weitere Informationen unter

www.craigmurray.org.uk

insbesondere in Bezug auf Orientierungslosigkeit, Verwirrung und einen wahren Kampf um die Durchsetzung des freien Willens durch den Nebel erlernter Hilflosigkeit.Noch skeptischer war ich bisher denen gegenüber, die behaupteten, sie hätten Sorge, Julian könnte bis zum Ende des Auslieferungsprozesses nicht mehr leben, so wie das ein leitender Mitarbeiter seines Rechtsteams am Sonntagabend tat. Jetzt ist es so, dass ich ihnen nicht nur glaube, sondern mich dieser Gedanke auch selbst verfolgt. Jeder in diesem Gerichtssaal hat gestern gesehen, dass einer der größten Journalisten und wichtigsten Dissidenten unserer Zeit vom Staat vor unseren Augen zu Tode gefoltert wird. Meinen Freund zu sehen, den redegewandtesten Mann, den schnellsten Denker, den ich je kannte, gesunken zu diesem torkelnden und verwirrten Wrack, das war unerträglich. Die Agenten des Staates, insbesondere die gefühllose Richterin Vanessa Baraitser, waren nicht nur darauf vorbereitet, sondern beteiligten sich noch eifrig an diesem blutigen Spiel. Sie sagte ihm sogar: Wenn er nicht in der Lage sei, das Verfahren zu verfolgen, dann könnten seine Anwälte ihm ja später erklären, was mit ihm geschehen sei. Die Frage, warum ein Mann, der sich allein durch die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als hochintelligent und kompetent erwiesen hat, vom Staat so zugerichtet worden ist, dass er nicht einmal mehr in der Lage war, ein Gerichtsverfahren zu verfolgen, gab ihr keine Millisekunde Anlass zur Sorge. Die Anklage gegen Julian ist sehr konkret; eine Verschwörung mit Chelsea Manning, um die Irak-Kriegsprotokolle, die Afghanistan-Kriegsprotokolle und die Depeschen des Außenministeriums zu veröffentlichen. Die Anschuldigungen haben nichts mit Schweden zu tun, nichts mit Sex und nichts mit den US-Wahlen 2016; eine einfache Klarstellung, doch die Mainstream-Medien scheinen unfähig sie zu verstehen.

Zweck der gestrigen Anhörung war die Fallbearbeitung, um den Zeitplan für das Auslieferungsverfahren festzulegen. Die Kernpunkte, um die es ging, waren, dass Julians Verteidigung mehr Zeit für die Vorbereitung ihrer Beweise forderte; und das Argument, dass politische Straftaten ausdrücklich vom Auslieferungsvertrag ausgeschlossen sind. Es sollte daher eine

Prosteste gegen die Freiheitsberaubung von Julian Assange (Foto: Takver, flickr.com, CC BY-SA 2.0)

Voruntersuchung stattfinden, um festzustellen, ob das Auslieferungsabkommen überhaupt Anwendung finden kann.Die Gründe, die das Verteidigungsteam von Assange für mehr Zeit zur Vorbereitung anführte, waren sowohl überzeugend als auch überraschend. Sie hatten bisher nur sehr begrenzten Zugang zu ihrem Klienten im Gefängnis und durften ihm bis vor einer Woche keine Dokumente über den Fall übergeben. Er hatte auch nur begrenzten Computerzugang erhalten, und alle seine relevanten Aufzeichnungen und Materialien waren von der US-Regierung in der ecuadorianischen Botschaft beschlagnahmt worden; zur Vorbereitung seiner Verteidigung hatte er keinen Zugang zu seinem eigenen Material.Darüber hinaus argumentierte die Verteidigung, dass sie mit den spanischen Gerichten in einem sehr wichtigen und relevanten Rechtsstreit in Madrid in Kontakt stünden, [2] der wichtige Beweise liefern würde. Dort geht es darum, dass die CIA die Bespitzelung von Julian durch eine spanische Firma, UC Global, beauftragt hatte, die in der [ecuadorianischen] Botschaft den Sicherheitsdienst stellte. Dazu gehörte vor allem die Bespitzelung vertraulicher Gespräche [3] zwischen Assange und seinen Anwälten über seine Verteidigung gegen dieses Auslieferungsverfahren, das seit 2010 in den USA in Vorbereitung ist. Bei jedem normalen Verfahren würde diese Tatsache an sich ausreichen, um die Einstellung des Auslieferungsverfahrens zu erreichen. Dabei habe ich am Sonntag übrigens erfahren, dass das spanische Material, das von der CIA in Auftrag gegeben worden war und nun dem Gericht vorgelegt wurde, insbesondere eine hochauflösende Videoübertragung von Julian und mir beinhaltet, wie wir verschiedene Themen diskutieren.

Zu den Beweisen vor dem spanischen Gericht gehörte auch ein CIA-Plan zur Entführung von Assange, was die Einstellung der US-Behörden zur Rechtmäßigkeit in seinem Fall und zur Behandlung, die er in den Vereinigten Staaten erwarten könnte, aufzeigt. Julians Team erklärte, dass das spanische Gerichtsverfahren jetzt im Gange sei und die Beweise dafür äußerst wichtig wären, aber es könnte sein, dass es nicht rechtzeitig abgeschlossen sei und somit die Beweise nicht vollständig validiert und für den aktuell vorgeschlagenen Zeitplan für die Assange-Auslieferungsanhörungen verfügbar seien.

Für die Anklage erklärte James Lewis QC (Anm.d.Ü.: Anwalt der Krone), dass die Regierung sich entschieden gegen jede Verzögerung bei der Vorbereitung der Verteidigung wandte und sich ebenso entschieden gegen jede gesonderte Betrachtung der Frage aussprach, ob die Anklage eine politische Straftat sei, die durch den Auslieferungsvertrag ausgeschlossen sei. Baraitser nahm das Stichwort von Lewis auf und erklärte kategorisch, dass der Termin für die Auslieferungsanhörung, der 25. Februar 2020, nicht geändert werden könne. Sie war offen für Änderungen der Fristen für die Einreichung von Beweismitteln und Antworten vor diesem Zeitpunkt und forderte eine zehnminütige Unterbrechung für die Anklage und Verteidigung, um diese Schritte zu vereinbaren.

Was danach geschah, war sehr lehrreich. Fünf Vertreter der US-Regierung waren anwesend (zunächst drei, zwei weitere kamen im Laufe der Anhörung hinzu). Sie saßen hinter den Anwälten an Schreibtischen im Gericht. Die Staatsanwälte eilten nun sofort zum Kontakt mit diesen US-Vertretern, dann gingen sie mit ihnen vor den Gerichtssaal, um zu entscheiden, wie sie auf die Daten reagieren sollten.Nach der Pause erklärte das Verteidigungsteam, dass es sich nach ihrer fachlichen Einschätzung nicht ausrei-

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

chend vorbereiten könne, wenn der Verhandlungstermin auf Februar festgelegt werde, aber auf Anweisung von Baraitser skizzierten sie dennoch einen vorgeschlagenen Zeitplan für die Beweiserbringung. Als Reaktion darauf eilte Lewis' Junior-Anwalt nach hinten, um die Amerikaner wieder zu konsultieren, während Lewis der Richterin sagte, dass er „Anweisungen von denen da hinten entgegennehme". Es ist wichtig festzustellen, dass nach dieser Formulierung nicht das Büro des britischen Generalstaatsanwalts, sondern die US-Botschaft konsultiert wurde. Lewis erhielt seine amerikanischen Anweisungen und erklärte, dass die Verteidigung zwei Monate Zeit haben könnte, um ihre Beweise vorzubereiten (sie hatten gesagt, sie bräuchten mindestens drei), aber der Termin im Februar könne nicht verschoben werden. Baraitser gab ein Urteil ab, in dem sie allem zustimmte, was Lewis gesagt hatte.

Ab diesem Zeitpunkt wurde unklar, warum wir diese Farce durchstehen mussten. Die US-Regierung diktierte Lewis ihre Anweisungen, der diese an Baraitser weitergab, die sie als ihre rechtliche Entscheidung anordnete. Die Scharade hätte genauso gut gekürzt werden können, und die US-Regierung hätte sich einfach auf die Bank setzen können, um den gesamten Prozess zu kontrollieren.

Niemand konnte dasitzen und glauben, dass er sich in einem echten Gerichtsverfahren befand oder dass Baraitser auch nur einen Moment lang über die Argumente der Verteidigung nachdachte. Ihr Gesichtsausdruck bei den wenigen Gelegenheiten, in denen sie sich mit der Verteidigung beschäftigte, reichten von Verachtung über Langeweile bis hin zu Sarkasmus. Als sie Lewis ansah, war sie aufmerksam, offen und warmherzig.

Die Auslieferung wird offensichtlich nach einem von Washington vorgegebenen Zeitplan beschleunigt. Abgesehen von dem Wunsch, dem spanischen Gericht vorzugreifen, das Beweise für die Tätigkeit der CIA bei der Sabotage der Verteidigung liefert - was macht das Datum im Februar für die USA so wichtig? Ich würde mich über jeden Gedanken dazu freuen.

Den Antrag der Verteidigung auf eine separate vorherige Anhörung, um zu prüfen, ob das Auslieferungsabkommen überhaupt anwendbar sei, wies Baraitser zurück, ohne sich die Mühe zu machen, einen Grund dafür anzugeben (Möglicherweise hatte sie sich nicht richtig eingeprägt, welche Argumentation Lewis ihr da aufgetragen hatte). Doch dies ist Artikel 4 des Auslieferungsvertrags zwischen dem Vereinigten Königreich und den USA von 2007 [4]:

1. Eine Auslieferung darf nicht gewährt werden, wenn das Vergehen, für das die Auslieferung beantragt wurde, ein politisches Vergehen ist.

ARTICLE 4

Political and Military Offenses

1. Extradition shall not be granted if the offense for which extradition is requested is a political offense.

2. For the purposes of this Treaty, the following offenses shall not be considered political offenses:

(a) an offense for which both Parties have the obligation pursuant to a multilateral international agreement to extradite the person sought or to submit the case to their competent authorities for decision as to prosecution;

(b) a murder or other violent crime against the person of a Head of State of one of the Parties, or of a member of the Head of State's family;

(c) murder, manslaughter, malicious wounding, or inflicting grievous bodily harm;

(d) an offense involving kidnaping, abduction, or any form of unlawful detention, including the taking of a hostage;

(e) placing or using, or threatening the placement or use of, an explosive, incendiary, or destructive device or firearm capable of endangering life, of causing grievous bodily harm, or of causing substantial property damage;

(f) possession of an explosive, incendiary, or destructive device capable of endangering life, of causing grievous bodily harm, or of causing substantial property damage;

(g) an attempt or a conspiracy to commit, participation in the commission of, aiding or abetting, counseling or procuring the commission of, or being an accessory before or after the fact to any of the foregoing offenses.

Es ist augenscheinlich, dass das, was Assange vorgeworfen wird, genau der Definition eines politischen Verbrechens entspricht – wenn es das nicht sein soll, was sollte es dann sein? Es fällt nicht unter eine einzige der aufgelisteten Ausnahmen. Daher gibt es allen Grund zu überlegen, ob die Anklage vom Auslieferungsvertrag ausgeschlossen ist, und das sollte vor dem langen und sehr kostspieligen Prozess der Prüfung aller Beweise geschehen, den ein Auslieferungsverfahren mit sich bringen würde. Aber Baraitser wies das Argument einfach von vornherein zurück.

Für jeden, der noch immer Zweifel an dem hatte, was hier geschah, stand Lewis auf und schlug vor, dass es der Verteidigung nicht erlaubt sein sollte, die Zeit des Gerichts mit vielen Argumenten zu verschwenden. Alle Argumente für die substantielle Anhörung sollten im Voraus schriftlich mitgeteilt werden und für die Argumente und Zeugen vor Gericht sollte eine „Guillotine" (sein exakter Wortlaut) eingerichtet werden, in etwa fünf Stunden für die Verteidigung.

Die Verteidigung hatte angekündigt, dass sie mehr als die vorgesehenen fünf Tage benötigen würden, um ihren Fall vorzubringen. Lewis konterte, dass die gesamte Anhörung in zwei Tagen beendet sein sollte. Baraitser sagte, dies sei nicht der richtige Zeitpunkt, um dem zuzustimmen, aber sie werde es in Betracht ziehen, sobald sie die Beweispakete erhalten habe.

(SPOILER: Baraitser wird tun, was Lewis anweist, und die inhaltliche Anhörung verkürzen).

Baraitser beendete dann alles, indem sie sagte, dass die Februar-Anhörung nicht am vergleichsweise offenen und zugänglichen Westminster Magistrates Court stattfinden wird, wo wir waren, sondern am Belmarsh Magistrates Court, dem düsteren Hochsicherheitsgericht, in dem sonst vorläufige Verhandlungen von Terroristen stattfinden, und das an das Hochsicherheitsgefängnis angeschlossen ist, in dem Assange festgehalten wird. Selbst im größten Gerichtssaal von Belmarsh gibt es nur sechs Sitze für die Öffentlichkeit. Das Ziel besteht eindeutig darin, der öffentlichen Kontrolle zu entgehen und dafür zu sorgen, dass Baraitser in der Öffentlichkeit nicht wieder einem wahrheitsgemäßen Bericht über ihre Verfahrensweise ausgesetzt wird, wie diesem, den ihr gerade lest. Ich werde wahrscheinlich nicht an der Anhörung in Belmarsh teilnehmen können.

Offensichtlich waren die Behörden verunsichert über die Hunderte von guten Menschen, die gekommen waren, um Julian zu unterstützen. Sie hoffen, dass weitaus weniger Menschen das viel weniger zugängliche Belmarsh erreichen werden. Ich bin mir auch ziemlich sicher (und erinnere mich, dass ich eine lange Karriere als Diplomat hatte), dass die beiden zusätzlichen amerikanischen Regierungsbeamten, die während des Verfahrens angekommen waren, bewaffnete Sicherheitskräfte waren, die wegen der Besorgnis über die Anzahl der Demonstranten rund um eine Anhörung, bei der hohe US-Beamte anwesend waren, herbeigerufen

Luftbild von HM Prisons Isis und Belmarsh in Thamesmead, Südost-Londonn. Foto: Kleon3, commons.wikimedia.org, CC BY-SA 4.0.

worden sind. Der Umzug nach Belmarsh könnte eine amerikanische Initiative sein.

Das Verteidigungsteam von Assange wandte sich heftig gegen den Umzug nach Belmarsh, insbesondere mit der Begründung, dass dort keine Konferenzräume für die Konsultation ihres Mandanten zur Verfügung stehen und sie im Gefängnis nur sehr unzureichenden Zugang zu ihm haben. Baraitser wies ihren Einwand sofort und mit einem sehr deutlichen Grinsen zurück.

Schließlich wandte sich Baraitser an Julian und befahl ihm, sich zu erheben, und fragte ihn, ob er das Verfahren verstanden habe. Er antwortete negativ, sagte, dass er nicht denken könne, und machte jeden Anschein von Orientierungslosigkeit. Dann schien er eine innere Kraft zu finden, zog sich ein wenig hoch und sagte:

„Ich verstehe nicht, wie dieser Prozess gerecht sein soll. Diese Supermacht hatte zehn Jahre Zeit, sich auf diesen Fall vorzubereiten, und ich kann nicht einmal auf meine Schriften zugreifen. Es ist sehr schwierig, dort, wo ich bin, etwas zu tun. Aber diese Menschen haben grenzenlose Ressourcen."

Die Anstrengung schien zu viel für ihn zu werden, seine Stimme wurde leise und er selbst wurde immer konfuser und verwirrter. Er sprach davon, dass Whistleblower und Journalisten als Feinde des Volkes bezeichnet werden, dann sprach er davon, dass die DNA seiner Kinder gestohlen und dass er bei seinen Treffen mit seinem Psychologen bespitzelt würde. Ich will gar nicht behaupten, dass Julian in Bezug auf diese Punkte im Unrecht ist, aber er konnte sie nicht richtig eingrenzen oder artikulieren. Er war eindeutig nicht er selbst, wirkte sehr krank und es war einfach schrecklich schmerzhaft, das zu beobachten. Baraitser zeigte weder Sympathie noch die geringste Sorge. Sie erklärte schroff, wenn er nicht verstünde, was vor sich gehe, solle er seine Anwälte fragen, und verschwand aus dem Gerichtssaal.

Das ganze Erlebnis war zutiefst erschütternd. Es war mehr als deutlich, dass es hier kein ernsthaftes Verfahren einer rechtlichen Prüfung gab. Was wir erlebten, war eine nackte Demonstration der staatlichen Macht und das nackte Diktat der Verfahrensweise durch die Amerikaner. Julian war in einer Box hinter Panzerglas, und ich und die dreißig anderen Vertreter der Öffentlichkeit, die sich zusammengepfercht hatten, befanden sich in einer anderen Box hinter Panzerglas. Ich weiß nicht, ob er mich oder seine anderen Freunde im Gericht sehen konnte, ob er überhaupt in der Lage war, jemanden zu erkennen. Er gab keine Hinweise darauf, dass er es tat.

In Belmarsh wird er 23 Stunden am Tag in völliger Isolation gehalten. Er darf 45 Minuten trainieren. Wenn er verlegt werden muss, räumen sie die Gänge, bevor er hinuntergeht, und sie verriegeln alle Zellentüren, um sicherzustellen, dass er über diese kurze und streng überwachte Trainingszeit hinaus, keinen Kontakt zu einem anderen Gefangenen hat. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, dass dieses unmenschliche Regime, das sonst gegen schlimmste Terroristen eingesetzt wird, einem Journalisten, der ein Untersuchungshäftling ist, auferlegt wird.

Ich dokumentiere seit Jahren die zunehmend autoritären Mächte des britischen Staates und protestiere dagegen, aber dass schwerster Machtmissbrauch so offen und unverhohlen vonstattengeht, ist immer noch ein Schock. Die Kampagne der Dämonisierung und Entmenschlichung gegen Julian, die auf einer Regierungs- und Medienlüge nach der anderen basiert, hat zu einer Situation geführt, in der er langsam in aller Öffentlichkeit getötet werden kann.

Angeklagt, die Verbrechen von Regierungen öffentlich zu machen, erhält er nicht die geringste Unterstützung durch die „freie" Gesellschaft.

Wenn Julian nicht bald entlassen wird, dann wird er zerstört. Wenn der Staat so etwas tun kann, wer wird dann der nächste sein?

Quellen:

[1] www.medium.com, Nils Melzer, „Demasking the Torture of Julian Assange", am 26.09.2019, *<https://medium.com/@njmelzer/demasking -the-torture-of-julian-assange-b252ffdcb768>*

[2] www.elpais.com, José María Irujo, „Director of Spanish security company that spied on Julian Assange arrested", am 09.10.2019, *<https://elpais.com/elpais/2019/10/09/inenglish/1570606428_107946.html>*

[3] www.https://elpais.com, José María Irujo, Twitter „Spanish security company spied on Julian Assange's meetings with lawyers", am 09.07.2019, *<https://elpais.com/elpais/2019/07/09/inenglish/1562663427_224669.html>*

[4] „Extradition Treaty „, am 31.05.2003, *<https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/ attachment_ data/file/243246/7146.pdf>*

Dieser Text wurde zuerst am 22.10.2019 auf www.craigmurray.org.uk unter der URL ‹https://www.craigmurray.org.uk/archives/2019/10/assange-in-court/› veröffentlicht und dann von www.theblogcat.de ins Deutsche übersetzt. Lizenz: Craig Murray, CC-BY-ND-NC 4.0

‹http://www.free21.org/?p=32829›

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

John Shipton im Interview mit Dirk Pohlmann für „The missing Link" auf KenFM.de (Foto: Screenshot während des Interviews, Quelle: KenFM.de, https://youtu.be/22iED5VPX4g)

„Mord durch Gerichtsverfahren"

von Dirk Pohlmann

John Shipton, der Vater des inhaftierten Wikileaksgründers Julian Assange, erklärt im Interview, wie es seinem Sohn im Gefängnis geht und wie gnadenlos Julian von seinen Gegnern verfolgt wird.

DP: Herr Shipton, in welchem Zustand ist ihr Sohn Julian jetzt? Wie geht es ihm? Es muss ihnen schwer fallen, darüber zu sprechen, aber bitte tun sie es.

HS: Julians Zustand ist furchtbar. Nils Melzer, der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen über Folter, hat gesagt, falls das Auslieferungsverfahren drei Jahre dauern wird, wovon auszugehen ist, dann ist Julians Leben in Gefahr. Er könnte vorher sterben. Als Beobachter, der nur von außen zusehen kann, nenne ich das Mord durch Gerichtsverfahren. Er wird jetzt seit 2010 bis zu diesem Moment in dem wir sprechen, juristisch verfolgt. Auch jetzt in dieser Minute, geht diese Verfolgung weiter. Er ist in einer Gefängniszelle, die 2 × 3 m groß ist. Das beste, was er in dieser Situation tun kann, ist herum zu gehen, die Schritte zu zählen, und sich vorzustellen, dass er von Paris nach Berlin geht. Die Schritte zu zählen. damit er nicht verrückt wird. Jetzt in diesem Moment, darf er seinen Computer und seine Unterlagen nicht benutzen. Jetzt in dieser Minute läuft ein Gerichtsverfahren in Spanien wegen der illegalen Überwachung von Julian in der ecuadorianischen Botschaft. Er wird verfolgt, weil er wahre Tatsachen berichtet hat.

DP: Sie waren gestern bei der Anhörung im Bundestag. Welchen Eindruck haben sie von den Parteien gewonnen? Was war das wichtigste Thema während und nach der Anhörung?

HS: Die Gespräche nach der Anhörung drehten sich vor allem darum, dass es überraschend und enttäuschend war, dass die Grünen kein Parlamentsmitglied, nicht einmal einen wissenschaftlichen Mitarbeiter zu der Anhörung gesandt hatten. Dazu hat an diesem Abend eigentlich jeder etwas gesagt, mit dem ich gesprochen habe. Auch die anderen Parteien waren abwesend. Das andere wichtige Thema war, wie groß die Unterstützung andererseits besonders in Berlin in der Bevölkerung ist, aber auch in Deutschland ganz allgemein. Die Unterstützung in der Bevölkerung wächst offenbar. Es gibt einige wirklich bedeutende Unterstützer, aber es scheint sich, wenn ich das so sagen darf, ein historisches Phänomen zu entwickeln in der Bevölkerung, da kommen-

Im Interview: John Shipton

Anti-Kriegsaktivist und Bauunternehmer, ist der leibliche Vater von Julian Assange. Die Mutter von Julian Assange, Christine Ann Hawkins (* 1951), eine bildende Künstlerin, hatte ihn 1970 bei einer Antivietnamkriegdemonstration kennengelernt hatte.

einige Aspekte zusammen, Julian Assange, Fake News, der Neoliberalismus. All diese Elemente, die zu sozialen Brüchen führen, sozialen und politischen Brüchen, dazu gehört auch das Anwachsen der AfD und dass angebliche Anti-Establishment-Figuren, die in Wirklichkeit zum Establishment gehören, wie Boris Johnson, viel Zuspruch erhalten, oder Darsteller wie Donald Trump, die bemerkt haben, dass sich in der Bevölkerung ein historischer Wandel abzeichnet und die diese Welle reiten, auf ihr surfen. Auch das ist ein Anzeichen, dass etwas im Umbruch ist.

DP: Wenn jemand den Bürgern der DDR, die vor 30 Jahre dachten, jetzt sei das Zeitalter der Freiheit angebrochen, damals die Geschichte von Julian Assanges Verfolgung erzählt hätte, dann wäre die Reaktion wohl etwas gewesen, dass man Ent-Täuschung nennen könnte, ein Einbruch der Realität in das Wunschdenken. War auch das Spannungsverhältnis zwischen dem Mauerfall und der Verfolgung Julian Assanges ein Thema bei der Anhörung?

HS: Ja. Einige der Teilnehmer an der Anhörung waren ehemalige DDR-Bürger und sie verglichen zwischen Honeckers DDR und der gegenwärtigen Repression und den dazugehörigen Fake News. Sie sagten, so war das bei Honecker und so ist es jetzt. Sie haben es verglichen. Aber besonders in den angelsächsischen Ländern, in den englischsprachigen Ländern ist das Bewusstsein über die Situation schlechter. In der englisch sprechenden Welt sind die Medien gleichförmig, so dass solche Gedanken nicht aufkommen. Artikel aus der New York Times werden in anderen Zeitungen verbreitet, Artikel aus der Washington Post erscheinen in Australien, in englischen Zeitungen, in neuseeländischen Zeitungen und in kanadischen Zeitungen. Überall die gleichen Artikel mit der gleichen Ausrichtung.

DP: Ich beschäftige mich jetzt ungefähr 20 Jahre mit Geheimdienstoperationen. Wenn ich über die Interessen des Imperiums nachdenke – ich nenne das mein geheimdienstverseuchtes Gehirn zu benutzen – deswegen verstehe ich, warum Julian Assange so gefährlich ist, wenn man ihn aus der Perspektive des Imperiums betrachtet. Wenn man seine Arbeit aus der Perspektive der Demokratie betrachtet, hat er eine unglaubliche Leistung vollbracht. Wikileaks war eine der wichtigsten Verbesserungen im Journalismus, die es bisher gegeben hat. Eine Art Nachrichtenagentur der unterdrückten Wahrheiten, ein qualitativer Sprung für den Journalismus. Eine Chance oder eine Gefahr, je nachdem ob man Demokrat oder Machiavellist ist. Man könnte auch sagen, die Reaktion auf Julian Assange und Wikileaks ist ein Lackmustest, in welche Richtung sich die westlichen Gesellschaften entwickeln. Wenn man die Gelegenheit der Friedensdividende so verwendet, wie es jetzt getan wird, dann ist die Entwicklungsrichtung des sogenannten freien Westens eher sowjetisch, sozusagen. Wie sehen sie das?

Pro-Assange-Demonstration 2010 in Sidney (Foto: Elekhh, Wikimedia, CC BY-SA 3.0)

HS: Ich beobachte, dass wir die Friedensdividende für Waffen ausgegeben haben. Unter geopolitischen Aspekten kann man sagen, dass das amerikanische Imperium seine militärische Überlegenheit an die Russische Föderation verloren hat. Man kann auch sagen, dass das amerikanische Imperium seine wirtschaftliche Überlegenheit verloren hat, in diesem Fall an die Chinesen. Deswegen zittert und wackelt das amerikanische Imperium, deswegen versucht es sich an allem fest zu klammern, was es noch dominieren kann. Und deswegen ist es sehr wichtig für Europa, darauf zu achten, zuverlässige und ungetrübte Informationsquellen wie Wikileaks zu besitzen, weil die Amerikaner ihr Imperium mit allen Mitteln verteidigen werden.

DP: Meinen sie auch, dass Wikileaks eine große Veränderung und damit eine große Bedrohung für das amerikanische Imperium ist und deswegen so erbarmungslos bekämpft wird?

HS: Ja, ja. Wenn das Imperium nicht in solcher Gefahr wäre, würde es sich anders verhalten. Es ist heute in einer anderen Situation als in den sechziger Jahren, anders als zur Zeit der Pentagon Papers; wäre es genauso stark wie damals, würde das Imperium Wikileaks ertragen. Aber jetzt erträgt es Wikileaks nicht. Jetzt fürchtet das Imperium um seine Zukunft. Und das zu Recht. Es hat seine militärische Überlegenheit eingebüßt und es hat seine wirtschaftliche Überlegenheit eingebüßt. Das Verhalten der USA gegenüber Russland und China hat Russland und China obendrein noch dazu gebracht, eine strategische Koalition einzugehen.

DP: Wenn ich an den Film „Die Unbestechlichen" denke, also an die Watergate Affäre, das war doch ein großer Mythos des Westens, die Selbstreinigung der Demokratie durch investigative Journalisten, die Machtmissbrauch aufdecken und die Mächtigen kontrollieren. Jetzt, wo es so jemand tatsächlich gibt, Julian Assange, verstecken sich all seine Kollegen im Gebüsch und hoffen nicht entdeckt zu werden und ohne Schaden davon zu kommen. Wie sehen sie das, sie sind älter als ich, haben mehr Erfahrung, täusche ich mich, oder hatten die Journalisten in den siebziger Jahren tatsächlich eine ganz andere Haltung als heute?

HS: Ja, sie hatten eine ganz andere Haltung. Es gab deutlich mehr Meinungsvielfalt unter den Journalisten, ich habe die Evergreen Review gelesen, ein Monatsmagazin, das wirklich gut recherchierte Artikel veröffentlichte. Vor einiger Zeit war ich zu Besuch bei John Pilger, dem berühmten australischen Dokumentarfilmer, ich sprach mit ihm über dieses Thema und sagte, war es nicht vielleicht schon immer so übel wie heute? Und er sagte: Nein, und zeigte mir die Titelseite einer alten Ausgabe des Daily Mirror, zeigte mir einen Artikel, den er während des Vietnamkrieges geschrieben hatte. Die Titelgeschichte handelte von einer schrecklichen Tragödie, die angerichtet worden war, Mỹ Lai. In der Zeitung waren sechs ganze Seiten mit Fotografien und Text, ein Bericht, was in Vietnam geschehen war, ein entsetzlicher Massenmord. Wo würde so etwas heute veröffentlicht wer-

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

den? Sechs Seiten über imperiale Verbrechen der USA in Syrien? Wäre das heute noch möglich?

DP: Ich glaube, diese Entwicklung hat auch damit zu tun, dass es jetzt immer mehr ums Geld geht im Journalismus, um die Rendite der Verlage. Der Journalismus wird heute von Betriebswirtschaftlern organisiert, er unterliegt Profitforderungen. Die Regeln der Pressearbeit werden weniger von Journalisten bestimmt. Die neoliberale Wirtschaftsweise und die damit verbundenen politischen Sichtweisen beherrschen jetzt alle Bereiche. Auch den Journalismus, der früher tatsächlich eigene Regeln hatte, man könnte sogar sagen, eine eigene Ethik, auch wenn das etwas übertrieben ist. Aber diese schwach ausgeprägte Ethik wurde dann komplett von Geschäftsinteressen überlagert. Nichtsdestotrotz: alle Journalisten, egal welcher politischen Richtung sie anhängen, sollten begreifen, dass der Angriff auf Julian Assange ein Angriff auf die Pressefreiheit ist. Aber die Reaktion ist merkwürdig schwächlich und verhalten.

HS: Es ist sehr merkwürdig. Ich möchte es noch aus einem etwas anderen Blickwinkel charakterisieren. Die Sicherheit von Journalisten hängt von ihrem Prestige ab. Wenn sie hohes Ansehen genießen, dann überlegt es sich die Regierung zweimal, ob sie die Presse angreift. Wenn der journalistische Berufsstand sich einig ist und solidarisch, dann ist die Regierung sehr zögerlich mit Angriffen auf die Presse. Wenn die Verleger sich einig sind, also die geschäftliche Organisation der Presse, wenn sie ihre Journalisten vor Gericht verteidigen, dann ist die Regierung sehr, sehr vorsichtig damit, die Presse anzugreifen. Aber es scheint so, dass diese vertikale Solidarität von oben nach unten, zwischen den Verlegern, den Chefredakteuren und den Journalisten heute verschwunden ist. Aber das zwingt die Journalisten und ihre Standesorganisation auch, zu begreifen, dass es für sie das Ende bedeutet, wenn Julian Assange so behandelt werden kann. Wenn sie kein Ansehen mehr genießen, dann haben sie auch keinen Schutz mehr.

DP: Gibt es etwas, was wir für Julian tun können? Wir bedeutet nicht nur die Journalisten, sondern jeder von uns. Was ist ihr Rat an alle, die helfen wollen?.

Julian Assange 2014 (Foto: David G Silvers, flickr.com, CC BY-SA 2.0)

HS: Aus meiner Erfahrung, aber ich muss sagen, ich gebe nie Ratschläge, ich sage nur, was für mich funktioniert hat, ich möchte also nur empfehlen, was ich selbst tue, ist Freunde zum Essen einzuladen oder zum Grillen. Und dabei informiere ich sie, was geschieht, mit Julian, aber auch insgesamt. Wir Menschen sind Wesen der Tat. Wenn wir etwas erkannt und verstanden haben, dann handeln wir auch entsprechend. Sich gegenseitig zu informieren, ist der erste, entscheidende Schritt zur Aktivität. Aktivität ist das natürliche Ergebnis von Information.

DP: Eine Möglichkeit, über die wir in unserem YouTube Kanal „Das dritte Jahrtausend" nachgedacht haben, ist, dass Maired McGuire Julian für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen hat. Vielleicht könnte sie sich mit Pamela Anderson zusammentun, die in Deutschland sehr prominent ist, und gleichzeitig unterschätzt wird. Die meisten Menschen glauben, dass sie einfach eine kurvenreiche TV-Schönheit ist, aber wir haben ihre Artikel gelesen, die hervorragend sind und sehr einfühlsam. Es wäre überraschend und sehr interessant, wenn diese beiden unterschiedlichen Frauen sich zusammentun würden, es würde Aufmerksamkeit erzeugen. Maired McGuire ist eine Frau, die als katholische Mutter den Friedensnobelpreis gewonnen hat, weil es ihr mit einer anderen protestantischen Mutter gelang, dass gegenseitige Töten der Söhne zu beenden. Alle Kämpfer hatten Mütter. Wir finden diese Kombination sehr interessant, wir glauben, dass es eine aussichtsreiche Kampagne wäre.

HS: Ein Teil davon wird bereits realisiert. Julian wurde von Maired McGuire acht Mal für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Das neunte Mal wird sie Edward Snowden, Chelsea Manning und Julian Assange gemeinsam nominieren. Für das Nobelpreiskomitee wäre eine Entscheidung für die drei die Chance, den Ruf wieder herzustellen, den es mit dem Verleih des Friedensnobelpreises an einen Kriegsverbrecher beschädigt hat.

DP: Bei dieser Kampagne werden wir mitmachen, auch mit Free21. Halten sie uns auf dem Laufenden.

HS: Die Nominierung wird Ende Januar erfolgen. Wir werden in der betreffenden Woche in Oslo sein. Maired McGuire wird auch nach Oslo kommen. Sie ist großartig. Man kann sie nicht stoppen. Ich habe noch nicht mit Pamela Anderson gesprochen, ob sie mitmachen würde. Aber die Idee ist gut.

DP: Tun Sie es bitte. Aus der Sicht eines Journalisten bedeutet das eine Vervielfachung der Aufmerksamkeit. Im ersten Moment wird zwar jeder an Baywatch denken, aber dann wird man bemerken, dass sie neben ihren Kurven auch einen außergewöhnlichen Geist besitzt. Sie schreibt als Journalistin nicht nur gut, sondern sehr beeindruckend. Pamela Anderson und Maired McGuire zusammen wären ein eindrucksvolles Team und ich glaube wirklich, dass es funktionieren würde, weil es nicht nur den politischen Journalismus betreffen würde, sondern eine viel breitere Aufmerksamkeit erzeugen könnte.

HS: Ja, sie hat ein sehr gut funktionierendes Gehirn. Ich halte Sie auf dem Laufenden.

DP: Tun Sie das bitte. John Shipton, herzlichen Dank für dieses Interview. Ich möchte es mit einem Zitat beenden, das hier in Berlin vor ungefähr 30 Jahren zu hören war, von Ronald Reagan. Ich werde es etwas abändern: Mister President, dear Mr. Trump. Tear down this prison wall. Free Julian Assange, Chelsea Manning and Edward Snowden.

‹http://www.free21.org/?p=32823›

OPCW-Logo auf dem Podium der vierten Sondertagung der Konferenz der Vertragsstaaten des Chemiewaffenübereinkommens. Nachträglich kombiniert mit einem satirischen Poison-Zeichen. (Foto: OPCW auf flickr.com, Lizenz: CC BY 2.0, Link: https://www.flickr.com/photos/opcw/42124918535)

Die Fakten-**Leugner**

von Karin Leukefeld

Eine hochrangige Quelle widerspricht der OPCW-Untersuchung des angeblichen chemischen Angriffs in Syrien am 7. April 2018.

Am 1. März 2019 veröffentlichte die Organisation zum Schutz vor Chemiewaffen (Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons, OPCW) den Abschlussbericht der „Fact Finding Mission" (FFM), die herausfinden sollte, ob in Douma, einem östlichen Vorort der syrischen Hauptstadt Damaskus, am 7. April 2018 giftige Chemikalien als Waffe eingesetzt worden waren. Der Bericht sah es als ausreichend begründet an, dass eine giftige chemische Substanz verwendet wurde. Dies sei jedoch nicht die Wahrheit, sagt nun die Quelle „Alex" aus dem ehemaligen Douma-Untersuchungsteam. Die sieht „unethisches, betrügerisches Verhalten" am Werk. Sind zentrale Informationen unterdrückt worden, um „scheinbar eine vorbestimmte Schlussfolgerung zu begünstigen"? In der Zusammenfassung des Berichts [1] hieß es unter Punkt 2.17: „Hinsichtlich des angeblichen Einsatzes von giftigen Chemikalien als Waffe am 7. April 2018 in Douma, Syrische Arabische Republik, haben die Auswertung und die Analyse aller Informationen, die von der FFM (d.h. Fact Finding Mission) zusammengetragen wurden — Aussagen von Zeugen, Analyseergebnisse von Umwelt- und biomedizinischen Proben, toxikologische und ballistische Analysen von Experten, zusätzliche digitale Informationen von Zeugen — ausreichende Begründungen erbracht, dass eine giftige chemische (Substanz) als Waffe eingesetzt wurde. Diese giftige chemische (Substanz) enthielt reaktives Chlor. Die giftige Chemikalie war vermutlich molekulares Chlor."

Das entspricht nicht der Wahrheit

Diese Darstellung entspricht nicht der Wahrheit, sagte nun eine Quelle aus dem Douma-Untersuchungsteam der OPCW. Die Quelle, die an den Untersuchungen in Douma (Syrien) beteiligt war, traf sich am 15. Oktober in Brüssel mit einem kleinen Kreis von Personen aus vier Ländern, um über das „regelwidrige, unethische und betrügerische Verhalten" der OPCW

Autorin: Karin Leukefeld

Jahrgang 1954, studierte Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften und ist ausgebildete Buchhändlerin. Sie engagierte sich für die Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit unter anderem beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Die Grünen (Bundespartei) sowie der Informationsstelle El Salvador. Seit dem Jahr 2000 ist sie als freie Korrespondentin zum Mittleren Osten tätig.

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

gegenüber dem Untersuchungsteam und auch der internationalen Öffentlichkeit zu sprechen [2]. Eingeladen hatte die Courage Stiftung [3], die Whistleblower wie Julian Assange und Edward Snowdon unterstützt.

Anwesend waren der Völkerrechtsprofessor Richard Falk, von 2008 bis 2014 UN-Sonderberichterstatter für die Situation der Menschenrechte, in den seit 1967 besetzten palästinensischen Autonomiegebieten, der pensionierte britische Generalmajor John Holmes, Elisabeth Murray, ehemalige US-Geheimdienstoffizierin Nahost, der Mainzer Professor Günther Meyer, der Arzt Helmut Lohrer vom Vorstand der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) und Kristinn Hrafnsson (Chefredakteur von Wikileaks). Wenige Journalisten, darunter auch die Autorin, nahmen an dem Treffen als Beobachter teil. Die Quelle „Alex" erwies sich als eine Person mit langjähriger Berufserfahrung innerhalb der OPCW-Untersuchungsteams, spezialisiert im Bereich von Produktion und Analyse chemischer Waffen. Bei der OPCW-Mission, die im April 2018 den angeblichen Angriff mit giftigen Chemikalien in der Stadt Douma bei Damaskus am 7. April 2018 untersuchen sollte, hatte „Alex" eine führende Position. „Seien Sie unsere Stimme", wandte „Alex" sich an den kleinen Kreis, der aufmerksam zuhörte und im Laufe des Tages unzählige Fragen stellte. Die an der Douma-Untersuchung Beteiligten seien Wissenschaftler, sie wollten ihre Untersuchungsergebnisse gewürdigt wissen, diskutieren, gegebenenfalls korrigieren, doch man müsse sie hören, so die Quelle. Sie wollten „nicht der Organisation schaden", sondern vielmehr „vollständige Transparenz aller Untersuchungen" erreichen, so wolle es die Chemiewaffenkonvention. Man wolle eine Klärung innerhalb der OPCW, die bisher unterbunden worden sei. „Abweichende Beobachtungen" des Douma-Untersuchungsteams sollten in einem angemessenen Rahmen — der Versammlung der Vertragsstaaten der Chemiewaffenkonvention — gehört werden.

Die ganztägige Präsentation der Quelle „Alex" klärte über die Struktur der „Fact-Finding-Mission" (FFM) auf. Ausführlich erläutert wurden die zentralen

Syrische Soldaten in Douma (Foto: Elizabeth Arrott, Wikimedia Commons, Lizenz: Public Domain Mark 1.0)

Elemente aller OPCW-Untersuchungen, die aus dem Sichern von Proben, Ballistik, Toxikologie und der Dokumentation von Augenzeugenberichten bestehen. Anhand von öffentlich zugänglichem Foto- und Bildmaterial — so genannten open sources/offenen Quellen — wurden die Lage in Douma, die Vorgehensweise des Untersuchungsteams und die Ergebnisse dargestellt. In einem zweiten Informationsblock schilderte die Quelle „Alex" Ereignisse, während und nach der Mission. Die „Fact Finding Mission" (FFM) wurde 2014 innerhalb der OPCW eigens für Untersuchungen in Syrien gegründet [4]. Jenseits der üblichen OPCW-Untersuchungsteams gilt für sie eine gesonderte Struktur. Die FFM ist unterteilt in zwei Kernteams. Das „Alpha-Team" ist zuständig für die syrische Regierung, das „Beta-Team" für die „Rebellen". Während bei der Arbeit der normalen OPCW-Untersuchungsteams verschiedene OPCW-Abteilungen quasi als Korrektiv einbezogen werden können, untersteht die FFM direkt der OPCW-Spitze: dem Generaldirektor, dem „Kabinettschef" und dem Leiter der „Fact-Finding-Mission" [5]. Der angebliche Chemiewaffenangriff in Douma ereignete sich am 7. April 2018. Schon erste Berichte der Opposition (open sources) beschuldigten die syrischen Streitkräfte. Diese Darstellung wurde rasch von westlichen Staaten übernommen und mit Vergeltung gedroht. Die syrische Regierung und auch der russische OPCW-Vertreter beantragten eine OPCW-Untersuchungsmission, die bewilligt wurde. Am 14. April traf das FFM-Team, dem die Quelle „Alex" angehörte, in Beirut ein. Ihre Fahrt nach Damaskus wurde gestoppt, weil die USA, Großbritannien und Frankreich einen groß angelegten Luftangriff auf Syrien gestartet hatten. Danach verzögerten sich die Untersuchungen vor Ort wegen der prekären Sicherheitslage in Douma. Der erste „Zwischenbericht" wurde am 6. Juli 2018 veröffentlicht, der Abschlussbericht am 1. März 2019. Nach der Rückkehr nach Den Haag, so die Quelle „Alex", seien alle Proben an zwei verschiedene Labors geschickt worden. Das Untersuchungsteam sei vom Generaldirektor aufgefordert worden, zügig einen Zwischenbericht vorzulegen. Dann sei lange nichts geschehen. Der Quelle wurde klar, dass das Douma-Untersuchungsteam tatsächlich von der folgenden Arbeit ausgeschlossen wurde. Der bereits vorbereitete Zwischenbericht sei ignoriert worden, stattdessen tauchte ein Zwischenbericht auf, der nicht von denjenigen verfasst worden sei, die an der Untersuchung in Douma persönlich teilgenommen hätten, so die Quelle. Interne E-Mails, Austausch von Texten und Berichtsentwürfen, die die Quelle zeigte, bestätigten das. Die ursprünglichen Teilnehmer der Douma-Untersuchung versuchten ihre abweichenden Erkenntnisse und Analysen in den Zwischenbericht einfügen zu lassen, vergeblich. Die Darstellung abweichender Beobachtun-

gen und Bewertungen zum offiziell vorgelegten Bericht wurde den Inspektoren der Douma-Mission nicht gewährt, obwohl dieses Recht den Inspektoren gemäß der Chemiewaffenkonvention zusteht.

Chemische Analysen und Toxikologie

Ausführlich ging die Quelle „Alex" auf chemische und toxikologische Untersuchungen ein. So fanden sich weder an den biomedizinischen noch an den Umweltproben Spuren von „relevanten Chemikalien". Die eigentlich relevanten Untersuchungsergebnisse der Inspektoren wurden weder im Zwischen- noch im Abschlussbericht aufgenommen. „Bleichmittel", wie in Zwischen- und Abschlußbericht erwähnt, wurde demnach vom Inspektorenteam gar nicht gesucht. Chlorhaltige Chemikalien, die in Holzproben gefunden wurden, deuten auf Konservierungsmittel für eben dieses Holz, für Wasser und Lebensmittel hin. Proben der natürlichen Umwelt, um den natürlichen Gehalt solcher Stoffe festzustellen, wurden allerdings nicht genommen. Damit fehlen Vergleichswerte.

Die in Proben gefundenen chlorierten organischen Chemikalien lagen um ein vielfaches unter der Menge, die in der natürlichen Umwelt vorkommen, beispielsweise im Wasser. Dieses Laborergebnis, das Ende Juni vorlag, ist in keinem der beiden Berichte zu finden. Stattdessen heißt es, es seien „ausreichende Begründungen erbracht" worden, wonach „eine giftige chemische (Substanz) als Waffe eingesetzt wurde. Diese giftige chemische (Substanz) enthielt reaktives Chlor. Die giftige Chemikalie war vermutlich molekulares Chlor." Mit anderen Worten, ein „rauchender Colt" sei gefunden worden, was auch unmittelbar von internationalen Medien so verbreitet wurde. Tatsächlich aber, so die „Quelle Alex" handelte es sich bei den gefundenen chemischen Substanzen (darunter Bornylchlorid) um Konservierungsmittel „in einer geringeren Dosis als in dem Kaffee ist, den Sie trinken." In einer internen Korrespondenz heißt es: „In den meisten Fällen waren sie nur in „Spuren" erkennbar, in Teilen pro Milliarde, so niedrig wie 1 bis 2 ppb" vorhanden. Die Abkürzung „ppb" steht für „parts per billion", Teile einer Milliarde.

Screenshot aus einem Propaganda-Video zum angeblichen Giftgasangriff in Douma.

Ballistik

Unterschiedliche Analysen gab es auch bei den ballistischen Untersuchungen, die sich auf zwei Gasflaschen/-zylinder bezogen, die angeblich aus der Luft auf zwei verschiedene Wohnhäuser abgeworfen worden sein sollen. Aus diesen sollte Chlorgas ausgeströmt sein, das insgesamt 43 Menschen tötete. Die Untersuchungen hätten aber ergeben, dass die Zylinder nicht die Quelle von möglicherweise ausgetretenem Gas gewesen sein könnten, so die Quelle.

Ian Henderson, Mitglied des Douma-Untersuchungsteams, hatte technisch die Lage, Zustand und mögliche Flugbahn der Zylinder untersucht und war zu einer anderen Schlußfolgerung gekommen, als der offizielle Bericht es darstellte. Seine abweichende Meinung wurde nicht berücksichtigt. Er verfasste einen 15-seitigen Bericht , den er innerhalb der OPCW in Umlauf brachte. Mit der internen Verbreitung seines Berichts hatte Henderson gegen interne OPCW-Regeln verstoßen. Es wurde angeordnet, alle diesbezüglichen E-Mails zu löschen, berichtete die Quelle bei dem Treffen in Brüssel. Dennoch gelangte der Bericht an die Öffentlichkeit, gegen Henderson wurde eine Untersuchung eingeleitet. In dem durchgesickerten Bericht [6] kam Henderson zu dem Schluss, dass „die Beobachtungen der Situation an den beiden Orten, zusammen mit der anschließenden Analyse darauf hinweisen, dass es eine höhere Wahrscheinlichkeit dafür gibt, dass beide Zylinder per Hand an den beiden Orten abgelegt wurden, als dass sie von einem Flugzeug abgeworfen wurden." Von den internationalen Leitmedien wurde der durchgesickerte abweichende ballistische Bericht verschwiegen. Die OPCW gab keine Erklärung dazu ab. Die Toten, die am 7. und 8. April 2018 in verschiedenen Handyaufnahmen in einem der beiden Häuser zu sehen waren, können nicht an Chlorgas gestorben sein, so die Quelle „Alex". Alle Leichen hätten Schaum vor dem Mund gehabt, Chlor allerdings gelange in die Lungen und zerstöre das Gewebe von innen, Schaum werde nicht produziert. In einer abweichenden Stellungnahme zu dem offiziellen Zwischenbericht heißt es: „Symptome wurden beobachtet, die mit der Einwirkung von Chlor nicht übereinstimmen". Auch gebe es „keine anderen offensichtlichen Kandidaten unter Chemikalien, die solche Symptome produzieren".

Die Untersuchung des Douma-Teams habe ergeben, so die Quelle „Alex", dass diese Menschen a) durch in höchstem Maße giftige Chemikalien ums Leben gekommen seien oder b) durch nicht-chemische Stoffe. Dafür hätte es eine gesonderte Untersuchung der Leichen geben müssen. Da diese aber bereits bei der Ankunft des Untersuchungsteams an einem unbekannten Ort beerdigt worden und vermutlich im Stadium der Verwesung waren, habe man keine weitergehenden Untersuchungen vornehmen können.

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

Augenzeugenberichte

Im Mai 2018 wurden 39 Augenzeugen befragt, 13 in Damaskus, 26 in einem Land „X“, in das ein separates Befragungsteam reiste. 13 erklärten, es habe keinen Angriff mit Chemiewaffen gegeben, die anderen 26 behaupteten das Gegenteil. Einige gaben an, selber Opfer des Angriffs gewesen zu sein. Die Minderheitenmeinung, wonach es keinen Angriff mit Chemiewaffen gegeben habe, sei im Abschlussbericht nicht gleichberechtigt gewürdigt worden.

Die Ereignisse nach der Douma-Untersuchung

Besonders irritierend stellten sich die Ereignisse dar, die von der Quelle „Alex“ für die Zeit nach Rückkehr des Douma-Untersuchungsteams aus Syrien beschrieben wurde. Das Team sei von Untersuchungen ausgegrenzt worden, offensichtlich sei parallel an einem anderen Zwischenbericht gearbeitet worden. Als dieser kurz vor der Veröffentlichung dem Team zugänglich wurde, wurde eine Diskussion darüber erst auf die lange Bank geschoben und dann verhindert. Anhand gezeigter E-Mail-Kommunikation wurde deutlich, mit welcher Ernsthaftigkeit die Quelle „Alex“ und auch Ian Henderson versuchten, ihre abweichenden Beobachtungen einzubringen, ihre Argumente, Analysen und Untersuchungsergebnisse wurden ignoriert. Gemeinsame Diskussionen des Douma-Untersuchungsteams wurden in Aussicht gestellt, fanden aber nicht statt. Schließlich wurde massiver Druck eines — namentlich nicht genannten — Vertragsstaates deutlich, der dem ursprünglichen Douma-Untersuchungsteam eine eigene „Rekonstruktion des Chlorangriffs in Douma“ vorlegte. Intern hieß es, der Bericht müsse die Politiker zufriedenstellen.

Fazit

Das Forum in Brüssel zeigte sich nach dem Vortrag der Quelle „Alex“ alarmiert und beunruhigt über die „unakzeptable Vorgehensweise (…) die bei der Untersuchung des angeblichen chemischen Angriffs in Douma, östlich der syrischen Hauptstadt Damaskus, am 7. April 2018 aufgetreten ist“. Man sei nach dem Gehörten davon „überzeugt, dass zentrale Informationen über chemische Analysen, toxikologische Untersuchungen, ballistische Studien und Zeugenaussagen unterdrückt wurden, um scheinbar eine vorbestimmte Schlussfolgerung zu begünstigen“.

Das Forum forderte in seiner Erklärung, „allen Inspektoren, die an der Douma-Untersuchung teilgenommen haben, zu ermöglichen, dass sie sich zu Wort melden und ihre abweichenden Beobachtungen in einem angemessenen Forum der Vertragsstaaten der Chemiewaffenkonvention vorzutragen. Das entspricht dem Geist der Konvention. Sie sollten die Möglichkeit haben, ihre Erkenntnisse ohne Angst vor Repressalien oder Zensur vorzutragen.“ Die Douma-Untersuchung solle wieder aufgenommen werden, um „zu klären, was tatsächlich geschehen ist. Das würde dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit der OPCW wiederherzustellen und es würde seine legal verankerte Verpflichtung für Transparenz, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit dokumentieren“. Unterzeichnet wurde die Erklärung auch von José Bustani, der aus gesundheitlichen Gründen an dem Treffen nicht teilnehmen konnte. Der Brasilianer Bustani, ehemaliger Botschafter seines Landes in Großbritannien und Frankreich, war der erste Generaldirektor der OPCW, die er seit ihrer Gründung 1997 bis 2002 leitete. Dann musste er unter dem direkten Druck der damaligen US-Administration von George W. Bush vor dem Irakkrieg gehen. Dabei drohte ihm der damalige UN-Botschafter der USA, John Bolton, der im Auftrag des damaligen Vize-Präsidenten Dick Cheney Bustani in Den Haag aufsuchte:

> „Cheney will dich loswerden. Du hast 24 Stunden, um die Organisation zu verlassen. Wenn Du nicht der Entscheidung Washingtons folgst, haben wir Möglichkeiten … wir wissen, wo deine Kinder wohnen.“ [7]. Ende

Seine zwei Söhne lebten damals in New York. Finanziert wird die OPCW von den Vertragsstaaten, die — angelehnt an die Struktur der Vereinten Nationen — Beiträge bezahlen. Die USA sind mit 22 Prozent der größte Geldgeber. Japan zahlt 19,5 Prozent und Deutschland 10 Prozent des Jahresbudgets, das bei rund 60 Millionen Euro liegt. Bis 2021 ist Deutschland Mitglied im Exekutivrat der OPCW, einem der höchsten Gremien. Das „regelwidrige, unethische, betrügerische Verhalten“ gegenüber den Inspektoren des Douma-Untersuchungsteams, das den angeblichen Chemiewaffenangriff in Douma (Syrien) untersucht hat, dürfte auch der deutschen Vertretung nicht verborgen geblieben sein.

Quellen:

[1] OPWC, Technical Secretariat „REPORT OF THE FACT-FINDING MISSION REGARDING THE INCIDENT OF ALLEGED USE OF TOXIC CHEMICALS AS A WEAPON IN DOUMA, SYRIAN ARAB REPUBLIC, ON 7 APRIL 2018“, am 01.03.2019: *<https://www.opcw.org/sites/default/files/documents/2019/03/s-1731-2019%28e%29.pdf>*

[2] Courage „Panel Criticizes ‘Unacceptable Practices’ in the OPCW’s investigation of the Alleged Chemical Attack in Douma, Syria on April 7th 2018“, am 23.10.2019: *<https://couragefound.org/2019/10/opcw-panel-statement>*

[3] Courage-Stiftung: *<https://www.couragefound.org/>*

[4] OPWC „Fact-Finding-Mission“: *<https://www.opcw.org/fact-finding-mission>*

[5] OPCW „The Structure of the OPCW“: https://www.opcw.org/sites/default/files/documents/Fact_Sheets/Fact_Sheet_3_-_OPCW_Structure.pdf

[6] OPWC „UNCLASSIFIED – OPWC Sensitive“: *<http://syriapropagandamedia.org/wp-content/uploads/2019/05/Engineering-assessment-of-two-cylinders-observed-at-the-Douma-incident-27-February-2019-1.pdf>*

[7] The Intercept, Mehdi Hasan „Will John Bolton Get Us All Killed?“, am 30.03.2018: *<https://theintercept.com/2018/03/30/deconstructed-podcast-will-john-bolton-get-us-all-killed/>*

Dieser Text wurde zuerst am 23.10.2019 auf www.rubikon.news unter der URL Quelle: ‹https://www.rubikon.news/artikel/die-fakten-leugner›, Lizenz: Karin Leukefeld, rubikon.news, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=32827›

Von links nach rechts: US-Außenminister John Kerry, post-coup Präsident Petro Poroshenko, US-Botschafter Pyatt und Victoria Nuland, Assistant Secretary of State im Dienst des US-Außenministeriums und als solche zuständig für Europa und Eurasien im Juni 2014. (Quelle: State Dept., public domain)

#CORR'PT

Korrupte Außenpolitik als Norm

von Joe Lauria

Die Androhung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Donald Trump ist nur ein weiteres Symptom des parteipolitischen Elends in den USA. Dahinter verbirgt sich ein noch größeres Übel,

Die wichtigsten Aspekte des Trump-Ukraine-„Skandals", welche zur Anklage wegen Amtsmissbrauch geführt haben, werden nicht erzählt, nicht einmal von den Republikanern.

Trump hätte sehr wahrscheinlich politische Motive gehabt, wenn er der Ukraine wirklich mit der Verweigerung von Militärhilfe drohte, um als Gegenleistung von Kiew zu fordern, eine Untersuchung über Joe Biden, derzeit demokratischer Spitzenkandidat für die Präsidentenwahl, in die Wege zu leiten. Ein solcher „Deal" ist jedoch in der Niederschrift [1] des Telefongesprächs zwischen Trump und dem ukrainischen Präsidenten Volodimir Zelinsky nicht eindeutig auszumachen.

Was in den Mainstream-Medien nicht erzählt wird, ist der Kontext dieser Geschichte. Betrachtet man diesen, sollte Biden in der Tat sowohl in der Ukraine als auch in den USA einer Untersuchung unterzogen werden.

Wir wissen vom Anfang 2014 geleakten [2] Telefongespräch zwischen Victoria Nuland, damals als Assistant Secretary of State (im US-Außenministerium) für Europa und Eurasien zuständig, und dem damaligen Botschafter der USA in der Ukraine, Geoffrey Pyatt, dass der damalige Vizepräsident Biden als „Geburtshelfer" in dem von den USA unterstützten Sturz der gewählten ukrainischen Regierung eine Rolle spielte. Der Sturz fand kurz nach dem Telefongespräch statt.

Über dieses größte Verbrechen in dieser ganzen Geschichte wird geschwiegen – den illegalen Sturz einer souveränen Regierung.

Als Belohnung bekam Hunter Biden, Sohn des amtierenden Vizepräsidenten, bald nach dem Coup einen Sitz im Verwaltungsrat des grössten ukrainischen Gasproduzenten, Burisma Holdings. Dies kann nur als ein durchschaubares neokoloniales Manöver interpretiert werden:

Ein Land wird übernommen und die eigenen Leute werden dort installiert. Bidens Sohn war kein Einzelfall.

Ein Familienfreund des damaligen Staatssekretärs John Kerry wurde auch Mitglied des Burisma Verwaltungsrats.

Autor: Joe Lauria

ist Chefredakteur bei Consortium News und ehemaliger Korrespondent für The Wall Street Journal, Boston Globe, Sunday Times von London und einer Vielzahl anderer Zeitungen. Man kann ihn unter joelauria@consortiumnews.com erreichen oder ihm auf Twitter **@unjoe** folgen

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

Kurz nach dem Sturz erhielt der amerikanische Agrarriese Monsanto einen Vertrag.

Und die erste Finanzministerin nach dem Sturz war eine Amerikanerin, [4] eine ehemalige Angestellte des State Department. Einen Tag vor ihrem Amtsantritt erhielt sie die ukrainische Staatsbürgerschaft.

Nachdem ein ukrainischer Staatsanwalt 2016 begonnen hatte, Burisma in Bezug auf mögliche Korruption zu untersuchen, [5] gab Biden auf einer Konferenz [des Council of Foreign Relations, Anm.d.Übers.] im letzten Jahr offen zu, [6] dass er als Vizepräsident einen Kredit von einer Milliarde USD zurückgehalten hatte, bis die Regierung den Staatsanwalt gefeuert hätte. Und das sei innerhalb von nur sechs Stunden geschehen, so wie Biden es gefordert hätte.

Es ist genau das, womit Biden geprahlt hat, was Trump nun vorgeworfen wird. Dabei ist nicht einmal klar, ob Trump überhaupt erreicht hat, was er wollte. Im Gegensatz zu Biden.

Drohen, bestechen und erpressen

Dies führt zu einem weiteren, wichtigen Teil dieser nicht erzählten Geschichte: Die Mittel mit denen die US Regierung routinemässig ihre Außenpolitik betreibt: Sie drohen, bestechen und erpressen.

Vielleicht hat Trump wirklich militärische Unterstützung zurückgehalten, um eine Untersuchung Bidens zu erzwingen, aber es ist eine Heuchelei der Demokraten so zu tun, als sei das ein ungewöhnlicher Machtmissbrauch. Es ist ganz alltäglich.

Es gibt viele Beispiele davon. Als die USA 1991 beim UN Sicherheitsrat eine Entscheidung für den ersten Golfkrieg erreichen wollten, hatte Jemen die Kühnheit dagegen zu stimmen. Daraufhin erklärte [7] ein Mitglied der US Delegation dem jemenitischen Botschafter: „Dies ist die teuerste Stimme, die Sie je abgegeben haben."

Die USA kürzten ihre Entwicklungshilfe für das ärmste Land des Nahen Ostens um 70 Millionen USD und Saudi Arabien wies etwa eine Million jemenitische Arbeiter aus dem Land aus.

Das Gleiche geschah nach Whistleblowerin Katherine Gun [8] 2003 vor dem zweiten Golfkrieg. Gun ließ ein Memo

li.: Vizepräsident Joe Biden (Foto: David Lienemann, U.S. federal government, public domain) und (re.) sein Sohn R. Hunter Biden (Quelle: Center for Strategic & International Studies, CC BY 3.0)

der NSA durchsickern, worin der amerikanische Geheimdienst seinen britischen Gegenspieler um Unterstützung bat, die Mitglieder des Sicherheitsrats auszuspionieren, um sie besser „beeinflussen" zu können, damit sie ihre Stimme zugunsten der Invasion des Iraks abgaben.

Im Jahr 2001 drohten [9] die USA mit dem Ende von Militär- und Entwicklungshilfe, wenn Länder keine bilateralen Abkommen mit den USA schließen wollten, um US-Truppen vor dem Internationalen Strafgerichtshof Immunität zu gewähren.

Gerade erst haben die USA ihre Macht gegenüber Ecuador ausgespielt, u.a. indem sie einen Kredit von 10 Milliarden USD von der Ausweisung des Wikileaks-Gründers, Julian Assange, aus dem Londoner Konsulat abhängig machten. [10]

So sieht die „Diplomatie" der USA aus

Wie der ehemalige UN Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali schrieb: [11]

„Da ich aus einem Entwicklungsland kam, wurde ich intensiv im internationalen Recht und in Diplomatie ausgebildet. Ich nahm irrtümlicherweise an, dass die Großmächte, insbesondere die Vereinigten Staaten, ihre Repräsentanten auch in Diplomatie schulten und den Wert der Diplomatie schätzten. Das Römische Reich kümmerte sich nicht um Diplomatie. Die Vereinigten Staaten tun es auch nicht. Für eine Großmacht sind diplomatische Beziehungen Zeitverschwendung und ein Zeichen der Schwäche und führen zu einem Verlust von Ansehen."

Dieser grundlegenden Korruptheit der US-Außenpolitik, wozu auch der Sturz von gewählten Regierungen gehört, entspricht der Korruptheit eines politischen Systems, das die politische Macht einer Partei über alles andere stellt. Diesen tief sitzenden und schon lange andauernden Missstand zu entlarven, sollte wichtiger sein, als die Köpfe einzelner Parteimitglieder rollen zu sehen, egal ob von Biden oder Trump.

Quellen:

[1] https://edition.cnn.com/2019/09/25/politics/donald-trump-ukraine-transcript-call/index.html

[2] https://www.youtube.com/watch?v=WV9J6sxCs-5k&fbclid=IwAR39__ohcipTiNxjh6Gs2mnhguw52WUS1sgr1TN501bnqthUHIlSfM6aotc

[3] https://consortiumnews.com/2014/03/16/corporate-interests-behind-ukraine-putsch/

[4] https://consortiumnews.com/2014/12/05/ukraines-made-in-usa-finance-minister/

[5] https://thehill.com/opinion/campaign/463307-solomon-these-once-secret-memos-cast-doubt-on-joe-bidens-ukraine-story

[6] https://www.youtube.com/watch?time_continue=17&v=UXA--dj2-CY

[7] https://www.wrmea.org/010-march/united-nations-report-a-costly-vote-yemen-paid-a-high-price-for-1990-security-council-veto.html

[8] https://consortiumnews.com/2019/09/27/watch-cn-live-tonight-with-katherine-gun-daniel-ellsberg-scott-ritter-ray-mcgovern-on-whistleblowing-the-iraq-war-and-impeachment-8-pm-edt/

[9] https://www.nytimes.com/2002/08/10/world/us-ties-military-aid-to-peacekeepers-immunity.html

[10] https://www.mintpressnews.com/ecuadors-cooperation-bought-imf-loans-washington-waxes-optimistic-assange-extradition/255942/

[11] https://archive.nytimes.com/www.nytimes.com/books/99/06/13/reviews/990613.13crosset.html

Dieser Text wurde zuerst am 26.9.2019 auf Consortiumnews.com unter der URL ‹https://consortiumnews.com/2019/09/26/what-isnt-mentioned-about-the-trump-ukraine-scandal-the-routine-corruption-of-us-foreign-policy/› veröffentlicht. Lizenz: ©Joe Lauria, Consortiumnews.com.

‹http://www.free21.org/?p=32812›

Hongkong - 8. September 2019: Friedlicher Marsch zum amerikanischen Konsulat, der um Hilfe von US-Präsident Donald Trump bittet, indem es den Hong Kong Human Rights and Democracy Act verabschiedet. Banner: Rette HK, rette die Welt! (Quellennachweis für redaktionelle Verwendung: Jimmy Siu / Shutterstock.com)

Hongkong – der neue Systemkonflikt

von Werner Rügemer auf den Nachdenkseiten.de

Jugendliche fordern Menschenrechte, westliche Meinungsmacher sind begeistert, Unternehmer schweigen: Die Haltungen gegenüber den Protesten von Hongkong sind teils unangemessen und lassen die von Kolonialisten dort lange praktizierte Wirtschaftskriminalität außer Acht.

Dieser Text wurde zuerst am 28.8.2019 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=54420› veröffentlicht und nachträglich vom Autor für Free21.org aktualisiert. Lizenz: Werner Rügemer

Autor: Werner Rügemer

Jahrgang 1941, ist ein deutscher Journalist, Publizist und Philosoph. Er ist Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln. und Mitbegründer von „aktion gegen arbeitsunrecht“ und „Gemeingut in BürgerInnenhand“. Zuletzt erschien von ihm „Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure“, 356 Seiten, Köln 2018.

www.werner-ruegemer.de

Die Heritage Foundation, einflussreicher Think Tank von US-Unternehmen, bezeichnete Hongkong im jährlichen Ranking jetzt zum 25. Mal als „freieste Wirtschaft der Welt“ [1] . Doch gemessen an Völkerrecht, Demokratie und den UN-Menschenrechten ist das Gegenteil der Fall. Gerade deshalb ist Hongkong für den moralisch und wirtschaftlich absteigenden Westen eine wichtige Bastion im Kampf gegen den neuen Hauptfeind, die wirtschaftlich erfolgreiche Volksrepublik China.

1997: Die Kolonie wird an China zurückgegeben

1997 musste das britische Commonwealth seine 154 Jahre lang beherrschte Kolonie Hongkong endlich an den rechtmäßigen Eigentümer zurückgeben, zumindest teilweise: Hongkong wurde nach dem Muster „Ein Land, zwei Systeme“ als Sonderverwaltungszone wieder Teil des chinesischen Staates.

„Zwei Systeme“ bedeutet: Die Volksrepublik China ist für Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlich. Sie war sich seit den Reformen unter Deng Xiaoping in den 1980er Jahren im Klaren, dass die verfestigten kolonialen und neoliberalen Verhältnisse nicht übergangslos integriert werden können – und auch die Volksrepublik brauchte die Kronkolonie, die für die Wirtschaft Chinas weiter wichtig blieb. Deshalb wurde die Laufzeit bis zur vollständigen Integration auf 50 Jahre, bis 2047 vereinbart. Kapitalistisches Privateigentum an Unternehmen und Boden sowie neokoloniales Recht

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

bleiben erhalten – der Westen wollte seine einzigartigen Privilegien solange wie möglich bewahren. Die Lebensweise ist weiter „very british" mit Linksverkehr auf den Straßen und Amtssprache englisch – neben der (süd)chinesischen. Die Bürger Hongkongs haben weiter ohne Visumspflicht Zugang zum EU-Shengen-Raum, im Gegensatz zu den Festland-Chinesen. Das 1.200 Mitglieder umfassende Wahlkomitee, ständerechtlich organisiert, ist mehrheitlich von einheimischen und auch ausländischen Unternehmern und Bankern besetzt, z.B. mit Vertretern der größten einheimischen Bank HSBC und des französischen Versicherungskonzerns AXA.

Opium wurde durch die Opiumkriege in China im 19. Jahrhundert zur „Volksdroge". (Foto: Original unbekannt, published by Okinawa Soba (Rob), Flickr.com, CC BY-NC-SA 2.0)

Seit 1843 Bastion der kolonialen „Open door"-Politik

Schon 1699 hatte sich der expandierende Räuber- und Kolonialstaat England auf der chinesischen Halbinsel Hongkong festgesetzt, in Gestalt der British East India Company. Die trieb Handel in ganz Asien und wurde von der chinesischen Regierung geduldet. Seit etwa 1830 exportierte die Handelsgesellschaft Jardine Matheson das in der benachbarten britischen Kronkolonie Indien angebaute Opium nach China. „Exportieren" - das bedeutete Schmuggel. Die chinesische Regierung verbot ihn, auch weil das ursprüngliche Heilmittel Opium durch den massenhaften Verkauf für einen großen Teil der Bevölkerung zum Suchtmittel wurde.

Da riefen die beiden Schmuggelkönige Jardine und Matheos das königlich-britische Militär zu Hilfe. England überfiel China, führte 1839 den ersten „Opiumkrieg", unterwarf den Staat und zwang die Regierung, den Export zu dulden. Der wurde weiter mithilfe einheimischer Warlords und mafiotischer Subunternehmer durchgezogen. England annektierte Hongkong und proklamierte die Stadt 1843 nach Indien ebenfalls als Kronkolonie. Der zweite „Opiumkrieg" mit demselben Ziel und mithilfe weiterer Kolonialmächte unterwarf 1860 China noch weiter, die Kolonie Hongkong wurde erweitert, der Opiumhandel wurde legalisiert. Die Kolonialherren erlegten China die Kosten ihres Opiumkriegs auf. Neben England errichteten noch die USA, Frankreich und Russland Botschaften in Peking und kontrollierten die Regierung, Christen konnten Privateigentum erwerben. Millionen opiumsüchtige Chinesen vegetierten dahin und starben – die Gewinne von Jardine Matheson stiegen jahrzehntelang ins Unermessliche.

Die Engländer bauten Hongkong unter königlichen Gouverneuren nach kolonialem Recht zum Finanz- und Handelszentrum für China und ganz Asien aus. Die Kronkolonie wurde die Bastion für die Durchsetzung der „Open door"-Politik. Chinesische Händler wurden hinaus gedrängt. Das Empire auf der Höhe seiner Macht, nachdem es für die Tigerjagd seiner Offiziere 1860 noch die Halbinsel Kowloon dazu annektiert hatte, erzwang 1898 für 99 Jahre noch die Pacht für weitere Gebiete, so für 235 vorgelagerte Inseln. „Pacht" war ein Euphemismus: England zahlte nie eine Pachtgebühr. 99 Jahre: ebenfalls ein damals üblicher Euphemismus, denn England wollte Hongkong für immer.

Das waren übliche koloniale Praktiken – wie etwa in Guantanamo: der Vertrag der USA mit Kuba war zeitlich befristet, aber erweist sich als ewiger Vertrag. Die USA haben zudem die ursprünglich vereinbarte Nutzung verändert, etwa durch die Einrichtung als Folterlager. Der Vertrag wurde damit auch nach den großzügigsten völkerrechtlichen Interpretationen ungültig [2] . Aber die US-Folterer und McDonald's sind immer noch da, und Siemens soll im Auftrag des Pentagon für 829 Millionen Dollar die Energieversorgung bis 2043 umweltfreundlicher gestalten. [3]

In anderen ehemaligen Kronkolonien Englands, die heute verharmlosend „Überseegebiete" heißen, wie die Britisch Virgin Islands, Belize, die Cayman Islands und in einem weiteren knappen Dutzend, ist Queen Elizabeth II. immer noch das staatliche Oberhaupt, das Vereinigte Königreich ist für Außen- und Sicherheitspolitik zuständig und ernennt den britischen Gouverneur. Ähnliches, in demokratischer Verkleidung, gilt für ein Dutzend US-„Überseegebiete" wie Guam, die Marshall-Inseln, die amerikanischen Jungferninseln, Amerikanisch-Samoa und etwas abgewandelt auch für Puerto Rico.

Die Kronkolonie war noch undemokratischer als die Monarchie im Mutterland: Ohne ein für England ansonsten so gelobtes Parlament von Gnaden der Queen, mit Gouverneur, Militär, Polizei, englischen Richtern und englisch gelenkten Medien; unabhängige Parteien und Gewerkschaften und Arbeiterparteien, die in England legal waren – nichts davon in Hongkong. [4]

20. Jahrhundert: Ausbau zur neoliberalen Freihandelszone

Seit Beginn wurde die Kronkolonie zur antidemokratischen und antikommunisti-

schen Bastion des Westens in Asien, zum Sammelbecken für Händler, Unternehmer, Schmuggler, Kriminelle, Reaktionäre und Vorgestrige aller Schattierungen und aller Nationen. Als Sun Yat-sen 1912 das Feudalregime in China abschaffte und eine bürgerliche Republik nach westlichem Vorbild gründete, waren tausende Feudalherren im befestigten Paradies des britischen Empire mit ihrem Fluchtgeld hochwillkommen. Aufkommende Streiks von rechtlosen Arbeitern – der bekannteste war 1926 – schlug das britische Militär blutig nieder. Nach der Gründung der Volksrepublik China 1949 flüchteten hunderttausende Feudalherren und westlich verbundene Großkapitalisten mit ihrem Reichtum und ihren Familien ebenfalls nach Hongkong.

In den 1960er Jahren unterdrückte die Besatzungsmacht, die notfalls mit Spezialeinheiten vom Flugzeugträger HMS Hermes aus den Ausnahmezustand sicherte, Streiks und Demonstrationen der illegalen Gewerkschaften. Die protestierten gegen Niedriglöhnerei bei 12-Stunden-Tagen, gegen Kinderarbeit, gegen die Verweigerung von Arbeitsverträgen und Sicherheitsmaßnahmen. 5.000 Streikende wurden verhaftet, 2000 zu Gefängnis verurteilt. Menschenrechts-Proteste aus dem Westen? Null.

Deshalb siedelten sich Banken, Konzerne, Berater, Generalkonsulate und Handelskammern seit den 1960er Jahren hier an, aus den USA und den Philippinen, aus Japan, Australien und dem gesamten Westen. Die USA unterhalten hier das größte Konsulat und auch die größte Handelskammer: Sie wurde 1969 gegründet und rühmt sich, „eine der einflussreichsten Wirtschaftsorganisationen im asiatisch-pazifischen Raum“ zu sein. [5] Fast alle EU-Staaten unterhalten hier seit den 1980er Jahren Handelskammern, die größten sind die englische und die französische mit jeweils 750 Unternehmen, die deutsche mit 600 Unternehmen. Daneben sitzt hier noch die Europäische Handelskammer mit Mitgliedern aus 17 EU-Staaten: „Hongkong ist ein idealer Platz für Geschäfte“, hieß es zufrieden einige Wochen vor dem Ausbruch der Proteste. [6]

Unmittelbar geschäftlich, vor allem in leitenden Funktionen, leben in Hongkong etwa 100.000 Briten, 85.000 US-Amerikaner, 60.000 Franzosen, 40.000 Deutsche usw. Hier besteht seit der neoliberalen Globalisierung die größte Bankenkonzentration der Welt, dichter noch als in der City of London: Alle westlichen Großbanken sind vertreten: Aus den USA, aus Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Schweiz, Kanada, Japan, Australien, Südkorea, den Golfstaaten – und Banken und Unternehmen aus China.

Die Unternehmenssteuern sind mit 16,5 Prozent die niedrigsten in der westlichen Welt. Die Währung Hongkong-Dollar ist an den US-Dollar gebunden, die Zentralbank ist praktisch eine Filiale der Federal Reserve. Mit 215 Mrd. US-Dollar an US-Staatsschulden gehören Hongkonger Spekulanten nach Japan und China zu den größten Gläubigern der westlichen Supermacht.

Der größte Konzern: Jardine Matheson Holdings

Der größte Konzern ist bis heute, ununterbrochen seit 187 Jahren, Jardine Matheson. Kontrolliert wird er von der Keswick-Familie, direkte Nachfahren des Gründers William Jardine.

Mit den Gewinnen aus dem Opium-Schmuggel wurde ein weit verzweigter Mischkonzern aufgebaut: Zur Holding gehören Hotel- und Einzelhandelsketten, Banken, Finanzdienste, Transportlogistik, Medien, Immobilien, Tourismus einschließlich Kreuzfahrtschiffen sowie Anteile an der Hongkong and Shanghai Banking Corporation (HSBC), der größten Bank vor Ort, am größten US-Rohstoffhändler Glencore, aber auch an chinesischen Konzernen wie dem Hafenbetreiber COSCO.

Der öffentlich so gut wie unbekannte und auch bei Berichten über die Proteste in Hongkong nie genannte Konzern ist weltweit präsent. Jardine Matheson ist z.B. der größte Aktionär der Rothschild-Bankengruppe, die seit ihrem erneuten Aufstieg unter Margret Thatcher von London aus in 44 Staaten zum wichtigsten Privatisierungsberater europäischer und asiatischer Regierungen und zum Berater für Unternehmensfusionen aufstieg – weswegen u.a. Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder nach seinem Amtsende in den Rothschild-Beirat berufen wurde (während

Grafik: Karte von Hongkong und den vorgelagerten Inseln (dem Territorium der ehemaligen britischen Kronkolonie Hongkong), commons.wikimedia.org, public domain.

deutsche Leitmedien nur Schröders Funktion beim russischen Konzern Gazprom anprangern). [7] Rothschild mit seinen Krediten etwa für die westlich betriebenen Eisenbahnlinien, mit denen der Handel erweitert wurde, war auch im kolonial besetzten China Teil des „britischen Imperialismus“, so der US-Finanzhistoriker Niall Ferguson. [8]

Der Mischkonzern hat 460.000 Beschäftigte, verteilt auf Hongkong und alle asiatischen Länder. Man sitzt selbst in der größten westlichen Finanzoase, aber das reicht nicht: Das Unternehmen hat seinen operativen Sitz in Hongkong, besteht nach britischem Wirtschaftsrecht und hat seinen Steuersitz in der karibischen Finanzoase Bermuda, einem immer noch britisch annektierten „Überseegebiet“.

Die größte Bank: HSBC

Die Hongkong and Banking Corporation (HSBC) wurde 1865 in Hongkong gegründet und wurde der wichtigste Kreditgeber für den westlichen Handel mit China und lange Zeit für das Reich der Mitte selbst. Ihren größten operativen Sitz hat sie heute hier im 178 Meter hohen Tower an der feinen Adresse 1, Queens Road. Ihre Zentrale musste sie aber 1959 wegen des Aufkaufs von Banken in Großbritannien nach London verlegen. Als größte Bank in Hongkong ist sie mit 255.000 Beschäftigten zugleich die größte Bank Europas.

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

HSBC betreibt vier Filialen auf der Hauptinsel Hongkong, fünf im dazugehörigen Kowloon und zwei auf benachbarten Inseln, dazu 6.000 Filialen in 70 Staaten auf allen Kontinenten. Es werden die „westlichen Werte“ des deregulierten Finanzzentrums Hongkong und des deregulierten Finanzzentrums City of London vertreten. Das hindert nicht, dass populistisch auch die islamistische Tochtergruppe HSBC Amanah weltweit islamisches Publikum umwirbt.

Mit den Gewinnen in Hongkong kaufte HSBC nicht nur Banken in Großbritannien auf, sondern z.B. auch in den USA und Frankreich. In Deutschland sicherte man sich die feine elitäre Bank Trinkaus & Burkhardt in Düsseldorf: Dort residierte mit dem FDP-Granden Otto Graf Lambsdorff einer der großen illegalen Parteifinanziers der Bundesrepublik, wegen Steuerhinterziehung verurteilt, und dort amtet als Nachfolger im Aufsichtsrat der CDU-Politiker Friedrich Merz, der von den illegalen Cum-Ex-Geschäften der Bank nichts gemerkt hat und deshalb geeignet war, von BlackRock als Vorsitzender des BlackRock-Aufsichtsrates Deutschland berufen und belohnt zu werden.

2012 zahlte HSBC in den USA 1,9 Mrd. Dollar Bußgeld wegen Finanzierung von Terroristen und Drogenhändlern (weil es die falschen waren). In der Schweiz wurde die Bank als „kriminelle Organisation“ eingestuft, wegen Delikten ähnlicher Art, einschließlich der Finanzhilfen für Diktatoren [9] . Die Süddeutsche Zeitung bezeichnete die Bank als „Tresor der Mächtigen und Verschwiegenen“ (SZ 9.2.2015). In Hongkong bleibt so etwas strafloses business as usual.

Die HSBC wird von den Finanzaufsichten des Westens zu den 29 „systemrelevanten“ Banken gezählt. Sie kann also auch kriminell und spekulativ überdrehen - mit der Gewissheit, auf Staatskosten gerettet zu werden.

Reichster Oligarch: Li Ka-shing

„Die 21 reichsten Hongkonger“, so die FAZ, weisen offiziell 206,3 Milliarden Euro Eigentum aus [10] . Sie sind wie die Kewicks und die Wok-Brüder meist zugleich die größten Immobilien-Tycoons.

Skyline von Central, dem Bankenviertel von Hongkong. Foto: WiNG, de.wikipedia.org, CC BY-SA 3.0.

Der wichtigste Multimilliardär und bekannteste Oligarch ist Li Ka-shing. Der Chef des weltweit aktiven Mischkonzerns CK Hutchison steht an 23. Stelle der reichsten Menschen der Erde. Großimmobilien und Internet Service Provider in Hongkong gehören zum Imperium, Einzelhandel, Getränkeherstellung, Anteile am größten US- Versicherungskonzern AIG sowie an den wichtigsten Containerhäfen wie Hongkong selbst, Rotterdam, Panama und den Bahamas. Die Oligarchen sind miteinander vielfach vernetzt, so ist Jardine Matheson auch an CK Hutchison beteiligt. Der Konzern mit seinen zahlreichen Tochtergesellschaften und 323.000 Beschäftigten bestreitet ein Drittel der Marktkapitalisierung an der Börse von Hongkong. Seinen rechtlichen und Steuersitz hat der Konzern auf den Cayman Islands.

In Deutschland wurde Li Ka-shing bekannt (und bald wieder vergessen), als er 2000 den Kauf der Telekommunikationssparte von Mannesmann durch den englischen Konzern Vodafone korruptiv beförderte. Als Miteigentümer von Vodafone zahlte er an den Mannesmann-Vorstandschef Klaus Esser 30 Millionen Euro Schmiergeld als „Anerkennungsprämie“, der Aufsichtsrat unter Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann steuerte weitere Millionen für Vorstand und Aufsichtsrat bei – der Kauf ging über die Bühne. Der Hongkonger Drahtzieher verdiente Milliarden; angeklagt vor Gericht wurde das Hilfspersonal in Deutschland, so Esser, Ackermann und der Vorsitzende der IG Metall, Zwickel. [11]

CK Hutchison mischt von der Öffentlichkeit unbemerkt in der Infrastruktur der EU mit, so als Eigentümer des Telekommunikationsunternehmens Vivacom in Bulgarien. In Deutschland gehören dazu etwa 40 Prozent an der Drogeriekette Rossmann, die hier wie CK Hutchison in Hongkong extrem die internationale Niedriglöhnerei organisiert. [12]

Der Medienmogul: Jimmy Lai

Jimmy Lai, der anglisierte Name des geflüchteten Festland-Chinesen Lai Chae-Ying, machte seit den 1980er Jahren seine ersten Millionen durch den Aufbau einer Kette für Billigtextilien, vor allem T-Shirts, die von Niedrigstlöhnern in Hongkong und in sweat shops diverser asiatischer Staaten wie Bangladesh produziert und auch in die USA exportiert wurden.

Inzwischen gehört ihm vor allem der Medienkonzern Next Digital. Emotionsgeladene Schnell- und Kurzbotschaften sind die Spezialität, auch als „Paparazzi-Journalismus“ bezeichnet. Dazu gehören kostenlos vertriebene, mit Sensationsberichten und Werbung vollgestopfte Medien. Bekannt ist Apple Daily, das auch in Taiwan verbreitet wird. Lai hält die Verbindung zu dieser Insel, die ebenfalls zu China gehört, auf die sich ein anderer Teil der von Mao Tse Tung entmachteten Feudalklasse geflüchtet hatte und die von den USA als diplomatisch nicht anerkanntes Sondergebiet alimentiert wird. Lai hält hier auch Anteile an Elektronikfirmen. Auch er hantiert von der Finanzoase Hong-

kong aus mit anderen Finanzoasen, wobei er die British Virgin Islands bevorzugt.

Dieser westliche Vorzeige-Demokrat sponsert die Demokratische Partei des Rechtsanwalts Martin Lee. Der organisiert in Hongkong seit Jahren Protestbewegungen gegen China, nachdem er wie Lai selbst mit der britischen Kolonialverfassung immer zufrieden war und an Demokratie kein Interesse gezeigt hatte.

Weltweit vernetzte Steueroase

Wie die Steuersitze von Jardine Matheson, CK Hutchison und Lai zeigen, ist Hongkong nicht nur selbst eine Steueroase, sondern der Mittelpunkt eines Steueroasen-Netzes. So ist etwa auch die heutige Filiale der Rothschild-Bank in Hongkong keine Tochtergesellschaft der Bankzentralen in London und New York, sondern eine Tochtergesellschaft der Rothschild-Tochter in der Finanzoase Schweiz.

So sind in Hongkong auch Banken aus allen wichtigen Finanzoasen wie Liechtenstein, Luxemburg, und der Niederlande vertreten. Eine besonders enge Vernetzung besteht mit den englischen „Übersee-Territorien", den ehemaligen Kolonien, die unter britischer Oberhoheit zu Finanzoasen ausgebaut wurden und darin ihre Staatsraison finden, so die British Virgin Islands, Gibraltar, Belize, Jersey, Isle of Man und St. Vincent.

Ebenso sind die Big Four der Wirtschafts"prüfer", also Price Waterhouse Coopers (PWC), KPMG, Ernst & Young und Deloitte hier mit großem Personal vertreten, PWC beispielsweise mit 600 Partnern (Miteigentümern) und 17.000 der weltweit 250.000 Beschäftigten. Steuer"gestaltung" für Konzerne und superreiche BlackRock- und Blackstone-Kunden, also das Herausfinden der jeweils günstigsten Finanz- und Steueroase, ist neben der Bilanzprüfung ihr zweiter, lukrativer Geschäftsbereich, der in Hongkong eine besondere Rolle spielt. Sie konstruieren die kaskadenartig auf mehrere Finanzoasen hintereinander geschalteten Briefkastenfirmen. [13]

Hongkong hat unter seinen sieben Millionen Einwohnern die größte Dichte an Superreichen: 170.000 Millionäre sind hier ansässig, so der letzte Global Wealth Report der Schweizer Steuerhinterziehungshilfe-Bank Crédit Suisse. Es können auch viel mehr sein, denn für das globale Verstecken von Eigentumsrechten an Unternehmen und an Luxus- und Geschäftsimmobilien steht hier das Instrumentarium bereit.

EU und OECD führen schwarze und graue Listen der Steueroasen, deren Praktiken bekämpft werden sollen. Diese Listen beinhalten solche Finanzoasen, die für die Steuerflucht von Individuen und Kleinkriminellen die einschlägigen Dienste anbieten wie die größte unter ihnen, die Schweiz. Aber in den Listen fehlen gerade alle Finanzoasen, die für große Konzerne, Banken und Kapitalorganisatoren wie BlackRock und Blackstone ihre Dienste anbieten, so Delaware/USA sowie Luxemburg, die Niederlande, Irland [14] – und Hongkong.

Banken- und Finanzkriminalität

Professionelle Finanzkriminalität wurde als Standortvorteil ausgebaut, Verurteilungen wegen Unternehmenskriminalität gibt es nicht. Die Finanzaufsicht ist bestenfalls symbolisch.

Das konstatiert auch die international tätige Wirtschaftskanzlei Rödl & Partner: Für Wirtschafts- und Finanzkriminalität, etwa für rechtswidrige Überweisungen „stellt Hongkong mit seinem wirtschaftsfreundlichen Bankenumfeld und extrem liberalen Wirtschaftssystem einen gefundenen Nährboden" dar. [15]

Die Kanzlei, die viele deutsche Unternehmen berät, fügt hinzu: „Die unkomplizierte Gründung und Schließung von Gesellschaften sowie hohe Transaktionsvolumina sind für eine internationale Handelsmetropole nichts Ungewöhnliches. Viele der in der VR China ansässigen Täter, die in Hongkong über Scheingesellschaften und Bankkonten verfügen, nutzen den vorbezeichneten Status und die räumliche Nähe zur Volksrepublik für ihre kriminellen Zwecke aus. In der Regel verbleiben die betrügerisch vereinnahmten Gelder nur kurze Zeit in Hongkong, bevor sie dann anschließend sternförmig auf Konten in Hongkong, aber meist ins Ausland – mit Schwerpunkt in die VR China – weiterverteilt werden – ein Umstand, der die Rechtsverfolgung zusätzlich erschwert."

Menschenrechte in Hongkong

Westliche Regierungen und Leitmedien unterstützen in Hongkong die von den Protestbewegungen erhobenen Forderungen nach Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Doch diese Unterstützung ist heuchlerisch. Zunächst: Während der gesamten Zeit Hongkongs als britische Kronkolonie wurden diese Rechte verletzt – das wurde vom Westen nicht kritisiert. Hongkong ist auch seit der Rückgabe an China 1997 keine parlamentarische Demokratie und kein demokratischer Rechtsstaat: Gerade darauf haben Großbritannien und der gesamte Westen zum eigenen Vorteil bestanden. Auch wiederkehrende Proteste seit den 1960er Jahren gegen den unmenschlichen Wohnungsnotstand und Forderungen für bessere Arbeitsbedingungen wurden nicht unterstützt. [16] Die etwa 380.000 weiblichen Haushaltshilfen, darunter viele aus den Philippinen, haben 16-Stunden-Tage, sind weitgehend rechtlos, oft wegen Vermittlungsgebühren überschuldet, schlecht bezahlt, müssen im Haushalt der Arbeitgeber wohnen (oft ohne eigenes Zimmer) und müssen zwei Wochen nach Ende des Vertrags aus Hongkong verschwunden sein. Sie protestieren seit Jahren jeweils sonntags, wenn sie raus dürfen – Unterstützung aus dem Westen? [17]

Alle westlichen Staaten, allen voran die USA und alle EU-Staaten, die in Hongkong mit Banken, Konzernen, Beratern und Generalkonsulaten präsent sind, lehnen prinzipiell die weltweite Geltung der Sozial- und Arbeitsrechte als Menschenrechte ab, die von der UNO und der Internationalen Arbeitsorganisation ILO beschlossen wurden. Gegenwärtig bekräftigt die „westliche Wertegemeinschaft" dies beim Binding Treaty: 2013 beschloss die UN-Generalversammlung auf Initiative von 85 Mitgliedstaaten, dass die Ausarbeitung eines verbindlichen Vertrages zu Wirtschaft und Menschenrechten eingeleitet wird: In den internationalen Produktions- und Lieferketten sollen Unternehmen die Menschenrechte einhalten. 2014 legte der UN-Menschenrechtsrat eine entsprechende Resolution vor. Die Neinstimmen kamen von den Staaten, die auch in Hongkong dominieren: USA, Deutschland mit allen vertretenen EU-Staaten, Japan,

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

Slums in Hongkong. Foto: SleepyCats, Pixabay.com, CC-0.

Australien, Südkorea – übrigens: China zusammen mit den anderen BRICS-Staaten Brasilien, Indien, Russland und Südafrika stimmte der Resolution zu. [18]

Sogar die bürgerlichen Menschenrechte wie die jetzt in Hongkong hochgehaltenen Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit lehnen die westlichen Banken, Konzerne, Berater und Staaten überall auf der Welt als verbindlich ab und verletzen sie bei Bedarf:

*Das gilt etwa für die Golfstaaten wie Katar, in denen insbesondere Wanderarbeiter massenhaft in sklavenähnlichen Verhältnissen zugunsten westlicher Unternehmen beschäftigt und festgehalten werden. Sie dürfen keine unabhängigen Assoziationen bilden und nicht streiken; [19]

*es gilt in der Türkei, in Indien und Südamerika, wo deutsche Konzerne, auch solche mit staatlicher Beteiligung wie die Deutsche Post DHL es kommentarlos und klammheimlich nutzen, dass streikende Gewerkschafter verhaftet werden; [20]

*es gilt in südeuropäischen Agrarindustrie-Zonen wie Italien und Spanien, wo die EU Mafia-durchsetzte Agrarunternehmen subventioniert; [21]

*es gilt in den USA, wo die Ausbeutung der zugleich diskriminierten illegalen WanderarbeiterInnen am verbreitetsten überhaupt ist und wo westliche Konzerne, auch die führenden deutschen Automobilkonzerne wie VW und BMW „vor allem dort investieren, wo selbst nach US-Standards die Arbeitnehmerrechte am schwächsten und die anti-gewerkschaftlichen Lobbyisten in Politik und Wirtschaft am stärksten sind, nämlich in den Südstaaten der USA“ und wo weder nach deutschem noch nach US-Recht eine Belegschaftsvertretung gewählt werden konnte. [22]

Alle genannten westlichen Staaten lehnen in allen ihren Freihandelsverträgen wie TTIP, TISA, JEFTA und den Economic Partnership Agreements (EPA) der EU mit afrikanischen Staaten die Verankerung von verbindlichen demokratischen, bürgerlichen sowie Sozial- und Arbeitsrechten ab. Ebenso lehnen sie bekanntlich das urdemokratische Grund- und Menschenrecht auf Gleichheit vor dem Gesetz ab. [23]

China braucht Hongkong immer weniger

Die Herren der Kronkolonie stiegen auf und wurden reich durch legale, halblegale, illegale, immer straflose Geschäfte in den ärmeren Staaten Asiens. Das galt besonders unter allen Regierungsformen im großen und unterentwickelten Land China, vom Feudalismus über die kurze bürgerliche Republik des Sun Yat-sen und die US-geförderte Diktatur des Generalissimus Tschiang Kai-shek bis 1949.

Auch das sozialistische China unter Mao Tse-tung konnte sich den engen traditionellen Beziehungen nicht entziehen. Das hatte auch positive Seiten: Bei allen von den USA organisierten Boykotten, etwa ab 1949 mithilfe der CoCom-Liste verbotener Technologie – Hongkong half bei der Umgehung, vermittelte Kredite, lieferte Waren und Geräte. Das nahm noch zu, als China seit den 1980er Jahren gezielt westliche Unternehmen ins Land holte – General Motors, VW, Nissan, Renault, Siemens, IBM, Bayer, Apple, Microsoft, Foxconn, Mittelständler und hunderttausend weitere. Mit ihnen kamen westliche Banken, Händler und Berater nach Hongkong, und auch die einheimischen Clans der Kronkolonie weiteten ihre Geschäfte mit China aus – die Volksrepublik war darauf angewiesen, auch weil die USA die Aufnahme der Volksrepublik in die WTO verhinderten, bis 2001.

Doch das geht nun in der Tendenz schrittweise zu Ende. Als der Status als britische Kronkolonie 1997 beendet wurde, hatten die USA die Mitgliedschaft Chinas in der Welthandelsorganisation WTO noch verhindern können. So liefen die wachsenden Exporte Chinas formell über Hongkong. Zölle und andere Handelshemmnisse konnten umgangen werden. Als Chinas WTO-Mitgliedschaft 2001 nicht mehr verhindert werden konnte, wurde noch die Hälfte der Exporte über Hongkong abgewickelt – aber heute sind es weniger als 12 Prozent. [24]

Zudem: China verfügt mittlerweile über die vier größten Banken der Welt und über international tätige Investmentbanken. Die chinesischen Börsen in Shanghai und Shenzen haben inzwischen eine Marktkapitalisierung, die doppelt so hoch ist wie die in Hongkong. An der Shanghaier Börse wurde eine neue Abteilung für Technologie-Unternehmen eröffnet. Sogar New York bemühte sich – jedenfalls vor dem unter Präsident Trump begonnenen Handelskrieg –, dass chinesische Konzerne wie Alibaba ihren Börsengang in den USA organisieren. Die chinesische Währung Renminbi wird inzwischen auch in anderen Finanzzentren anerkannt. Die neueren wichtigen Kapitalorganisatoren wie Blackrock und Fidelity gehen nicht nach Hongkong, sondern erhielten 2016 ihre Lizenzen als Fondsmanager in Shanghai. [25]

„Chinas Abhängigkeit von Hongkong ist vorbei“, das erkennt man auch in westlichen Leitmedien. [26] Die einheimischen wie ausländischen Geschäftemacher Hongkongs haben sich zu lange und zu selbstsicher auf ihren alten Supergewinnen und einzigartigen Privilegien ausgeruht, genauso wie gegenüber Festland-China [27] – das ist ja das Muster im US-geführten Westen überhaupt, aber in Hongkong noch extremer ausgeprägt.

Auslöser der Proteste: Auslieferungsgesetz

Nachdem die Regierung von Hongkong 2019 den Entwurf des Auslieferungsgesetzes für 27 Straftaten wie Mord, vor allem aber für das breite Spektrum der Unternehmenskriminalität wie Bestechung und Bestechlichkeit, Steuerhinterziehung, Betrug und Insidergeschäfte plante, bekräftigte das State Department die US-Position:

Das Extradition Law, wonach Straftäter, die China von Hongkong aus geschädigt haben, an die Volksrepublik ausgeliefert werden können, untergrabe Hongkongs Autonomie, schädige den Finanzplatz und unterwerfe US-Bürger in Hongkong der chinesischen Justiz.

Die kommunistische Staatsführung bekämpft aber schon seit Jahren verstärkt die systemischen kapitalistischen Formen der Unternehmenskriminalität auf dem Festland: Und mit dem geplanten Auslieferungsgesetz „könnte fast jeder Hongkonger Geschäftsmann theoretisch ins Visier der chinesischen Justiz geraten", erkennt realistisch auch die FAZ, die ansonsten die Menschenrechtsbewegung in den höchsten Tönen lobt. [28]

China will die Herrschaft des Rechts durchsetzen, gegen chinesische wie ausländische Unternehmer, Banker, Manager und Berater. Die Herrschaft des Rechts, rule of law, ist eigentlich ein fundamentaler „westlicher Wert", den aber der Westen selbst weniger denn je einhält, sondern diese permissive Praxis und das rechtliche Vollzugsdefizit auf dem Gebiet von Unternehmen und Banken [29] auch in Hongkong verbissen verteidigt. Genauso bekämpft die von christlichen und liberalen Parteien gestützte deutsche Unternehmenslobby die Einführung eines modernen Unternehmens-Strafrechts. [30]

Gegen Völkerrecht und Verfassung: Hongkong soll westliche Kolonie bleiben

Trotz oder gerade wegen der schwindenden Bedeutung des „freiesten Wirtschaftsgebietes der Welt" für China halten die westlichen Meinungs- und Politikmacher die gefakete Fahne von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten hoch. Jetzt erst recht. Keine Region der Welt unter westlichem Einfluss ist immer noch so eng vernetzt mit dem chinesischen Festland. Deshalb schuf der Westen für die Aufrechterhaltung des traditionellen Einflusses vor der Übergabe 1997 an die Volksrepublik zusätzliche Instrumente.

Während der vieljährigen Verhandlungen baute der US-Kongress schon mal vor. 1992 beschloss er mit dem Hongkong Policy Act: Die USA werden die Freihandelszone immer als unabhängig behandeln und nie als Teil der Volksrepublik China anerkennen. Das verletzte den Beschluss der UNO-Vollversammlung von 1972, wonach die britische Besetzung völkerrechtswidrig ist und beendet werden muss. Die USA unterhalten neben den diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik weiter eine Sonderbeziehung zu Hongkong und lassen über die Sonderverwaltungszone laufend gegen China ermitteln, etwa wegen behaupteter Spionage. [31] Das verletzt damit tendenziell das Grundgesetz (basic law) von Hongkong. Es besagt in Artikel 1: „Die Sonderverwaltungszone ist ein unveräußerlicher (inalienable) Teil der Volksrepublik China".

Bereits seit 1995 finanziert die zivile CIA-Vorfeldorganisation National Endowment for Democracy (NED) [32] den Hongkong Human Rights Monitor (HKHRM). Dessen Initiatoren hatten zu allen Verletzungen von Menschenrechten, auch der Rechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit und gegen das Fehlen der Arbeitsrechte zuvor nie protestiert: Gerade das qualifizierte sie zu den neuen Vertretern der Menschenrechte. Von 1995 bis 2013 flossen aus Washington zwei Millionen US-Dollar, allein im Jahr 2018 floss eine halbe Million an diverse neue Oppositionsgruppen. [33] Die FAZ konstatiert das nebenbei als normale US-Praxis, bezeichnet aber die Behauptung, die Bewegung sei fremdgesteuert, als „Verschwörungstheorie". [34]

Anfang August 2019 traf sich die Diplomatin Julie Fadeh vom Hongkonger Generalkonsulat der USA mit Führern der Protestbewegung, auch mit dem danach in Washington und Berlin von den Regierungen hofierten Joshua Wong. Zur gleichen Zeit wollten zwei US-Kriegsschiffe, die USS Lake Erie und USS Green Bay, da sie mit der Pazifikflotte sowieso in der Gegend unterwegs waren, mal eben nebenbei im Hafen von Hongkong einen „Zwischenstopp" einlegen, mit oder ohne Zustimmung von Präsident Trump – die chinesische Regierung verbot es. [35] „Man stelle sich vor", kommentiert der französische Blog Voltaire.net, „chinesische Diplomaten hätten sich in New York mit Führern von Occupy Wall Street getroffen." [36] Man stelle sich ebenfalls vor: Zwei chinesische Kriegsschiffe wollten während der Occupy Wall Street-Proteste mal eben an der Freiheitsstatue vorbei im Hafen von New York einen Zwischenstopp einlegen!

Großbritannien hatte sich mit einem Jahrzehnt Verzögerung, erst 1982, auf Verhandlungen zur Rückgabe eingelassen. Vor der Rückgabe bis 1996 verteilte die britische Regierung 3,4 Millionen Reisepässe an ausgewählte Hongkonger Bürger.

Medienmogul Jimmy Lai, der ebenfalls die Proteste unterstützt und finanziert, wurde Anfang Juli 2019 in Washington als Vertreter der Demokratiebewegung von US-Vizepräsident Mike Pence, Sicherheitsberater John Bolton und State Department-Chef Michael Pompeo empfangen. [37] Wikileaks hatte schon zum Mißfallen von US-Präsident Barack Obama enthüllt, dass Lai und die CIA zusammenarbeiten.

Deshalb verletzen auch die Demonstranten das in Hongkong geltende Grundgesetz, wenn sie – zudem teilweise mit US- und Hongkongs britischer Kolonialflagge – die Unabhängigkeit der Sonderverwaltungszone fordern. Die chinesische Regierung sieht deshalb die Sicherheit des Landes bedroht. Mithilfe der App HKmap.life hatten z.B. gewalttätige Protestler in Hongkong in Echtzeit die Standorte der Polizei verfolgen und dort Verwüstungen anrichten und chinesische Bewohner schlagen können, wo die Polizei gerade nicht war. Der US-Konzern Apple hatte diese App zur Verfügung gestellt. Als Apple von der chinesischen Regierung erwischt und aufgefordert wurde, die App zu löschen, erklärte der Konzern: Ja, die App hat Gesetzesverstöße ermöglicht. Apple löschte die App. [38]

Auch die deutsche Regierung erweist sich als serviler Helfer. „Seit Mai 2018 genießen zwei Männer in Deutschland Asyl für Personen, die in Hongkong in der Nacht vom 8. auf den 9. 2.2016 festgenommen worden waren, weil sie sich an blutigen Ausschreitungen im Distrikt Mong Kok beteiligt hatten. Dort hatten mehrere hundert Personen Polizisten mit Flaschen und Steinen angegriffen, Fahrzeuge in Brand gesteckt und mehr als 80 Beamte verletzt. Die zwei Männer gehören der Organisation Hong Kong Indigenous an, die die Stadt von China abspalten will." [39] Dass auch der FDP-Vorsitzende Lindner sich in Hongkong mit der Demokratischen Partei trifft und sich um die Menschenrechte von Bankern sorgt, während er in Deutschland eine neue Agenda 2010 mit neuen Hartz-Gesetzen fordert und die entsprechenden Menschenrechte mit Füßen tritt, gehört zum widerlichen internationalen Erscheinungsbild Deutschlands.

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

Protestgründe: Wohnungsnot, niedrige Einkommen, Rezession

Hongkong ist mit seinen auf der Insel verdichteten Bürotürmen für die westlichen Vertretungen und mit Wohnungskomplexen der teuerste Immobilienstandort der Erde. Auch die Preise für Luxusapartments und Eigentumswohnungen und die Mieten gehören weltweit zu den höchsten. Da steckt zudem viel Schwarzgeld aus Hongkong selbst und aus aller Welt – nicht zuletzt aus China drin. Auch in diesem Milieu verbreitet sich Angst vor rechtsstaatlichen Ermittlungen.

Der extreme Reichtum hat als Kehrseite die extreme Armut bei einheimischen abhängig Beschäftigten und ihren Kindern, bei Rentnern und Alten sowie bei den zehntausenden philippinischen Haushaltshilfen verursacht: „Penthouse-Paradiese für Milliardäre und Käfigwohnungen für die Massen.“ [40] Über die teuren Wohnkäfige mit zwei Kubikmetern Wohnraum für die hunderttausenden Wohnungslosen wird seit langem international berichtet. Aber westliche Proteste gegen die Verletzung des Menschenrechts auf menschenwürdiges, sicheres Wohnen: Null.

Die von den digitalen, gedächtnislosen Medien des Jimmy Lai und über Facebook, Telegram und Twitter kurz und heftig vernetzten Studenten, Schüler, jungen Angestellten der Banken, Dienstleister und Konzerne sehen ihre Zukunft schwarz. Die Normalarbeitszeit für einfache Arbeiter und Angestellte in der „freiesten Wirtschaft der Welt“ beträgt 55 Stunden pro Woche. Mit einem Monatsgehalt können auch besser bezahlte Angestellte bestenfalls die Miete bezahlen: Das durchschnittliche Monatsgehalt liegt bei 17.500 Hongkong-Dollar, die Durchschnittsmiete für ein Einzimmer-Apartment beträgt 16.500 Hongkong-Dollar. So zitiert die FAZ einen 24-jährigen Bankangestellten: „Viele von uns sehen keine Zukunft mehr. Wir werden uns nie eine Wohnung leisten können.“ [41]

Die Oligarchen und Superreichen Hongkongs sind mit ihrem, vom Westen geförderten freien Handeln schuld an Niedriglöhnen, exzessiven Mietsteigerungen und sozialem Elend. Sie ebenso wie die westlichen Profiteure der „freiesten Wirtschaft der Welt“ freuen sich klammheimlich, dass die Wut sich gegen die Volksrepublik richtet. Die wiederum ist noch nicht ganz unabhängig von der Sonderwirtschaftszone, will aber 2047 auch keine neoliberale Wüste übernehmen.

Westliche Unternehmen produzieren und nutzen weltweit Niedriglöhnerei, Armut und Unrechtsverhältnisse, in Hongkong seit fast zwei Jahrhunderten in extremer Form. Die westliche Meinungsmache lobt und fördert die Menschenrechte der Versammlungs- und Meinungsfreiheit der protestierenden Jugend, aber nicht deren Menschenrechte auf auskömmliches Arbeitseinkommen und sicheres Wohnen. Gerade im Kampf gegen den neuen Hauptfeind ist demagogisch jedes Mittel recht.

Die Volksrepublik China, gestützt auf ihre innere Entwicklung mit steigenden Löhnen und neuen modernen Wohnstädten und in Übereinstimmung mit der international militärisch defensiven Haltung, praktiziert Geduld. Zeit und Entwicklungslogik sprechen für China und gegen den Westen. In diesem geopolitischen Konflikt stoßen zwei Wertewelten aufeinander – ein aufschlussreicher und bedeutsamer Konflikt für die Zukunft von Freiheit, Demokratie, Völkerrecht und Menschenrechten.

Quellen:

[1] heritage.org/index/ranking

[2] Der Pachtvertrag zwischen Kuba und den USA über Guantanamo, Deutscher Bundestag / Wissenschaftliche Dienste, 2006, WD 2-135/06

[3] Siemens: Lukrativer Auftrag in Guantanamo Bay, manager maganzin 26.7.2019

[4] Zur Geschichte der Kronkolonie Hongkong siehe Wolfgang Reinhard: Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415 – 2015. München 2016, S. 825ff.

[5] https://www.amcham.org/hk, 29.7.2019

[6] https://www.eurocham.com/hk 20.3.2019

[7] Werner Rügemer: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Köln 2018, S. 132ff.

[8] Niall Ferguson: The House of Rothschild. The World's Banker 1849 – 1999, New York 2000, S. 295

[9] Die Schweizer HSBC-Tochter wird die Vergangenheit nicht los, Neue Zürcher Zeitung 10.2.2015

[10] Hongkonger protestieren auch wegen Geld, FAZ 17.8.2019

[11] Ackermann lächelt, Esser triumphiert, Spiegel online 31.3.2004; Esser, Ackermann und Zwickel wurden freigesprochen.

[12] Rossmann-Drogerie: Warum wurde das Unternehmen für den Schwarzen Freitag den 13. Januar 2017 nominiert? aktion.arbeitsunrecht.de

[13] Werner Rügemer: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Köln 2018, S. 27ff. und 217ff.

[14] Liste mit Loch, Der Spiegel 24.8.2019, S. 63

[15] CEO-Fraud durch Social Engineering in Hongkong, https://www.roedl.de/themen/hongkong-ceo-fraud-social-engineering, abgerufen 25.8.2019

[16] „That one day is all you have“: how Hong Kong's domestic workers seized Sunday, The Guardian 10.7.2017

[17] Hans Ladegaard: The Discourse of Powerlessness and Repression. Life stories of domestic migrant workers in Hong Kong, Abington 2016

[18] Stop Corporate Impunity: Treaty on Transnational Corporations and their Supply Chains with Regards to Human Rights, October 2017 edition

[19] UNI Global Union/ITUC/CSI/IGB: Unternehmerische Verantwortungslosigkeit. Weltweite Arbeitspraktiken von Deutsche Post DHL, 2012

[20] DHL und Telekom als Union Buster im Ausland, www.arbeitsunrecht.de 4.6.2012

[21] Europas dreckige Ernte, ARD/die story 9.7.2018

[22] Deutsche Unternehmen lassen die Mitbestimmung zuhause, IG Metall Extranet 18.4.2018

[23] CETA, TTIP, TiSA, JEFTA & Co – Gefahren für die Demokratie abwenden, lobbycontrol.de/schwerpunkt/ttip/

[24] Why China No Longer Needs Hong Kong, New York Times 3.7.2019

[25] Werner Rügemer: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure. Köln 2018, S. 270

[26] Why China No Longer Needs Hong Kong, New York Times 3.7.2019

[27] China eyes HongKong more as rival, not an indispensable ally, Financial Times 7.8.2019

[28] Ein Land, zwei Justizsysteme, FAZ 11.6.2019

[29] Werner Rügemer: Arbeitsverhältnisse – Unternehmer als ungestrafte Rechtsbrecher, in: Klaus-Jürgen Bruder u.a. (Hg.): Gesellschaftliche Spaltungen. Gießen 2018, S. 207 - 222

[30] Verbände laufen Sturm gegen Unternehmenssanktionen, Handelsblatt 22.10.2018

[31] Hong Kong Policy Reevaluation Act of 2019, congress.gov/bill/116th-congress

[32] Werner Rügemer: Leitmedien als Instrumente der Inszenierung, www.nachdenkseiten.de 7.6.2019

[33] Proteste in Hongkong, German Foreign Policy 14.8.2019

[34] Die Legende von der Fremdsteuerung, FAZ 13.9.2019

[35] China verbietet US-Kriegsschiffen die Einfahrt nach Hongkong, Spiegel online 14.8.2019

[36] The British and the „colorful revolution in Hong Kong, https://www.voltairenet.org 12.8.2019

[37] Hong Kong media tycoon Jimmy Lai meets US no.2 Mike Pence and Secretary of State Pompeo to discuss extradition bill, Hong Kong Free Press 10.7.2019

[38] Apple caves in to Beijing and blocks app used by Hongkong protesters, Financial Times 11.10.2019

[39] Proteste in Hongkong, German Foreign Policy 14.8.2019

[40] Massenproteste in Hongkong, Nachdenkseiten 20.8.2019

[41] Hongkonger protestieren auch wegen Geld, FAZ 17.8.2019

‹http://www.free21.org/?p=32818›

Momentaufnahme des Meereises, September 2010. (NASA Goddard Space Flight Center/Flickr, CC BY 2.0)

Nur aufgeklärter **Kollektivismus** kann uns noch retten

von Caitlin Johnstone

Wir erleben ein massives Aussterben und auch der größte Individualismus wird das nicht aufhalten können, schreibt Caitlin Johnstone.

Der Individualismus kann die Menschheit nicht vor den Krisen schützen, in denen sie sich derzeit befindet. Individualismus ist dafür einfach nicht geeignet.

Es gibt den weit verbreiteten Glauben, dass wir, wenn wir einfach alle kollektivistischen Impulse in unserer Gesellschaft eliminieren würden, alle unsere Probleme los wären. Also etwa, dass Regierungen, die so viel Blutvergießen und Unterdrückung verursachen, keinen Schaden mehr anrichten könnten, würden wir sie auf eine untergeordnete Rolle reduzieren oder gar ganz abschaffen, und dass dann auch Konzernmächte, die sich mit Regierungen verbünden, ihre Macht über den Einzelnen verlieren würden. Das Credo lautet: Lasst den Einzelnen für sich selbst sorgen, so wie er es für richtig hält, ohne dass sich eine kollektivistische Macht in seine Angelegenheiten einmischt, und die Welt wäre ein besserer Ort. Aber das wird nie passieren.

Das häufigste Argument, warum es auf diese Weise nicht besser werden kann, ist, dass die Welt voller schrecklicher Menschen ist, und wenn der Wille des Einzelnen über dem Willen des Kollektivs steht, könnten die schrecklichen Menschen noch viel mehr schreckliche Dinge tun. Die Menschen, die soziopathisch genug sind, um die Umwelt zu zerstören und andere für ihren Profit auszubeuten, würden dann noch mehr Einfluss auf das gesamte Wohlergehen der Welt ausüben können als diejenigen, die es nicht sind. Und es würde keine Sicherheitsnetze geben, die diejenigen schützen, die in benachteiligte Situationen geraten sind. Eine alleinerziehende Mutter, die nicht so gut in der Lage ist, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, wäre dann nur noch von der Gutmütigkeit eines Mannes abhängig. Eine solche Gesellschaft würde zwar behaupten, gerecht zu sein, da sie alle Menschen vor dieselben Anforderungen stellt, aber rea-

Im Interview: Caitlin Johnstone

über sich selbst: Schurkenjournalist. Bogan Sozialist. Anarcho-psychonaut. Guerilla-Dichter. Utopia prepper. Stolz 100 Prozent Leser-finanziert durch Patreon und Paypal. Viel Arbeit mit Hilfe von Soulmate/Mitverschwörer Tim Foley. Wenn Sie Caitlin direkt unterstützen möchten, besuchen Sie bitte ihre Website:

www.caitlinjohnstone.com

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

listisch betrachtet wäre das Unrecht noch viel schlimmer.

Dieses Argument ist natürlich wahr, aber es ist nicht der Hauptgrund, warum uns der Individualismus nicht retten kann.

Der drohende Zusammenbruch des Ökosystems

Der Hauptgrund, warum uns der Individualismus nicht retten kann, ist, dass er vom Wettbewerb abhängt. Wenn jeder ein Individuum ist, der vom Kollektiv weder unterstützt noch behindert wird, müssen wir alle um die knapper werdenden Chancen und Ressourcen dieser Welt konkurrieren. Eine Gesellschaft, die all ihre Energie und Kreativität aus dem Antrieb des Einzelnen zieht, den anderen Individuen voraus zu sein, wird niemals in der Lage sein, das grundlegende Problem des drohenden Zusammenbruchs des Ökosystems zu überwinden, und uns stattdessen in einen massiven Wettlauf um die Umweltzerstörung aus Profitgründen treiben, indem jeder der Erste sein will. Deshalb müssen sich strenge Anhänger des Individualismus auch gegenseitig das Märchen erzählen, dass das Ökosystem in Ordnung ist – um kognitive Dissonanzen zu vermeiden.

In Wirklichkeit erleben wir ein massives Artensterben [1], wie es die Welt seit dem Ende der Dinosaurier vor 65 Millionen Jahren nicht mehr gesehen hat, wobei jeden Tag etwa 200 Arten aussterben [2]. Das gesamte, uns umgebende Ökosystem, aus dem wir hervorgegangen sind, verschwindet vor unseren Augen. Mehr als die Hälfte der weltweiten Tierwelt [3] ist in den letzten 40 Jahren verschwunden, und die weltweite Insektenpopulation ist um bis zu 90% zurückgegangen [4]. Fruchtbarer Boden verschwindet [5], ebenso wie Wälder [6]. Die Ozeane ersticken [7], 90% der weltweiten Fischbestände sind entweder vollständig leer gefischt oder überfischt [8], die Meere sind voll von Mikroplastik [9], und Phytoplankton, eine unverzichtbare Grundlage der Nahrungskette der Erde, wurde seit 1950 zu 40 Prozent vernichtet [10]. Die Wissenschaft hat immer wieder gezeigt [11], dass die globale Erwärmung schneller stattfindet als vorhergesagt [12], und es gibt selbstverstärkende Erwärmungseffekte [13], die

Deutsches Plakat ruft während des Ersten Weltkrieges zur Einsparung von Seife durch die Bevölkerung auf. (Plakat: Lucian Bernhard, artist, 1883–1972, gemeinfrei)

als „Feedbackschleifen" [14] bezeichnet werden und die, wenn sie einmal ausgelöst wurden, die Atmosphäre unabhängig vom menschlichen Verhalten weiter und weiter erwärmen können, wodurch noch mehr Feedbackschleifen entstehen.

Den Weg aus dieser Situation werden wir in keinem Wettbewerb gewinnen. Wir müssen umkehren, wir alle zusammen – jetzt.

Sicher, in einem völlig individualistischen Paradigma könnten einige Leute erneuerbare Energiequellen und neue Materialien erfinden, um mit den bestehenden ökozidalen Konzepten in Konkurrenz zu treten. Aber das würde es nicht plötzlich unrentabel machen, Regenwälder weiter zu zerstören oder Gift in die Atmosphäre zu schleudern. Wenn wir Jahrhunderte hätten, in denen sich umweltfreundlichere Konzepte durchsetzen könnten, hätten wir vielleicht eine Chance, aber wir haben keine Jahrhunderte, um dieses Problem zu lösen, wir haben Jahre. Sich auf einen menschlichen Einfallsreichtum zu verlassen, der von nichts anderem angetrieben wird als von Wettbewerb und Profit – kann nicht der Weg sein. Wir müssen alle Anstrengungen auf das konzentrieren, was jetzt dringend notwendig ist.

Die Mensch-Kohlenstoff-Verbindung

Individualisten wissen das. Deshalb bestreiten sie mit aller Macht den Konsens der Wissenschaft über das unaufhaltsame Verschwinden unseres Ökosystems, jener Welt also, in dem sich unsere Spezies entwickelt hat. Ich habe die Behauptungen, mit denen diese Tatsachen verleugnet werden sollen, genau studiert und nichts gefunden, was ich nicht selbst mit ein wenig Recherche schnell entlarven konnte [15].

Die Wissenschaft, die die erderwärmende Wirkung der industriellen Freisetzung von Kohlenstoff zeigt, ist seit ihrer Entdeckung im Jahr 1896 durch einen Mann namens Svante Arrhenius [16] öffentlich bekannt. Niemand beschuldigte ihn damals, Figur einer globalen Verschwörung zu sein; die wissenschaftliche Welt notierte seine Entdeckung einfach mit einem „Oh, cool! Ja, das macht Sinn." Einer seiner Kollegen schlug sogar vor, ungenutzte Kohleflöze in Brand zu setzen [17], um die globale Temperatur zu erhöhen, denn damals hielt man mildere Winter noch für eine gute Idee.

Erst als die wissenschaftlichen Untersuchungen zur Bedrohung für die fossile Brennstoff-Industrie wurden, entwickelte sich eine radikal politisierte Debatte, die von Koch-finanzierten Forschungsteams und Fox News angeheizt wurde.

Die Tür ist ohnehin verschlossen, um unsere Probleme durch robusten Individualismus zu lösen. Die Argumente für Individualismus wurden von den rechtsgerichteten Mainstream-Parteien genutzt, um [Unternehmens-]Steuern zu kürzen, Sozialprogramme zu streichen, Mindestlohnerhöhungen zu beenden und Vorschriften für Unternehmen aufzuheben, aber nie, nie und nimmer hielten sich Regierungen darüber hinaus politisch zurück.

Die Kriegsmaschine wächst weiter, ebenso wie der zunehmend militarisierte und überwachungswütige Polizeistaat und viele weitere Aspekte, mit den Regierungen ihrer Bevölkerung schaden anstatt zu nützen.

Die Argumente für Individualismus werden immer nur benutzt, um es den Oligarchen bequemer zu machen – nichts anderes.

Ohne eine umfassende und massive Zusammenarbeit werden wir diese oligarchische Unterdrückungsmaschine nie überwinden, um eine gesunde Welt zu schaffen. Individualisten argumentieren: „Hey, wir können auch zusammenarbeiten! Wir wollen nur nicht vom Kollektiv dazu gezwungen werden."

Okay, aber das tun sie nicht. Und selbst wenn doch, wie viel Energie hätten sie noch übrig, die sie in eine umfassende Zusammenarbeit investieren könnten, nachdem sie schon so viel Energie verbraucht haben, um gegen ihre Nachbarn ums Überleben zu kämpfen? Wahrscheinlich sehr wenig.

Die Zusammenarbeit des gesamten Kollektivs, das ist die einzige Antwort. Das Problem ist, dass hinterhältige Manipulateure auftauchen, und unseren gesunden Impuls, miteinander zu kooperieren, ausnutzen, um uns zur Kooperation mit herrschenden Mächten zu treiben.

Mit dem sogenannten „Widerstand" gegen Trump in Amerika – wird die populistische Linke eine Herde zur Unterstützung der Demokratischen Partei. Diese Bewegung hat kein anderes Ziel als den Erhalt der bestehenden Machtstrukturen. All unsere gesunden Impulse zur kollektiven Lösung unserer Probleme werden dadurch vereitelt, dass die Herrschenden Experten in der Kontrolle von Narrativen sind [18]. Sie sind in der Lage, uns auf eine Weise zu manipulieren, die am Ende nur ihnen zugute kommt, anstatt unserem ursprünglichen Impuls zu folgen, sie in ihre Schranken zu weisen und eine gesunde Welt zu gestalten.

Also ist der Kollektivismus an sich wertlos. Was wir brauchen, ist nicht nur unser gesunder Impuls zur Zusammenarbeit, sondern auch eine weise und intuitive Art der Zusammenarbeit, die nicht durch die Propagandageschichten der Mächtigen manipuliert wird. Wir brauchen einen aufgeklärten Kollektivismus, in dem wir alle zum Wohle des Ganzen zusammenarbeiten, nicht weil wir dazu manipuliert wurden und noch nicht einmal, weil wir durch zwingende Argumente überzeugt wurden, sondern weil wir weise und mitfühlend genug geworden sind, um zu verstehen, dass es das Beste für uns alle wäre. Das hieße, unsere Denkweise grundlegend zu verändern. Es würde eine kollektive Evolution in eine völlig neuen Art und Weise unseres Bewusstseins bedeuten.

Ist das eine große Herausforderung? Natürlich. Das ist Evolution immer. Aber entweder Evolution oder Aussterben. Wir werden uns entweder von einer ego-getriebenen Spezies, die durch Angst und Gier manipuliert werden kann, zu einer erleuchteten Spezies entwickeln, die nicht an mentale Narrative [oder Ideologien] gebunden ist [19], oder wir werden sterben. Wir haben die ganze Freiheit, diesen Test zu bestehen oder zu scheitern, aber wir werden ihn machen müssen. Tatsächlich machen wir ihn ja schon.

Diese Transformation mag in Zukunft „Sozialismus" oder „Kommunismus" oder „Sonstwie-ismus" genannt werden, aber sie wird etwas Besonderes sein, wie wir es noch nie zuvor versucht haben. Sie wird nicht nur eine Veränderung in der Verteilung von Macht und Ressourcen sein, sie wird eine grundlegende Veränderung des Menschen und seiner Arbeitsweise sein, sowohl im Kollektiv als auch für den Einzelnen.

Der Glaube, dass die Menschheit eine tiefgreifende psychologische Transformation durchlaufen kann und muss, um zu überleben, ist weder ein schräger Aberglaube, noch sonst etwas „Spirituelles".

Es ist eine politische Position, die genauso profan und gültig ist, wie die Ansicht, dass die Arbeiterklasse sich gegen die Plutokratie erheben kann und muss. Es gibt eigentlich keinen Mechanismus, der uns davon abhält, das Einzige, was uns aufhält, ist, dass wir es noch nicht genug wollen [20].

Menschen waren nie dazu bestimmt, als Individuen zu agieren. Wir stammen nicht von Einzelgängern wie Tigern oder Eisbären ab, sondern von Affen, die in ihrer gesamten DNA gruppenorientiert sind. Wir brauchen uns gegenseitig. So sind unser Gehirn und unser Nervensystem verkabelt. Da gibt es kein Entrinnen. Wir werden zusammen aufwachen oder gar nicht. Wir werden uns gemeinsam weiterentwickeln oder gemeinsam sterben.

Quellen:

[1] *<https://www.iflscience.com/plants-and-animals/earth-s-sixth-mass-extinction-has-begun-new-study-confirms/?source=post_page>*

[2] *<https://www.theguardian.com/environment/2018/oct/26/facts-about-our-ecological-crisis-are-incontrovertible-we-must-take-action?CMP=share_btn_fb&source=post_page>*

[3] *<https://www.bbc.com/news/science-environment-37775622?source=post_page>*

[4] *<https://www.counterpunch.org/2018/03/27/insect-decimation-upstages-global-warming/?source=post_page>*

[5] *<https://www.theguardian.com/environment/2018/mar/26/land-degradation-is-undermining-human-wellbeing-un-report-warns?source=post_page>*

[6] *<https://www.nationalgeographic.com/environment/global-warming/deforestation/?source=post_page>*

[7] *<https://www.scientificamerican.com/article/the-ocean-is-running-out-of-breath-scientists-warn/?source=post_page>*

[8] *<https://www.ecowatch.com/one-third-of-commercial-fish-stocks-fished-at-unsustainable-levels-1910593830.html?source=post_page>*

[9] *<https://www.geochemicalperspectivesletters.org/article1829?source=post_page>*

[10] *<https://psmag.com/environment/global-warming-is-putting-phytoplankton-in-danger?source=post_page>*

[11] *<https://medium.com/@caityjohnstone/some-thoughts-on-climate-change-b312f14c43bb?source=post_page>*

[12] *<https://www.weforum.org/agenda/2019/07/4-crazy-things-that-are-happening-in-the-arctic-right-now/>*

[13] *<https://guymcpherson.com/climate-chaos/self-reinforcing-feedback-loops-2/?source=post_page>*

[14] *<https://www.yaleclimateconnections.org/2018/02/why-feedback-loops-are-troubling/?source=post_page>*

[15] *<https://skepticalscience.com/argument.php>*

[16] *<https://en.wikipedia.org/wiki/Svante_Arrhenius?source=post_page>*

[17] *<https://en.wikipedia.org/wiki/Walther_Nernst?source=post_page>*

[18] *<https://medium.com/@caityjohnstone/propaganda-is-the-root-of-all-our-problems-3209ab8650a4>*

[19] *<https://caitlinjohnstone.com/2018/06/05/how-humanity-could-become-impossible-to-propagandize/>*

[20] *<https://medium.com/@caityjohnstone/humanity-is-not-sleeping-its-in-an-induced-coma-aa5c141f3b17>*

Dieser Text wurde zuerst am 24.7.2019 auf Consortiumnews.com unter der URL ‹https://consortiumnews.com/2019/07/24/only-enlightened-collectivism-can-save-us/› veröffentlicht. Lizenz: ©Caitlin Johnstone

‹http://www.free21.org/?p=32835›

Publiziert auf Free21 am 1.12.2019, 6:00 Uhr

Das Free21-Aktiv-Abo

Jeder Druck-Abonnent erhält 6x im Jahr je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare sollten an andere Menschen, Freunde, Nachbarn und Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite der kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Druck-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Druck-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber
Name, Vorname:

Abweichende Lieferanschrift:

Str., Nr.:

Name

PLZ, Ort:

Str., Nr.:

E-Mail:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Heinz-Wassen-Str. 6, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2020: 20.2.20/20.4.20/20.6.20/20.8.20/20.10.20/20.12.20

Zum Abo: Insgesamt werden vorauss. 6 Ausgaben in 2020 gedruckt. Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare werden ca. 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Druck-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Druck-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Free21

Aufgewachsen in Deutschland Ost & West

Ein Buchprojekt sucht AutorInnen

Wie war Ihr Leben in Ost und West vor 1989? Ihre Geschichte kann helfen, einander zu verstehen und sie kann Brücken bauen, auch zwischen Ost und West.

„Vielfalt statt Einheitsbrei" – so könnte das Motto des Buchprojektes von Andrea Drescher und Katrin McClean lauten, das am 3. Oktober 2020 veröffentlicht werden soll.

Sind Sie im geteilten Deutschland groß geworden und möchten ihre Erinnerungen an die jeweilige Gesellschaft in kurzen Geschichten zu erzählen?

Dann schreiben Sie bitte an:
ostwestredaktion@oberhubistan.at

Mehr zum Thema
https://www.rubikon.news/artikel/das-geschichts-projekt

https://www.rubikon.news/artikel/retten-wir-unsere-erinnerung

Das Free21-Prinzip:

Nicht mehr selbst ausdrucken?

Abo Free21

www.Free21Abo.de